

# APuZ

Aus Politik und Zeitgeschichte

65. Jahrgang · 33–34/2015 · 10. August 2015



## 25 Jahre deutsche Einheit

*Costanza Calabretta*

Feiern und Gedenken: Zur Entwicklung einer gemeinsamen  
Erinnerungskultur seit dem 3. Oktober 1990

*Vera Caroline Simon*

Tag der Deutschen Einheit:  
Festakt und Live-Übertragung im Wandel

*Eckhard Jesse*

Das Ende der DDR

*Jürgen Danyel*

Alltag Einheit: Ein Fall fürs Museum!

*Everhard Holtmann · Tobias Jaeck*

Was denkt und meint das Volk?  
Deutschland im dritten Jahrzehnt der Einheit

*August Pradetto*

Ost-West-Beziehungen und deutsche Außenpolitik  
seit der Wiedervereinigung

Beilage zur Wochenzeitung **Das Parlament**

## Editorial

Frankfurt am Main ist vorbereitet: Die „zentralen Feierlichkeiten“ zum 25. Jahrestag der deutschen Wiedervereinigung werden dort vom 2. bis 4. Oktober 2015 stattfinden, prominente Gäste wie Michail Gorbatschow und Jean-Claude Juncker haben ihr Kommen zugesagt. Frankfurts Städtepartnerschaft mit Leipzig spiegelt sich wider im Rahmenprogramm aus Konzerten, Lesungen, Filmen und Ausstellungen. Mit insgesamt einer Million Besucherinnen und Besuchern wird gerechnet. Flankierend gibt es hessenweit bereits jetzt eine Vielzahl von Veranstaltungen und Aktionen unter dem Motto „Grenzen überwinden“. So hat sich für den 3. Oktober mittlerweile eine Kultur des Feierns und Gedenkens herausgebildet, angesichts derer es lohnend erscheint, auf die Anfänge zurückzublicken.

In immer neuen Studien werden die materiellen und ideellen Lebensbedingungen in den östlichen und in den westlichen Bundesländern, aber auch innerhalb Gesamtdeutschlands miteinander verglichen. Mithilfe des soeben freigeschalteten Online-Atlases des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung lassen sich beispielsweise Unterschiede anhand einer Vielzahl von Indikatoren wie Lebenserwartung, Beschäftigtenquoten und Baulandpreise ermitteln. Und was Werthaltungen und Einstellungen betrifft: Auch die Meinungsforscher sind uns auf den Fersen, wenn es um Divergenzen und Konvergenzen geht. Von der „Mauer in den Köpfen“ ist dagegen kaum noch die Rede; sie sei mittlerweile ebenso gefallen, wie zuvor diejenige aus Beton – so jedenfalls unlängst ein Befund der Demoskopien in Allensbach.

Introspektionen anlässlich des Jubiläums sollten aber den Blick nicht verstellen auf die Entwicklungen, die sich seit der Auflösung der bipolaren Weltordnung als stetige Herausforderung der gesamtdeutschen Außenpolitik vollzogen haben. Individuellen Identitäten waren im Zuge der Wiedervereinigung vielfach schweren Erschütterungen ausgesetzt; der kollektiven Identität und dem Selbstverständnis Deutschlands im internationalen Kontext erging es nicht anders. Gerade im laufenden Jahr gibt es reichlich Anlässe, über die „Staatsräson“ zu diskutieren, die in der Außen- und Sicherheitspolitik zum Ausdruck kommt.

*Barbara Kamutzki*

Costanza Calabretta

# Feiern und Gedenken: Zur Entwicklung einer gemeinsamen Erinnerungskultur seit dem 3. Oktober 1990

Im Juni 1990 führte „Die Zeit“ eine Umfrage unter Persönlichkeiten aus Kultur und Politik durch (darunter Fritz Stern,

**Costanza Calabretta**  
M.A., geb. 1986; Historikerin  
und Doktorandin am Fach-  
bereich Neue Geschichte der  
Università La Sapienza in Rom,  
lebt derzeit in Berlin.  
costanzacalabretta@gmail.com

Hans Modrow, Ernst Nolte, Ralph Dahrendorf, Golo Mann, Antja Vollmer und Lea Rosh) und bat darum, Namen, Datum und Hymne für einen Nationalfeiertag für das neue Deutschland vorzuschlagen.<sup>1</sup> Am schwierigsten schien die Frage nach dem Datum zu sein. Dies zeigte sich nicht zuletzt an den zahlreichen, gänzlich unterschiedlichen Vorschlägen. So wurden bereits belegte Feiertage der alten Bundesrepublik vorgeschlagen (20. Juli, Attentat auf Hitler 1944; 17. Juni, Volksaufstand in der DDR 1953 und bisheriger Tag der Deutschen Einheit in der Bundesrepublik; 23. Mai, Unterzeichnung des Grundgesetzes 1949; 8. Mai, Ende des Zweiten Weltkriegs 1945) ebenso wie der 18. März (im Gedenken an die Märzrevolution 1848) und zwei weitere Daten, die sich auf den Sturz des DDR-Regimes bezogen (9. Oktober und 9. November). Favorit schien der 9. November zu sein, ein Tag, an dem mehrere Ereignisse die deutsche Geschichte des 20. Jahrhunderts geprägt haben: Novemberrevolution und Beginn der Weimarer Republik 1918, gescheiterter Hitlerputsch in München 1923, Reichspogromnacht 1938, Fall der Berliner Mauer 1989.<sup>2</sup> Letztendlich entschieden sich die Verfasser des Einigungsvertrages für ein Datum, das nur von wenigen Befragten vorgeschlagen worden war: den Tag, an dem die politische Einheit durch den Beitritt der DDR zum Geltungsbereich des Grundgesetzes vollzogen werden würde. Und dies war der 3. Oktober 1990.

Mit der Wiedervereinigung verloren die gesetzlichen arbeitsfreien Feiertage der DDR ihre Gültigkeit und es wurden nur die Feiertage behalten, die auch in der Bundesrepublik galten (beispielsweise der 1. Mai und die christlichen Feiertage). Außerdem wollte man generell einen Perspektivwechsel wagen. Als zutiefst geprägt vom Diskurs des Kalten Krieges und in der Bevölkerung kaum wahrgenommen oder gelebt, wurde der in Westdeutschland seit 1954 geltende Nationalfeiertag des 17. Juni diskussionslos abgeschafft, er gilt aber nach wie vor als ein nationaler Gedenktag, an dem der Opfer des SED-Regimes gedacht wird.

Der Vorschlag, den 3. Oktober als neuen Nationalfeiertag zu wählen, wurde von Bundeskanzler Helmut Kohl (CDU) während eines nicht öffentlichen Kolloquiums den Ministerpräsidenten der alten Bundesländer am 29. August 1990 unterbreitet und schließlich angenommen.<sup>3</sup> Unverzüglich wurde der Feiertag in den Einigungsvertrag aufgenommen.<sup>4</sup> Einige Tage später begrüßte Innenminister Wolfgang Schäuble (CDU) den Beschluss im Bundestag und erweckte den Eindruck, dieser sei auf „spontane Zustimmung“ gestoßen. Einige Abgeordnete der Fraktion der Grünen unterbrachen Schäuble und wollten wissen, wann und mit wem die Wahl des 3. Oktobers besprochen worden sei.<sup>5</sup> Die fehlende Diskussion auf institutioneller Ebene und der undemokratische Entstehungsprozess des Nationalfeiertages „im Grau der administrativen Beschlüsse“<sup>6</sup> ließen sich auch in der Entscheidung darüber wiedererkennen, wie

*Übersetzung aus dem Italienischen: Alina Plachky, Heidelberg.*

<sup>1</sup> Vgl. Symbol für das neue Deutschland. Welcher Name? Welche Hymne? Welcher Feiertag?, in: Die Zeit vom 15. 6. 1990 und 22. 6. 1990.

<sup>2</sup> Vgl. Hans-Jörg Koch, Der 9. November in der deutschen Geschichte, Freiburg i.Br. 1998; Peter Steinbach, Der 9. November in der Erinnerung der Bundesrepublik, in: Deutschland Archiv, 41 (2008) 5, S. 877–882.

<sup>3</sup> Vgl. Bundesministerium des Innern (Hrsg.), Dokumente zur Deutschlandpolitik: Deutsche Einheit. Sonderedition aus den Akten des Bundeskanzleramtes 1989/90, München 1998, S. 1508ff.

<sup>4</sup> Vgl. Einigungsvertrag, Kapitel II, Artikel 2, Absatz 2.

<sup>5</sup> Vgl. Deutscher Bundestag, Plenarprotokoll 11/222 vom 5. 9. 1990, S. 1749f.

<sup>6</sup> Wilhelm Hennis, Aus Kohls Erbe, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 28. 9. 2000.

die Feierlichkeiten zum 3. Oktober gestaltet werden sollten. Auf ursprünglichen Vorschlag Schäubles hin beschlossen Kohl und die Ministerpräsidenten im Mai 1991, den Tag der Deutschen Einheit nicht in Berlin zu feiern, sondern in der Hauptstadt des Bundeslandes, das gerade den Vorsitz im Bundesrat inne hatte.<sup>7</sup> So wollte man eine auf europäischer Ebene gänzlich unübliche Praxis einführen und den Nationalfeiertag jedes Jahr in einer anderen Stadt und einem anderen Bundesland begehen.

## Auseinandersetzungen um den Termin des neuen Nationalfeiertages

Vorteilhaft war zwar, dass der 3. Oktober geschichtlich nicht negativ besetzt war, aber erinnerte auch lediglich „an etwas so Aufregendes wie ein bürokratisches Verfahren“.<sup>8</sup> Allein der Name verlieh dem Tag etwas mehr Feierlichkeit: Getauft wurde er „Tag der Deutschen Einheit“, „um als Staatsgründungstag Geltung im Bewusstsein der Bevölkerung zu erlangen“.<sup>9</sup> Es wurde bei der Wahl des 3. Oktobers nur wenig Wert auf Symbolik gelegt. Dies ist umso erstaunlicher, wenn man bedenkt, wie wichtig die Symbolik gewesen war „während der Revolution vom Oktober und November 1989. Die Entlegitimierung der DDR und das Streben nach Wiedervereinigung waren wochen-, gar monatelang allgegenwärtig in den öffentlichen Demonstrationen. (...) Gerade Symbole und kulturelle Aktionen trugen entschieden dazu bei, den Sturz des DDR-Regimes zu beschleunigen.“<sup>10</sup> Dass man der Symbolik so wenig Beachtung geschenkt hat, könnte eventuell dadurch zu erklären sein, dass ein gewaltiger Druck bestand, innerhalb kürzester Zeit außergewöhnlich viele Entschei-

dungen zu treffen, um das Ziel der Wiedervereinigung zu erreichen. Gleichzeitig wird deutlich, dass die tief greifenden kulturellen und sozialen Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland und der „Grad der Entfremdung“,<sup>11</sup> wie es der Historiker Fritz Stern genannt hat, maßgeblich unterschätzt wurden.

Aufgrund der nicht erfolgten Aussprache im Bundestag kam es immer wieder zu öffentlicher Kritik an der Wahl des 3. Oktobers als Datum des Nationalfeiertages. Unter anderem von den Historikern Arnulf Baring und Hans-Ulrich Wehler wurden Alternativen wie der 17. Juni und der 18. März vorgeschlagen. Hauptkonkurrent des 3. Oktobers blieb jedoch der 9. November.

Einer der einflussreichsten Befürworter des 9. November war im Jahr 2000 der damalige Außenminister Joschka Fischer (Bündnis 90/Die Grünen), der in einem „Spiegel“-Interview erklärte: „Für mich ist immer noch die Frage, warum diese Republik nicht den Mut hatte, den 9. November zum Nationalfeiertag zu bestimmen. (...) Das ist unsere ganze Geschichte. Tiefste Trauer und Betroffenheit über das, was der deutsche Staat seinen jüdischen Bürgern und anderen angetan hat. (...) Der 9. November war aber auch die Nacht, in der die Mauer fiel, als die Menschen auf der Straße tanzten. Dieses Datum hat eine ganz besondere emotionale Qualität.“<sup>12</sup> Paul Spiegel, Präsident des Zentralrats der Juden in Deutschland, antwortete wenige Wochen später gegenüber demselben Magazin: „Der Gedanke, sich zwischen Würstchenbuden und Volksfeststimmung an die Pogromnacht vom 9. November 1938 zu erinnern, erscheint mir unvorstellbar.“<sup>13</sup> Der damalige Bundestagspräsident Wolfgang Thierse (SPD) bezeichnete den 9. November als „verfluchtes deutsches Datum“ und fand ähnliche Worte: An einem Tag, der an die Pogromnacht

<sup>7</sup> Vgl. Staatsarchiv Hamburg, Tag der Deutschen Einheit. Vorbereitung, 131.1 II, 9034 1, Bd. 1.

<sup>8</sup> Michael E. Geisler, In the Shadow of Exceptionalism, in: ders. (Hrsg.), National Symbols, Fractured Identities. Contesting the National Narrative, Middletown 2005, S. 86.

<sup>9</sup> Anselm Doering-Manteuffel, 23. Mai 1949/7. Oktober 1949/3. Oktober 1990, in: Eckart Conze/Thomas Nicklas (Hrsg.), Tage deutscher Geschichte. Von der Reformation bis zur Wiedervereinigung, München 2004, S. 272.

<sup>10</sup> Vgl. Christoph Cornelißen, Il decennale e il ventennale della Riunificazione tedesca, in Massimo Bacioni/Fulvio Conti/Maurizio Ridolfi (Hrsg.), Celebrare la nazione, Cinisello Balsamo 2012, S. 409.

<sup>11</sup> Fritz Stern, The Many Unifications of Germany, in: Bulletin of the American Academy of Arts and Sciences, (1995) 5, S. 33.

<sup>12</sup> Stephan Aust et al., 9. November als Feiertag, in: Der Spiegel vom 21. 8. 2000, S. 41 f.; vgl. auch Joschka Fischer, Tag der Deutschen Einheit verlegen, 4. 10. 2000, [www.spiegel.de/politik/deutschland/joschka-fischer-tag-der-deutschen-einheit-verlegen-a-96515.html](http://www.spiegel.de/politik/deutschland/joschka-fischer-tag-der-deutschen-einheit-verlegen-a-96515.html) (10. 7. 2015).

<sup>13</sup> Karen Andresen/Hans-Joachim Noack, Dieses schreckliche Aber, in: Der Spiegel vom 9. 10. 2000, S. 28.

1938 erinnern solle, „finde ich es einfach deplatziert, wenn man sich an Bierständen und Würstchenbuden in die Schlange stellt“.<sup>14</sup>

Die Gefahr, dass die Erinnerung an die Reichspogromnacht von 1938 durch die Feierlichkeiten zum Gedenken an den Mauerfall verdrängt werden könnte, wurde im Übrigen schon sehr früh von dem Publizisten und Friedensnobelpreisträger Elie Wiesel benannt. Dieser kritisierte im Dezember 1989 den Westberliner Bürgermeister Walter Momper (SPD) für seine Äußerung, der 9. November würde in die Geschichte eingehen. Dabei habe Momper vergessen, „dass der 9. November seinen Platz in der Geschichte bereits hat: An diesem Tag vor 51 Jahren fand die ‚Reichskristallnacht‘ statt“.<sup>15</sup> Wenngleich die fehlende historische Bedeutung und emotionale Wertigkeit gegen den 3. Oktober sprachen, so waren es doch eben diese Argumente, die den 9. November historisch und emotional so überfrachteten, dass es unmöglich war, diesen Tag zum Nationalfeiertag zu ernennen.

Auf der Suche nach einem Datum, das die Schwächen des 3. Oktobers überwinden könnte, wurde der 9. Oktober vorgeschlagen im Gedenken an die Leipziger Montagsdemonstrationen, die eine entscheidende Etappe der Friedlichen Revolution hin zum Zusammenbruch der DDR darstellten. Ab September 1989 „versammeln sich die Leipziger jeden Nachmittag um fünf in vier Kirchen im Zentrum der Altstadt. Die Pfarrer sprechen über Leipzig und über die Stadt Gottes. Weltliche begleiten sie in einem langen Gebet, dessen Text aus einer ungewöhnlichen Mischung aus Auszügen aus der Bibel und diversen Tageszeitungen besteht. Die Gläubigen nehmen sich an der Hand und singen die alten Kirchenlieder von Luther. Danach kehren sie zurück in die dunklen Straßen voller Menschen, in den Händen Kerzen und Fahnen, und bilden einen Zug, der bei seinem Marsch durch die Straßen stetig größer wird“.<sup>16</sup> Dem glei-

<sup>14</sup> Verfluchtes deutsches Datum. Thierse gegen 9. November als Feiertag, 5.10.2000, [www.spiegel.de/politik/deutschland/verfluchtes-deutsches-datum-thierse-gegen-9-november-als-feiertag-a-96674.html](http://www.spiegel.de/politik/deutschland/verfluchtes-deutsches-datum-thierse-gegen-9-november-als-feiertag-a-96674.html) (10.7.2015).

<sup>15</sup> Elie Wiesel, Vergesst Ihr die Vergangenheit?, in: Die Zeit vom 15.12.1989.

<sup>16</sup> Robert Darnton, Diario berlinese. 1989–1990, Turin 1992, S. 69.

chen friedlichen und führerlosen Ritual folgend demonstrierten am 9. Oktober 1989 etwa 70 000 Menschen gewaltfrei gegen das Regime der SED. Dieser Tag „war der entscheidende Wendepunkt der Friedlichen Revolution. Für viele Menschen, die jetzt ebenfalls Mut zum Protest fassten, wurde er zum ‚Symbol des Aufbruchs‘ in eine andere DDR.“<sup>17</sup>

Im Jahr 2004, fünfzehn Jahre nach 1989, erklärte Thierse, „mit dem 9. Oktober hätte vor allem auch der Beitrag der Ostdeutschen zur deutschen Geschichte gewürdigt werden können“.<sup>18</sup> Der Vorschlag kam bereits 1990 durch den Abgeordneten Gerald Häfner (Bündnis 90/Die Grünen) ins Spiel, der sagte, der 3. Oktober sei „wirklich der ungeeignetste Termin zum Feiern“.

Aber der 9. Oktober fand nicht genug Zustimmung, um sich als Alternative zum 3. Oktober durchzusetzen. Dies lag vor allem daran, dass man den Eindruck hatte, die Bürger Westdeutschlands seien durch dieses Datum nicht ausreichend repräsentiert. Eine mögliche Lösung wäre gewesen, 1990 das Beitrittsdatum der DDR zur Bundesrepublik auf den 9. Oktober zu legen und somit die Erinnerung an die Friedliche Revolution und die Vollendung der Wiedervereinigung vom Datum her abzustimmen. Dieser vom letzten Ministerpräsidenten der DDR, Lothar de Maizière (CDU), unterbreitete Vorschlag sollte den ostdeutschen Bürgern „ein gewisses Maß an Würde wahren“,<sup>19</sup> fand jedoch keine Unterstützung.

## Wie der 9. November gefeiert wird

Der 9. November ist weder ein gesetzlicher Feiertag noch ein offizieller Gedenktag. Trotzdem wurde die Erinnerung an den Mauerfall wachgehalten, durch verschiedene Veranstaltungen schon in den ersten Jahren

<sup>17</sup> Rainer Eckert, Der 9. Oktober: Tag der Entscheidung in Leipzig, in: Klaus-Dietmar Henke (Hrsg.), Revolution und Vereinigung 1989/90, München 2009, S. 221.

<sup>18</sup> Thierse fordert neuen Nationalfeiertag, 7.9.2004, [www.spiegel.de/kultur/gesellschaft/debatte-thierse-fordert-neuen-nationalfeiertag-a-316977.html](http://www.spiegel.de/kultur/gesellschaft/debatte-thierse-fordert-neuen-nationalfeiertag-a-316977.html) (10.7.2015).

<sup>19</sup> Konrad H. Jarausch, Die unverhoffte Einheit, 1989–1990, Frankfurt/M. 1995, S. 286.

nach 1989, insbesondere zu seinem fünften Jubiläum. Das Datum gewann bundesweite Bedeutung erstmalig bei seinem zehnten Jubiläum, als sowohl die Bundesregierung als auch der Berliner Senat die offiziellen Veranstaltungen organisierten.

Für die Feierlichkeiten im Bundestag am 9. November 1999 wurde der Rednerliste (darin vertreten: Michail Gorbatschow, George W. Bush, Helmut Kohl, Gerhard Schröder und Wolfgang Thierse) erst im zweiten Anlauf Joachim Gauck hinzugefügt – evangelischer Pastor aus Rostock, Vertreter des Neuen Forums und damaliger Bundesbeauftragter für die Stasi-Unterlagen. Anfänglich war gar kein Beitrag aus den neuen Bundesländern vorgesehen, was unvermeidlich empfunden wurde als „ein Affront gegen alle Ostdeutschen, die sich wieder einmal als Bürger zweiter Klasse fühlen mussten“.<sup>f20</sup> Wie tief die Wunde war, zeigten auch die Worte des Leipziger Schriftstellers Erich Loest, der noch vier Jahre später dazu sagte: „Peinlich war es beim zehnten Jubiläum. Zum Staatsakt im Berliner Bundestag drängelten sich Politiker, die damals dabei oder nicht dabei gewesen waren, alle, alle wollten sie auf die Tribüne und im Fernsehen zu besichtigen sein, die Liste wurde länger und länger, bis jemand darauf kam, das Volk, der große Lümmel, das auf die Straße gegangen war und eine marode Greisenriege vom Thron gestürzt hatte, war schlicht vergessen worden.“<sup>f21</sup>

Auch bei der Feierstunde des Berliner Senats im Roten Rathaus am Vormittag des 9. Novembers 1999 bereitete die Auswahl der Redner die größten Sorgen. Die ostdeutsche Komponente sollte zwar vorherrschend sein, „es sollte aber kein nostalgisches Bürgerbewegungs-Revival über die Ideale der Runden Tische werden“.<sup>f22</sup> Man wollte Redner auswählen, die erfolgreiche Persönlichkeiten darstellten und von der Wiedervereinigung nicht desillusioniert waren. Neben dem Berliner Bürgermeister Eberhard Diep-

gen (CDU) ergriffen zwei ehemalige Aktivisten der Demokratiebewegung, Rainer Eppelmann (CDU) und Stephan Hilsberg (SPD), das Wort und erinnerten an den Weg hin zur Befreiung aus der DDR, den die Bürger eigenständig beschritten hatten, und an den Weg hin zur Demokratisierung des ostdeutschen Staates, der die Wiedervereinigung überhaupt erst ermöglicht hatte.

Der Berliner Senat, der neben der Bundesregierung für die Gestaltung des zehnten Jahrestag der Maueröffnung zuständig war, betonte die Notwendigkeit, dem 3. Oktober und dem 9. November klar zu unterscheidende Profile zu verleihen. Ersterer sei ein Tag, an dem Bilanz gezogen werden sollte zur Einheit Deutschlands und zu dem, was politisch bereits erreicht wurde und was es noch zu erreichen galt. Der 9. November hingegen sei ein Tag „der historischen Vergegenwärtigung und Einordnung“.<sup>f23</sup>

Zehn Jahre später wurde die Feier anlässlich des Mauerfalls als „Fest der Freiheit“ international übertragen und mitverfolgt. An den Feierlichkeiten am Abend des 9. November 2009 nahmen neben dem Berliner Bürgermeister Klaus Wowereit (SPD), der Kanzlerin Angela Merkel (CDU) und Bundespräsident Horst Köhler auch Vertreter der vier Besatzungsmächte – der britische Premierminister Gordon Brown, der französische Präsident Nicolas Sarkozy, die US-Außenministerin Hillary Clinton und der russische Präsident Dmitrij Medwedew – teil, ebenso Zeitzeugen und wichtige Akteure der Wiedervereinigung, so Michail Gorbatschow, Hans Dietrich Genscher, Lech Wałęsa und Miklós Németh sowie einige Mitglieder der Widerstandsbewegung der DDR wie Roland Jahn und Marianne Birthler.

Eingeleitet durch ein Konzert unter der Leitung von Daniel Barenboim war der Höhepunkt des Abends die Inszenierung des Mauerfalls durch den Fall tausender Dominosteine entlang des ehemaligen Mauerverlaufs. Den Abschluss bildete der Auftritt eines bekannten DJs.<sup>f24</sup> Die Gestaltung des

<sup>f20</sup> Nicole Maschler, Die Großen bleiben unter sich, in: Taz. Die Tageszeitung (taz) vom 6. 11. 1999.

<sup>f21</sup> Erich Loest, Dieser unbequeme Feiertag, in: Thüringer Staatskanzlei, Tag der deutschen Einheit 2003. Festakt in der Kornmarktkirche zu Mühlhausen, Erfurt 2003, S. 16–21, hier: S. 16.

<sup>f22</sup> Senatskanzlei Berlin, Veranstaltungen zum 9. November 1999, Vermerk 10. Jahrestag der Maueröffnung – Berliner Feierstunde, Az. 80602, 31. 5. 1999.

<sup>f23</sup> Senatskanzlei Berlin, Veranstaltungen zum 9. November 1999, Konzept 10. Jahrestag des 9. November 1989 – Staatlicher Festakt, Az. 80602, 15. 12. 1998.

<sup>f24</sup> Zum detaillierten Ablauf der Ereignisse vgl. Ein inszenierter Mauerfall, in: Der Tagesspiegel vom 6. 11. 2009.

Abends wurde eng mit der Liveübertragung im Fernsehen (ZDF) abgestimmt, und auch die Wahl des bekannten Entertainers Thomas Gottschalk zum Moderator der Veranstaltung zeigt, dass sie nunmehr zu einer medialen Unterhaltungsshow geworden war.

Der Erfolg des Festes in puncto Besucherzahlen und Fernseh Zuschauer ließ erneut Forderungen laut werden, den 9. November zum Nationalfeiertag zu küren.<sup>25</sup> Gleichzeitig gab es jedoch auch Kritik an der Gestaltung der Feier. So sprach der Publizist Thomas Moser von einer „Profanisierung und Boulevardisierung der Revolutionen von vor 20 Jahren“.<sup>26</sup> Die linke Tageszeitung „taz“ bemängelte die fehlende politische Dimension der Feierlichkeiten und bezeichnete die offizielle Haltung Deutschlands gegenüber seiner jüngsten Vergangenheit als unreif und kindisch<sup>27</sup>, während ein Kommentar bei „Spiegel Online“ die Veranstaltung als „Plunder (...) auf dem Niveau der Samstagabendunterhaltung im deutschen Fernsehen“<sup>28</sup> beschrieb.

Ad acta gelegt schien die Kritik, die noch 1999 an den Feierlichkeiten im Bundestag geäußert worden war, dies nicht zuletzt dank Kanzlerin Merkel, die die Feierlichkeiten zum 9. November 2009 mit einem Spaziergang entlang der Bösebrücke in der Nähe der Bornholmer Straße begann, wo 1989 nachts der erste Grenzübergang geöffnet worden war. Begleitet wurde sie von Gorbatschow, Wałęsa und Vertretern der Bürgerrechtsbewegung der ehemaligen DDR und rückte somit symbolisch die nationalen und internationalen Akteure der Revolution ins Zentrum der Aufmerksamkeit.<sup>29</sup>

An der Zwanzigjahrfeier waren erstmals neben den offiziellen Stellen wie Berliner Senat und Bundesregierung auch ehemali-

<sup>25</sup> Vgl. Aussagen Margot Käßmanns und Christoph Meyers, in: Jörn Hasselmann/Lars von Törne, 9. November. Ein Feiertag für alle, in: Der Tagesspiegel vom 10. 11. 2009.

<sup>26</sup> Thomas Moser, Domino und andere Spiele, in: Deutschland Archiv, 43 (2010) 1, S. 117.

<sup>27</sup> Vgl. Ines Kappert, Kinder an der Macht, in: taz vom 11. 11. 2009.

<sup>28</sup> Reinhard Mohr, Mauerfall-Jubiläum im ZDF: Der Plunder von Berlin, 10. 11. 2009, [www.spiegel.de/kultur/tv/mauerfall-jubilaum-im-zdf-der-plunder-von-berlin-a-660313.html](http://www.spiegel.de/kultur/tv/mauerfall-jubilaum-im-zdf-der-plunder-von-berlin-a-660313.html) (10. 7. 2015).

<sup>29</sup> Senatskanzlei Berlin, Veranstaltungen zum 9. November 2009, Protokoll, Az. 80602, 29. 9. 2009.

ge Protagonisten der Friedlichen Revolution aktiv beteiligt. Insbesondere die Robert-Havemann-Gesellschaft und die Behörde des Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen organisierten 2009 zahlreiche öffentliche Veranstaltungen, in denen der Fokus größtenteils auf die nationalen und internationalen Ereignisse gerichtet war, die letztendlich zum Niedergang der DDR und ihrer Hauptvertreter geführt hatten. Die Robert-Havemann-Gesellschaft war außerdem federführend an einer großen Open-Air-Ausstellung am Alexanderplatz beteiligt, in der der Verlauf der Friedlichen Revolution mit all ihren Akteuren und der Weg hin zur Einheit dargestellt wurden. Der Schwerpunkt wurde auf die Oppositionsbewegung der DDR-Bürger gelegt, ohne dabei die internationalen Aspekte zu übergehen.<sup>30</sup> Ziel war es, sich auf die Bürgerbewegungen zu konzentrieren, deren Rolle in der stark auf die Opfer des SED-Regimes (Stasi-Opfer, Mauertote) bezogenen Aufarbeitung allzu häufig vernachlässigt wurde. Man wollte ihnen einen Platz in der kollektiven Erinnerung sichern und sie wieder in den öffentlichen Diskurs aufnehmen. Der Titel der Ausstellung lautete „Wir sind das Volk!“

Der 25. Jahrestag des Mauerfalls wurde ebenfalls von Berliner Senat und Bundesregierung gemeinsam gestaltet und war genau wie die Zwanzigjahrfeier ein großes öffentliches Event mit gewaltiger medialer Resonanz und hunderttausenden Zuschauern. Volksfest und künstlerische Performance waren die Hauptelemente. Auf einer Strecke von 15 Kilometern entlang des ehemaligen Mauerverlaufs wurden achttausend leuchtende Ballons aufgestellt. Am Abend ließ man dann ausgehend vom Brandenburger Tor, wo die Hauptbühne stand, die Ballons zu den Klängen der „Ode an die Freude“ steigen. Diesmal erklärte „Spiegel Online“: „Ein modernes Erinnern, entstaubt und frisch, gelang erstaunlich gut.“<sup>31</sup>

Wenngleich eine so überwältigende Gedenkfeier den Eindruck erweckt, man wende sich nun mehr der jüngeren Vergangenheit

<sup>30</sup> Vgl. Wir sind das Volk! Magazin zur Ausstellung Friedliche Revolution 1989/1990, Kulturprojekte Berlin GmbH, Berlin 2009.

<sup>31</sup> Annett Meiritz/Christoph Sydow, Berlin erinnert, Berlin jubelt, 9. 11. 2014, [www.spiegel.de/politik/deutschland/mauerfall-jahrestag-berlin-gedenkfeier-am-brandenburger-tor-a-1001910.html](http://www.spiegel.de/politik/deutschland/mauerfall-jahrestag-berlin-gedenkfeier-am-brandenburger-tor-a-1001910.html) (10. 7. 2015).

und den positiveren Aspekten der deutschen Geschichte zu, ist die Erinnerung an den 9. November 1938 nicht gänzlich aus den Veranstaltungen verschwunden. So erklärte Kanzlerin Merkel zur Eröffnung des Fests der Freiheit 2009: „der 9. November markiert eine wahrhaft glückliche Stunde der deutschen und der europäischen Geschichte (...). Doch für uns Deutsche ist der 9. November auch ein Tag der Mahnung. Heute vor 71 Jahren wurde in der Reichspogromnacht das dunkelste Kapitel deutscher Geschichte aufgeschlagen: die systematische Verfolgung und Ermordung der europäischen Juden und vieler anderer Menschen.“<sup>P<sup>2</sup></sup> Fünf Jahre später während der Eröffnung der neuen Ausstellung der Gedenkstätte Berliner Mauer begann Angela Merkel ihre Rede mit einem kurzen Abriss der Ereignisse des 9. November 1918 und 1923, um dann schließlich auf den 9. November 1938 einzugehen: „Der 9. November wurde ein Tag der Scham und der Schande (...) Deshalb empfinde ich heute, am 25. Jahrestag des Falls der Berliner Mauer, nicht nur Freude, sondern vor allem auch die Verantwortung, die uns die deutsche Geschichte insgesamt aufgegeben hat.“<sup>P<sup>3</sup></sup>

## Der 9. Oktober auf dem Weg zum lokalen Feiertag

Es war die „Initiative Tag der Friedlichen Revolution – Leipzig 9. Oktober“ (kurz „Initiative 9. Oktober“), die den 9. Oktober als festen Gedenktag einrichten wollte. Sie besteht aus ehemaligen Aktivisten der Bürgerrechtsbewegungen und nichtstaatlichen Einrichtungen, die einen direkten Bezug zum Herbst 1989 haben, darunter die Gedenkstätte Museum in der „Runden Ecke“ im ehemaligen Sitz der Stasi, die Universität Leipzig, das Zeitgeschichtliche Forum Leipzig und die Behörde des Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen.

Mitte der 1990er Jahre begann die Initiative mit öffentlichen Treffen und dem traditionellen Friedensgebet und erreichte dann zum

<sup>P<sup>2</sup></sup> Angela Merkel, Bulletin der Bundesregierung, 111-3, 9. 11. 2009, S. 1, [www.bundesregierung.de/Content/DE/Bulletin/2009/11/Anlagen/111-3-bk.pdf?\\_\\_blob=publicationFile&v=1](http://www.bundesregierung.de/Content/DE/Bulletin/2009/11/Anlagen/111-3-bk.pdf?__blob=publicationFile&v=1) (25. 6. 2015).

<sup>P<sup>3</sup></sup> Angela Merkel, Bulletin der Bundesregierung, 126-3, 9. 11. 2014, [www.bundesregierung.de/Content/DE/Bulletin/2010-2014/2014/11/126-3-bk-dauerausstellung.html](http://www.bundesregierung.de/Content/DE/Bulletin/2010-2014/2014/11/126-3-bk-dauerausstellung.html) (25. 6. 2015).

zehnten Jahrestag 1999 erstmals Breitenwirkung, als vor der Nikolaikirche als einem der ersten Denkmäler der Friedlichen Revolution eine Säule zur Erinnerung an die Ereignisse errichtet wurde. Zum traditionellen Ablauf des 9. Oktobers gehören mittlerweile drei Elemente: das Friedensgebet in der Nikolaikirche, die Rede zur Demokratie und das Lichtfest. Die Auswahl der Redner für die Rede zur Demokratie ging bis dato in zweierlei Richtungen. Zunächst wurden Vertreter der Bundesrepublik als Redner eingeladen (die Präsidenten von Bundestag und Bundesrat, der Präsident des Bundesverfassungsgerichts, der Bundespräsident), die dazu aufgerufen wurden, sich für die offizielle Anerkennung des 9. Oktober einzusetzen. In jüngerer Zeit wandte man sich eher Persönlichkeiten aus Polen, Ungarn und der Tschechischen Republik zu, um die internationale Komponente der Revolution von 1989 zu betonen. Im Laufe der Zeit wurden die Feierlichkeiten nicht mehr nur von der „Initiative 9. Oktober“, sondern auch vom Land Sachsen, dem sächsischen Parlament und der Stadt Leipzig organisiert.

Ebenso wie die Gedenkfeier zum Mauerfall erreichte auch die zum 9. Oktober ihren bisherigen Höhepunkt zum zwanzigsten Jahrestag, als 2009 der Tag in Leipzig zum lokalen Feiertag gekürt wurde. Die Feierlichkeiten begannen mit der Einweihung der Demokratieglocke am Augustusplatz, danach folgte die offizielle Zeremonie mit Bundespräsident Horst Köhler, dem Bürgerrechtler Werner Schulz, dem Leipziger Bürgermeister, dem Landtagspräsidenten und dem sächsischen Ministerpräsidenten. Highlight war nach wie vor das abendliche Lichtfest mit rund 150 000 Teilnehmern. Im Anschluss daran wurde der Teil des Leipziger Stadtrings abgelaufen, auf dem zwanzig Jahre zuvor die Montagsdemos stattgefunden hatten. Das symbolische Wachrufen der Ereignisse in der kollektiven Erinnerung ermöglichte es, auch die Menschen, die an den Protesten 1989 nicht teilgenommen hatten, „zwanzig Jahre später physisch einzubinden in eine ‚authentische‘ Veranstaltung, die basierend auf ihrem historischen Vorbild, ein starkes Gefühl emotionaler Bindung erzeugte“.<sup>P<sup>4</sup></sup>

<sup>P<sup>4</sup></sup> Alexandra Kaiser, *We Were Heroes. Local Memories of Autumn 1989*, in: Anna Saunders/Debbie Pinfold (Hrsg.), *Remembering and Rethinking the GDR*, Basingstoke 2013, S. 182.

Zentrales Argument der Leipziger Gedenkfeier ist, was auch in der Rede zur Demokratie von Bürgerrechtler Werner Schulz 2009 klar zum Ausdruck kam: „Ohne den 9. Oktober in Leipzig hätte es den 9. November in Berlin nicht gegeben. Und nicht den 3. Oktober 1990.“<sup>F<sup>5</sup></sup> So versucht man einerseits, ein Gegengewicht zu Berlin zu schaffen, andererseits will man aber vor allem „die Aufmerksamkeit darauf konzentrieren, die Erinnerung an Friedliche Revolution und Mauerfall nachhaltig im Gedächtnis der Nation zu verankern“.<sup>F<sup>6</sup></sup> Ein ähnlicher Appell ging von der „Initiative 9. Oktober“ unter dem Titel „40 + 20 = 60 Jahre Bundesrepublik“ aus. Mit dieser Rechenformel wollte man die Erinnerung an die Gründung der Bundesrepublik (1949) mit dem 20. Jahrestag der Friedlichen Revolution in Verbindung setzen und somit letzteres Ereignis in die demokratische Tradition Gesamtdeutschlands einbetten und als Geschehnis hervorheben, auf das „alle Deutschen stolz sein können“.<sup>F<sup>7</sup></sup>

Der 25. Jahrestag des 9. Oktobers im Jahr 2014 wurde nach dem bis dahin etablierten Ablauf gestaltet.<sup>F<sup>8</sup></sup> Bundespräsident Joachim Gauck zeichnete in seiner Rede zur Demokratie ein umfassendes und facettenreiches Bild der wichtigsten Ereignisse und Errungenschaften der Friedlichen Revolution von 1989 und betonte: „Kein 9. November ohne den 9. Oktober. Vor der Einheit kam die Freiheit.“<sup>F<sup>9</sup></sup> Auf Wunsch von Gauck selbst waren beim Festakt in Leipzig auch die Präsidenten Polens, Ungarns, der Tschechischen Republik und der Slowakei zugegen, um den internationalen Rahmen und das Zusammenspiel der osteuropäischen Demokratiebewegungen hervorzuheben und den Eindruck zu vermeiden, die Befreiung wäre ein ausschließlicher Akt der heldenhaften Selbstbefreiung des ostdeutschen Volkes gewesen. Mit rund 200 000 Besu-

<sup>F<sup>5</sup></sup> Werner Schulz, Rede zum Festakt 9. 10. 2009, [www.herbst89.de/startseite/reden-zur-demokratie/reden-zum-festakt-2009/werner-schulz.html](http://www.herbst89.de/startseite/reden-zur-demokratie/reden-zum-festakt-2009/werner-schulz.html) (19. 6. 2015).

<sup>F<sup>6</sup></sup> Rainer Eckert, Das Erinnerungsjahr 2009, in: Deutschland Archiv, 42 (2009) 6, S. 1078.

<sup>F<sup>7</sup></sup> Ruf aus Leipzig, 18. 6. 2007, [www.herbst89.de/startseite/ruf-aus-leipzig.html](http://www.herbst89.de/startseite/ruf-aus-leipzig.html) (19. 6. 2015).

<sup>F<sup>8</sup></sup> Vgl. Programm [www.herbst89.de/startseite/veranstaltungen/programm-9-oktober-2014.html](http://www.herbst89.de/startseite/veranstaltungen/programm-9-oktober-2014.html) (19. 6. 2015).

<sup>F<sup>9</sup></sup> Joachim Gauck, Bulletin der Bundesregierung, 113-2, 14. 10. 2014, [www.bundesregierung.de/Content/DE/Bulletin/2010-2014/2014/10/113-2-bpr-festakt.html](http://www.bundesregierung.de/Content/DE/Bulletin/2010-2014/2014/10/113-2-bpr-festakt.html) (25. 6. 2015).

chern war das Lichtfest ein erneuter Erfolg. Jedoch gab es auch kritische Stimmen, die in den Feierlichkeiten eher eine Marketing-Veranstaltung sahen, mit der Leipzig versucht habe, „ein Revolutions-Disneyland zu erschaffen, in dem Bestreben, die Marke ‚Leipzig‘ zu promoten“.<sup>F<sup>10</sup></sup>

## Schlussfolgerungen

Trotz des wachsenden öffentlichen Interesses an den Gedenkfeierlichkeiten des 9. Oktobers und des 9. Novembers wird wahrscheinlich der 3. Oktober Nationalfeiertag bleiben. Auffallend ist jedoch, dass – wie eingangs ausgeführt – im Laufe der Jahre immer wieder Alternativvorschläge laut wurden, die Unterstützung auch von Vertretern höchster Stellen fanden. Das Problem scheint nicht zu sein, dass die Deutschen „unfähig“ sind, zu feiern. Die Schwierigkeit scheint vielmehr darin zu liegen, eine angemessene Sprache zu finden, der es gelingt, den jüngsten zeitgeschichtlichen Ereignissen wie der Friedlichen Revolution und der Wiedervereinigung Rechnung zu tragen, ohne dabei allzu große Nabelschau zu betreiben oder ein übertriebenes Medienspektakel zu entfachen. Der 3. Oktober ist bekannt als ein Tag, an dem sich Staatsmänner und politische Elite selbst feiern, ohne dabei das Volk allzu sehr mit einzubeziehen.

Den Befürwortern des 9. November ist es nicht gelungen, einen neuen Gründungsmythos entstehen zu lassen, dies vor allem aufgrund der Mehrdeutigkeit des Datums und laut dem Politologen Herfried Münkler auch aufgrund der räumlichen Eingeschränktheit des Mauerfalls, den das westdeutsche Volk schließlich nur als Beobachter verfolgt hat.<sup>F<sup>11</sup></sup> Dies gilt umso mehr für den 9. Oktober, der trotz des gestiegenen medialen Interesses, der Teilnahme hoher Bundesvertreter und aller Bemühungen der Organisatoren nach wie vor als eine ausschließlich ostdeutsche, wenn nicht sogar lokale Feierlichkeit wahrgenommen wird.

Gleichwohl entwickeln sich Formen des Gedenkens, wie beispielsweise das Leipziger Lichtfest oder die Feierlichkeiten zum Tag des Mauerfalls, die eine neue Tendenz in der

<sup>F<sup>10</sup></sup> Andreas Raabe, Die verkitschte Revolte, in: Kreuzer, (2010) 14, S. 22.

<sup>F<sup>11</sup></sup> Vgl. Herfried Münkler, Die Deutschen und ihre Mythen, Berlin 2009, S. 479.

kollektiven Erinnerung der Deutschen deutlich werden lassen. Vor allem die Hervorhebung dieser beiden Daten, die in der Öffentlichkeit immer stärker gefeiert werden, zeigt den Wunsch, die Ereignisse von 1989 und 1990 getrennt zu betrachten und daran zu erinnern, dass die Wiedervereinigung zwar schnell vollzogen wurde, ihr Erfolg aber keinesfalls selbstverständlich war. Wenn man den Fokus auf die Revolution von 1989 legt, werden dadurch die nachfolgenden Schwierigkeiten außer Acht gelassen, die während des praktischen Prozesses der Wiedervereinigung aufgetreten sind. Die Friedliche Revolution, die dem Mauerfall vorangegangen war – und für die sich die Bezeichnung „die erste gelungene und gewaltfreie Revolution in der deutschen Geschichte“<sup>f2</sup> etabliert hat – separat zu betrachten, bedeutet vor allem, die Darstellungsweise in den Schatten zu stellen oder zumindest zu nivellieren, die sich auf den diplomatischen Erfolg der westdeutschen politischen Elite (allen voran den Erfolg von Kanzler Kohl) im Prozess der Wiedervereinigung konzentriert. Gerade an der aktiven Rolle der Vertreter der Bürgerrechtsbewegungen lässt sich erkennen, wie durchlässig die kollektive Erinnerung ist, und wie bedeutend nach wie vor die Rolle der Zeitzeugen und deren mündliche Weitergabe der Geschehnisse von 1989 sind. Dieses kommunikative Gedächtnis geht eine Wechselbeziehung mit den Institutionen ein und fordert diese zur Interaktion auf.

Die Feierlichkeiten zum 20. und 25. Jahrestag des Mauerfalls und der Montagsdemo am 9. Oktober zeigen den Versuch, jenseits der institutionellen oder offiziellen Ebene eine Ausdrucksform für das Gedenken zu finden, mit der das Volk selbst unmittelbar angesprochen und zur Interaktion und aktiven Beteiligung aufgefordert wird. Während der 9. Oktober sich vornehmlich an ein deutsches Publikum richtet, stößt der 9. November, sei es aufgrund der Tragweite des Mauerfalls oder aufgrund der Anziehungskraft Berlins, auf internationale Aufmerksamkeit und zeichnet weltweit ein positives und überzeugendes Bild von Deutschland. Auch wenn sie auf unterschiedliche Reaktionen treffen, scheinen beide Feierlichkeiten von dem Bemühen geprägt zu sein, ein neues, positiv besetztes Image Deutschlands aufzubauen. Im Gegensatz zum

<sup>f2</sup> Leipziger Thesen, 4.9.2009, [www.herbst89.de/startseite/leipziger-thesen.html](http://www.herbst89.de/startseite/leipziger-thesen.html) (19.6.2015).

3. Oktober ist der Ablauf der Feierlichkeiten stark emotional geprägt und scheint eine neue Tendenz abzuzeichnen, weg von der öffentlichen Selbstdarstellung, von der die Bundesrepublik während der Teilung Deutschlands geprägt war, in der staatliche Feierlichkeiten zumeist ein „enormes Defizit was öffentliche Emotionen in institutionalisierten Zeremonien anbelangt“<sup>f3</sup> aufwiesen.

Es ist schwierig, aus einem fortlaufenden Prozess wie der Entstehung einer kollektiven Erinnerung an die Friedliche Revolution und Wiedervereinigung dauerhafte Schlussfolgerungen zu ziehen. Es scheint sich jedoch ein „Wandel in der Erinnerungskultur der Deutschen zu vollziehen, in der immer mehr Bezug auf die jüngste Geschichte genommen wird“<sup>f4</sup> und die sich auf der Suche nach positiv besetzen Symbolen zu ihrer eigenen Identifikation befindet. Dies wird auch in der Absicht deutlich, in Berlin ein Denkmal für Freiheit und Einheit zu errichten, durch das die Geschehnisse von 1989 und 1990 „in Stein gemeißelt“ werden.<sup>f5</sup>

Die Weiterentwicklung einer kollektiven Erinnerung der Deutschen hat schlussendlich nicht, wie befürchtet, zu einer Vernachlässigung der Erinnerung an den Holocaust geführt, die nach wie vor zumindest im öffentlichen Diskurs maßgeblicher und „ethisch orientierender“<sup>f6</sup> Bestandteil der deutschen Identität ist. Gleichzeitig hat man manchmal „den Eindruck, als sollte die friedliche Revolution von 1989 angesichts der Geschichte des 20. Jahrhunderts als eine Art stellvertretende Rehabilitierung aller Deutschen dienen“.<sup>f7</sup>

<sup>f3</sup> Christoph Cornelißen, *Le feste nazionali nelle due Germanie dopo la „catastrofe“ del nazionalsocialismo*, in: Maurizio Ridolfi (Hrsg.), *Rituali civili. Storie nazionali e memorie pubbliche nell'Europa contemporanea*, Roma 2006, S. 211–220, S. 217.

<sup>f4</sup> Vera Caroline Simon, *Rivoluzione e unità*, in: *Memoria e Ricerca*, (2010) 34, S. 94. Vgl. auch dies., *Gefeierte Nation. Erinnerungskultur und Nationalfeiertag in Deutschland und Frankreich seit 1990*, Frankfurt/M. 2010.

<sup>f5</sup> Vgl. Andreas H. Apelt (Hrsg.), *Der Weg zum Denkmal für Freiheit und Einheit*, Schwalbach/Ts. 2009.

<sup>f6</sup> Vgl. Gian Enrico Rusconi, *Berlino. La reinvenzione della Germania*, Laterza, Roma-Bari 2009.

<sup>f7</sup> Ralph Jessen, *Die Montagsdemonstrationen*, in: Martin Sabrow (Hrsg.), *DDR Erinnerungsorte*, München 2009, S. 479.

Vera Caroline Simon

# Tag der Deutschen Einheit: Festakt und Live-Übertragung im Wandel

Nun haben wir ihn. Nun feiern wir ihn. Wie machen wir das?“<sup>1</sup> Diese Feststellung des ostdeutschen Schriftstellers Erich Loest auf einer Veranstaltung der

**Vera Caroline Simon**

Dr. phil., geb. 1980; Referentin in der Niedersächsischen Staatskanzlei, unter anderem tätig in der Geschäftsstelle des „Zukunftforums Niedersachsen“.

Vera.Simon@EUI.eu

Thüringer Landesregierung zum 3. Oktober 2003 war symptomatisch für die Debatte über den richtigen Umgang mit dem Tag der Deutschen Einheit. Für die einen war der 3. Oktober schlicht ein „Missgriff“,<sup>2</sup> „willkürlich und ohne jeglichen historischen Bezug“,<sup>3</sup> für die anderen ein Tag, an dem „Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft miteinander versöhnt werden“, gerade weil das Datum keine bestimmten Ereignisse herausstelle.<sup>4</sup>

Am 3. Oktober wird seit 1990 der Beitritt der DDR zur Bundesrepublik Deutschland gefeiert. Er wurde in Artikel 2 des Einigungsvertrages als gesetzlicher Feiertag festgelegt. Die zentralen Feierlichkeiten werden jeweils in dem Bundesland gefeiert, das den Bundesratsvorsitz innehat und von der jeweiligen Staatskanzlei organisiert. Der protokollarische Teil setzt sich aus einem ökumenischen Gottesdienst sowie einem Festakt mit anschließendem Empfang des Bundespräsidenten zusammen, an dem hohe Repräsentanten aus Staat und Gesellschaft sowie seit 1995 Bürgerdelegationen aus den 16 Bundesländern teilnehmen. Im Mittelpunkt der Festakte stehen die Reden des amtierenden Bundesratspräsidenten als Gastgeber sowie entweder von Bundespräsident, Bundestagspräsident, Bundeskanzler oder von geladenen Gästen, die von unterschiedlichen Programmpunkten eingerahmt werden. In der jeweiligen Landeshauptstadt<sup>5</sup> findet außerdem das sogenannte Bürgerfest mit vielfältigem Informations- und Unterhaltungsprogramm statt. Auf der „Ländermeile“

präsentieren sich die Bundesländer und auch die Verfassungsorgane stellen sich vor.

In diesem Beitrag wird nachgezeichnet, welcher Stil sich für die Ausgestaltung des offiziellen Festakts im Laufe der Jahre herauskristallisiert hat, wie dieser durch die Live-Übertragung im Fernsehen verbreitet und schrittweise durch die Möglichkeiten des Mediums mitgeprägt wurde.<sup>6</sup> Diese Entwicklungen lassen sich auf drei Ebenen analysieren, die für politische Rituale prägende Zeitlichkeiten darstellen: Kollektives Erleben und Handeln, also Gleichzeitigkeit,<sup>7</sup> Außeralltäglichkeit beziehungsweise „Außergewöhnlichkeit“<sup>8</sup> sowie der Bezug zu „Schlüsselereignissen der Vergangenheit“.<sup>9</sup>

*Dieser Artikel basiert im Wesentlichen auf einem Kapitel der 2010 im Campus Verlag erschienenen Studie der Autorin: Gefeierte Nation. Erinnerungskultur und Nationalfeiertag in Deutschland und Frankreich seit 1990, Frankfurt/M.–New York 2010.*

<sup>1</sup> Erich Loest, Dieser unbequeme Feiertag, in: Thüringer Staatskanzlei (Hrsg.), Tag der Deutschen Einheit 2003. Festakt in der Kornmarktkirche zu Mühlhausen, Erfurt 2003, S. 16–21, hier: S. 16.

<sup>2</sup> Arnulf Baring, Der 3. Oktober war ein Missgriff, in: Die Welt vom 30. 9. 2000.

<sup>3</sup> Werner Schulz, Verhandlungen des Deutschen Bundestages, 13. Wahlperiode, 237. Sitzung, 27. 5. 1998, S. 21758.

<sup>4</sup> Andreas Piontek, Gedanken zum Tage, in: Thüringer Staatskanzlei (Hrsg.), Tag der Deutschen Einheit 2003. Festakt in der Kornmarktkirche zu Mühlhausen, Erfurt 2003, S. 8–10, hier: S. 9.

<sup>5</sup> 2011 fand die zentrale Einheitsfeier zum Tag der Deutschen Einheit nicht in der Landeshauptstadt Nordrhein-Westfalens, sondern in Bonn statt.

<sup>6</sup> Ausgewertet wurden die Jahre 1992–2007 und 2014. Das Quellenmaterial ist als Eigentum der Sendeanstalten zumeist nur durch Erwerb zugänglich. Für Live-Übertragungen stellt sich noch ein weiteres Problem, da sie nicht immer archiviert werden. Dies gilt zum Beispiel nach Angaben des Mitschnittservices des ZDF für die Übertragung vom 3. 10. 1991.

<sup>7</sup> Z. B. Gabriella Elgenius, National Days and Nation-Building, in: Lina Erikson/Leos Müller (Hrsg.), Statehood before and beyond Ethnicity. Minor States in Northern and Eastern Europe, Brüssel 2005, S. 363–386, hier: S. 363.

<sup>8</sup> Etienne François/Hannes Siegrist/Jakob Vogel, Die Nation. Vorstellungen, Inszenierungen, Emotionen, in: dies. (Hrsg.), Nation und Emotion. Deutschland und Frankreich im Vergleich. 19. und 20. Jahrhundert, Göttingen 1995, S. 13–35, hier: S. 25.

<sup>9</sup> Hannes Stekl, Öffentliche Gedenktage und gesellschaftliche Identitäten, in: Emil Brix/ders. (Hrsg.), Der Kampf um das Gedächtnis. Öffentliche Gedenktage in Mitteleuropa, Köln u. a. 1997, S. 91–116, hier: S. 91.

## Gemeinsames Erleben? Kritische Töne

Sowohl die Datumswahl des Nationalfeiertags als auch seine symbolische Ausgestaltung, durch die der 3. Oktober mehr die Züge eines Staats- als eines Nationalfeiertags trägt, ist umstritten.<sup>10</sup> Regelmäßig wurden der 9. Oktober oder der 9. November als geeigneterer Nationalfeiertag in die öffentliche Debatte eingebracht, um die Rolle der ostdeutschen Bürgerbewegung und Massenproteste stärker zu würdigen. Ebenso stand die Trennung der offiziellen Feierlichkeiten in zwei separate Teile in der Kritik. Der Ausschluss der Bevölkerung vom offiziellen Festakt wurde in Ost und West gleichermaßen als „Großer Festakt ohne Volk“<sup>11</sup> gebrandmarkt und es waren Schlagzeilen wie „Wir sind das Volk, wir müssen draußen bleiben“<sup>12</sup> zu lesen. Von 1993 bis zum Jubiläum 2000 in Dresden fand keine der Einheitsfeiern in den neuen Bundesländern statt und keinem ostdeutschen Redner, keiner ostdeutschen Rednerin wurde das Wort erteilt, was den Eindruck einer westdeutschen Elitenfeier noch zusätzlich verstärkt haben mag.

Angesichts dieser strikten Trennung des offiziellen Festakts vom gesellschaftlichen Teil der Feierlichkeiten wird die Bedeutung der massenmedialen Vermittlung deutlich: Allein die Live-Übertragung im Fernsehen kann der interessierten Öffentlichkeit einen „vereinheitlichten Zugang“<sup>13</sup> zum Festakt gewähren. Die Massenmedien und insbesondere die öffentlich-rechtlichen Sender erfüllen so eine wichtige gesellschaftsstiftende Funktion, schaffen Transparenz und üben eine „Legitimations- und Kontrollfunktion“ politischer Macht aus.<sup>14</sup>

Das Medium Fernsehen verfügt darüber hinaus über bestimmte Techniken, die ein gemeinsames „Erleben“ suggerieren können.

<sup>10</sup> Siehe hierzu den Beitrag von Costanza Calabretta in dieser Ausgabe (*Anm. d. Red.*).

<sup>11</sup> Yuriko Wahl, Großer Festakt ohne Volk, in: Sächsische Zeitung vom 4. 10. 1995.

<sup>12</sup> Andreas Rehnolt, Strenge Sicherheitsvorkehrungen zum fünften Jahrestag der Einheit, in: Kehler Zeitung vom 4. 10. 1995.

<sup>13</sup> Daniel Dayan/Elihu Katz, Medienergebnisse, in: Ralf Adelman et al. (Hrsg.), Grundlagentexte zur Fernsehwissenschaft, Konstanz 2001, S. 413–453, hier: S. 434.

<sup>14</sup> Vgl. Jens Lucht, Öffentlich-rechtlicher Rundfunk in der Demokratie, in: APuZ, (2009) 9–10, S. 26–31, hier: S. 28f..

Dazu gehören zum Beispiel die bessere Sicht am Bildschirm als vor Ort<sup>15</sup> sowie das Zeigen der Reaktionen der Festteilnehmer auf die gebotenen Beiträge, wodurch der „gemeinschaftsstiftende Charakter der abgebildeten Erfahrung“ betont wird.<sup>16</sup>

## Im Zeichen der Zurückhaltung

Als gesetzlicher Feiertag durchbricht der 3. Oktober zwar den Arbeitsalltag, jedoch gab es anfänglich wenig Bestrebungen, ihn durch eine außergewöhnliche Inszenierung vom Alltag abzusetzen. Wohl auch angesichts der im In- und Ausland geführten Debatte über die Gefahr eines neu aufkeimenden Nationalismus im wiedervereinten Deutschland fielen die Organisation und die symbolische Ausgestaltung sehr zurückhaltend aus.

Der 3. Oktober soll über jeden Vorwurf eines Hurratriotismus erhaben sein und ein verfassungspatriotisches Signal senden. Bundespräsident Roman Herzog machte diese Maxime der Zurückhaltung 1994 explizit, indem er anmahnte, „die Liebe zu unserem Land nicht einen Augenblick zu verschweigen, uns dabei aber (...) ausgesprochen leiser Töne zu befleißigen. Nationales Trara, Fanfaren und Tschinellen sind das letzte, was wir dabei brauchen können.“<sup>17</sup>

Bereits die Bezeichnung als „zentrale“ und nicht als „nationale“ Feier verdeutlicht diesen Anspruch. Auch der Verzicht, die offiziellen Feierlichkeiten im wieder zur Hauptstadt gewählten Berlin abzuhalten, ist nicht nur als föderales Symbol, sondern auch als politische Entscheidung zu verstehen, mit der Begründung, dass eine „zentrale Hauptstadt-Feier (...) weder dem vereinten Deutschland noch Berlin nützen“ würde.<sup>18</sup>

Im Gegensatz zu anderen Nationalfeiertagen wie zum Beispiel dem französischen 14. Juli, an dem die Champs-Élysées einem

<sup>15</sup> D. Dayan/E. Katz, (Anm. 13), S. 434.

<sup>16</sup> Ebd., S. 417.

<sup>17</sup> Bundespräsident Roman Herzog, Verhandlungen des Deutschen Bundestages, 13. Wahlperiode, 239. Sitzung, 1.7.1994, S. 21155.

<sup>18</sup> Klaus Wedemeier, Verhandlungen des Bundesrates, 675. Sitzung, 14.10.1994, S. 549.

trikoloren Fahnenmeer gleichen, werden nationale Symbole am Tag der Deutschen Einheit eher sparsam eingesetzt. Durch das gemeinsame Singen der Nationalhymne, die den offiziellen Festakt beschließt und bei der sich alle Anwesenden im Festsaal erheben, erhält die Feier jedoch ein typisches Element eines Nationalfeiertags.

Von den Fahnen der Bundesländer im Festsaal bis hin zur Ländermeile auf dem Bürgerfest ist dagegen der Föderalismus präsent. Die länderbezogene Ausgestaltung des 3. Oktobers verleiht ihm nicht nur historische Tiefenschärfe, sondern erfüllt eine weitere wichtige Funktion, indem sie eine gemeinsame Identifikationsgrundlage bereitstellt, welche die dichotome Gegenüberstellung von Ost- und Westdeutschen aufbricht.

Darüber hinaus ist das deutsche Bekenntnis zur europäischen Integration sowohl in den Festreden als auch in der symbolischen Ausgestaltung präsent und wurde insbesondere in den Anfangsjahren stark herausgestellt. So feierte das Saarland bereits zweimal – am 3.10.1993 und am 3.10.2009 – ein grenzüberschreitendes „Europa-Fest“.<sup>19</sup>

Ebenso zeigen die Festakte eine vergangenheitsbewusste Perspektive. Das Holocaustgedächtnis und die Reflexion der deutschen Tätergeschichte haben ihren Platz in den Reden am Tag der Deutschen Einheit. Mit dem Fall der Mauer solle nichts vergessen sein, betonte beispielsweise Bundesratspräsident Henning Voscherau am 3. Oktober 1991: „Im Gegenteil, die Spuren nationalsozialistischer Gewaltherrschaft sind uns zu gemeinsamem Erinnern aufgetragen. Auch das heißt Einheit.“<sup>20</sup>

Auch die Bedeutung des demokratischen Systems für das gemeinschaftliche Zusammenleben im vereinigten Deutschland wird anlässlich des 3. Oktobers hervorgehoben. Im Sinne des Verfassungspatriotismus lässt sich darüber hinaus auch der Anspruch be-

<sup>19</sup> Vgl. Nationalfeiertag als Europa- und Freiheitsfest, in: Süddeutsche Zeitung vom 4.10.1993; Deutschland und Nachbarn zu Gast im Saarland, in: Saarbrücker Zeitung vom 29.9.2009.

<sup>20</sup> Henning Voscherau, Rede des Bundesratspräsidenten, in: BPA (Hrsg.), Bulletin der Bundesregierung, Nr. 108 vom 9.10.1991, S. 857–859, hier: S. 858.

werten, ein realistisches Bild der Situation zu zeichnen, das die „hartnäckige Vereinigungskrise“<sup>21</sup> nicht ausspart. Somit wurde der 3. Oktober zum Tag der Bestandsaufnahme der inneren Einheit. Am Nationalfeiertag sollte nichts beschönigt werden, denn „Schönfärben hieße ja, die Mündigkeit der Bürger missachten“, wie Bundespräsident Richard von Weizsäcker 1992 betonte.<sup>22</sup>

Insgesamt waren die Festakte in den Anfangsjahren eher nüchterne und zurückhaltende Zeremonien, die vor allem durch Reden und klassische Musikeinlagen geprägt waren. Die mehrmals gezeigten Darbietungen von Kindern standen darüber hinaus in einem starken Kontrast zu den in anderen europäischen Ländern zum Nationalfeiertag üblichen Militärparaden. In Saarbrücken sang beispielsweise 1993 ein Kinderchor die Hymne „Frei und schön wie Lieder und hell wie Sonnenschein soll für alle Brüder die Welt von morgen sein“<sup>23</sup> auf Deutsch und auf Französisch. 1999 in Wiesbaden traten der Kinderliedermacher Rolf Zuckowski und ein Kinderchor mit dem Lied „Deutschland, deine Kinder“ auf. 2002 in Berlin setzten Kinder der Berliner Europa-Schulen aus Bausteinen eine Miniatur des Brandenburger Tores zusammen und wandten sich mit Wünschen, wie zum Beispiel „dass es so was wie die Mauer nie wieder geben wird“ an die Teilnehmenden des Festakts.<sup>24</sup>

Die zurückhaltende Inszenierung des Nationalfeiertags knüpft somit an die Traditionen der alten Bundesrepublik an, die sich von den militärischen Zeremonien und Massenveranstaltungen der DDR abgegrenzt hatte.<sup>25</sup> In diesem Sinne lobte zum Beispiel Richard Schröder, SPD-Fraktionsvorsitzender der 1990 frei gewählten Volkskammer, die Feierlichkeiten zum 10. Jahrestag der Einheit

<sup>21</sup> Konrad Jarausch, Die unverhoffte Einheit 1989–1990, Frankfurt/M. 1995, S. 317.

<sup>22</sup> Fernsehansprache des Bundespräsidenten, in: BPA (Hrsg.), Bulletin der Bundesregierung, Nr. 81 vom 5.10.1993, S. 929–930, hier: S. 929.

<sup>23</sup> Feierstunde zum Tag der Deutschen Einheit, ZDF, 3.10.1993.

<sup>24</sup> Deutschlands Fest, Phoenix, 3.10.2002.

<sup>25</sup> Vgl. Sabine Behrenbeck, Rituale des Zwiespalts. Politische Feiertage in Ost und West, in: Peter Bender/Heiner Hastedt/Ekkehard Martens (Hrsg.), Zeichen und Mythen in Ost und West, Rostock 1999, S. 45–70, hier: S. 50.

in Dresden: „Auch die Stimmung ist eins a. Wie ich es mir so vorstelle: zivil, locker und trotzdem festlich.“<sup>26</sup>

## Feiern per Fernbedienung: Nüchterne Anfänge bei ARD und ZDF

Daniel Dayan und Elihu Katz haben (an einmaligen Fernsehereignissen) gezeigt, dass die Fernsehübertragung eines Ereignisses dessen dominante Botschaft durch bestimmte Präsentationsmodi hervorheben kann: „Fernsehen hilft dabei, die einschlägigen Merkmale, durch welche diese Identität der Feierlichkeiten verkündet wird, zu übermitteln und ermöglicht den Zuschauerinnen und Zuschauern, die Wesensart des Ereignisses zu identifizieren.“<sup>27</sup> Dabei kann die Art der Fernsehübertragung die Eigendefinition des Ereignisses unterstützen, „indem es jene Merkmale ständig wiederholt, durch die es von den Organisatoren erkennbar gemacht wird“.<sup>28</sup>

Die ersten Übertragungen des offiziellen Festakts durch die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten entsprachen dem von den Staatskanzleien vorgegebenen Skript eines nüchternen, den Verfassungspatriotismus inszenierenden Staatsaktes, und so waren die Möglichkeiten einer effektvollen Fernsehübertragung ohnehin gering. Ein geschlossener Raum bietet nur eine limitierte Anzahl von Kameraeinstellungen auf Bühne und Publikum. Bei nur sehr kurzen Pausen zwischen Reden und künstlerischen Darbietungen haben die Kommentatorinnen und Kommentatoren nur wenig Gelegenheit zur Intervention. Allenfalls können sie einige Hinweise zum Veranstaltungsort geben und die jeweiligen Reden in aller Kürze zusammenfassen.

Die TV-Übertragung von ökumenischem Gottesdienst und Festakt wurde jährlich wechselnd auf die beiden öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten aufgeteilt. Weder konkurrierten ARD und ZDF also miteinander, noch mit privaten Fernsehsendern, sodass eine effektvollere Inszenierung auch aus ökonomischer Perspektive nicht erforderlich war.

<sup>26</sup> MDR extra. 10 Jahre Deutsche Einheit. Der Festakt in der Dresdner Semperoper, MDR, 3. 10. 2000.

<sup>27</sup> D. Dayan/E. Katz, (Anm. 12), S. 416.

<sup>28</sup> Ebd., S. 419.

ZDF und ARD transportierten und verstärkten also die Botschaft des zurückhaltenden Feierstils: Ganz dem realistischen Anspruch des Nationalfeiertags entsprechend, begrüßte beispielsweise der Kommentator des NDR die Zuschauer zum Festakt am 3. Oktober 1992 in Schwerin: „Zwei Jahre deutsche Einheit liegen hinter uns, eine Zeit, die Deutschland, aber auch ganz Europa verändert hat, die Mauer ist gefallen, 16 Millionen Deutsche leben in Freiheit, die Welt steht ihnen offen und doch: Drei Jahre nach dem Fall der Mauer ist die Stimmung der Deutschen auf einem Tiefpunkt angekommen, obwohl der Lebensstandard höher denn je ist.“<sup>29</sup>

Die Übertragungen des Festakts hatten meistens keinen effektiv gestalteten Vorspann, sondern blendeten einfach den Titel der Sendung ein, der zumeist schlicht hieß „Festakt zum Tag der Deutschen Einheit.“ Eine Ausnahme von derartiger Praxis bildete die Produktion des Bayerischen Rundfunks von 1996. Die Übertragung des Festakts wurde mit einer kurzen Dokumentation des Einigungsprozesses eingeleitet: mit Bildern von der Einigungsfeier vom 3. Oktober 1990, von Feuerwerk und wehenden Deutschlandfahnen sowie mit der zu hörenden Nationalhymne. Es erfolgte am Ende auch eine Abmoderation, die einen Appell an die Zuschauer richtete: „Sechs Jahre deutsche Einheit – das soll keine Schlussbilanz oder auch keine Zwischenpause sein, sondern das Signal für neues Kräftesammeln. Schließlich ist die deutsche Einheit keine Maschine, die von alleine läuft; erst die Menschen erwecken diese beiden Worte zum Leben.“<sup>30</sup>

1998 hingegen überließ die Übertragung der ARD die Fernsehzuschauerinnen und -zuschauer sich selbst mit Sicht auf den sich langsam füllenden Festsaal sowie mit der Geräuschkulisse des sich formierenden Orchesters und der Unruhe der eintreffenden Gäste. Erst nach einigen Minuten meldete sich der Kommentator zu Wort und führte in den bevorstehenden Festakt ein. Oftmals fand keine oder nur eine sehr diskrete Abmoderation statt, wie zum Beispiel anlässlich des 3. Oktobers 2001 in Mainz, bei dem der Moderater

<sup>29</sup> Festakt im Theater Schwerin, ARD, 3. 10. 1992.

<sup>30</sup> Festakt zum Tag der Deutschen Einheit, ARD, 3. 10. 1996.

den Zuschauerinnen und Zuschauern für ihr Interesse dankte und noch einen „friedlichen Feiertag“<sup>f<sup>31</sup></sup> wünschte.

Das Fernsehen wurde bei den Live-Übertragungen in den ersten Jahren insgesamt, wie es die Autoren einer stichprobenartigen Untersuchung des Festakts vom 3. Oktober 1997 treffend formuliert haben, „hoch konventionell und gewissermaßen andächtig eingesetzt“.<sup>f<sup>32</sup></sup> Die Sender hatten jedoch die Möglichkeit, die Übertragungen in ein Rahmenprogramm zu integrieren. Das Fernsehprogramm des 3. Oktobers und oftmals der ganzen Woche wurde, über die öffentlich-rechtlichen Sender hinaus, thematisch dem Ereignis angepasst.<sup>f<sup>33</sup></sup> Mit Doku-Dramen, Fernsehfilmen, Talkshows und Quizshows bestimmten sowohl Unterhaltungssendungen als auch Dokumentationen und Reportagen das Programm. Auch die Printmedien wiesen auf den zum 10. Jubiläum der Einheit besonders intensiven „Programm-Marathon zum Tag der Deutschen Einheit“<sup>f<sup>34</sup></sup> hin und stellten so die Bedeutung des bevorstehenden Ereignisses heraus. Angesichts von Umfrageresultaten, die das Unwissen vieler Bundesbürger in Bezug auf das Datum des 3. Oktobers dokumentierten,<sup>f<sup>35</sup></sup> schufen die Fernsehanstalten so Aufmerksamkeit, leisteten Informationsarbeit und begingen den 3. Oktober als „Tag der deutschen Fernseheinheit“.<sup>f<sup>36</sup></sup>

## Gesteigerte „Außeralltäglichkeit“ im neuen Jahrtausend

Die Live-Übertragungen lassen – im Rahmen der durch den Festakt vorgegebenen Möglichkeiten – eine Entwicklung zu einer aufwendigeren Inszenierung erkennen. Beispielsweise wird nun mit Reportagen und Kommenta-

<sup>f<sup>31</sup></sup> Festakt zum Tag der Deutschen Einheit, ZDF, 3.10.2001.

<sup>f<sup>32</sup></sup> Werner Früh et al., Ostdeutschland im Fernsehen, München 1999, S. 333.

<sup>f<sup>33</sup></sup> Vgl. ebd., S. 326.

<sup>f<sup>34</sup></sup> Terror mit System. Einheitsfeierlichkeiten auf allen Fernseh-Kanälen, in: Trierischer Volksfreund vom 2., 3. und 4.10.2000.

<sup>f<sup>35</sup></sup> Nach einer Emnid-Umfrage von 2003 konnte ein Drittel der unter 29-Jährigen den 3. Oktober nicht zuordnen. Zit. nach: Anemi Wick, Überraschendes Umfrageergebnis: „An diesem Tag ist die Mauer gefallen“, in: Die Welt vom 2.10.2003.

<sup>f<sup>36</sup></sup> Eva-Maria Weiss, Tag der deutschen Fernseheinheit, in: Neue Presse vom 2.10.2014.

ren an- und abmoderiert, es gibt doppelte Berichterstattung vom Ort des Geschehens und aus dem Fernsehstudio, Interviews mit Gästen des Festakts in der Live-Übertragung, vermehrt Kameraeinstellungen von außerhalb des Festsaals, oder die dauerhafte Einblendungen des Logos der Feierlichkeiten.

Am deutlichsten zeigt sich die Abkehr von der sparsamen Inszenierung auf der Ebene der Festakte selbst. Die Staatskanzleien bemühten sich im Laufe der Zeit um immer mehr Abwechslung, von der auch die Live-Übertragung profitierte.

Mit dem seit 2002 wiederkehrenden Einsatz dramaturgischer und audiovisueller Elemente konnten nun Emotionen transportiert und suggeriert werden. So begrüßte der Kommentator des MDR die Zuschauerinnen und Zuschauer zum Festakt 2004 in Erfurt mit einem Bild aus dem Festsaal und leitete über zu Bildern von der Einigungsfeier vom 3. Oktober 1990 mit den Worten: „In den vergangenen 14 Jahren lagen Freud und Leid gerade der Menschen in Ostdeutschland oft beieinander, doch der Jubel der Nacht vom 3. auf 4. Oktober 1990 (sic!) bleibt unvergessen. Bevor der Festakt in wenigen Momenten beginnt, zeigen wir Ihnen noch einmal die Bilder, die die Welt bewegten.“<sup>f<sup>37</sup></sup> Im Anschluss daran wurden Mitschnitte der Vereinigungsfeier vor dem Reichstag gezeigt, so das Hissen der riesigen Deutschlandfahne, die von einem Bild der läutenden Freiheitsglocke überblendet wurde. Auch der Kommentar vermittelte den Zuschauerinnen und Zuschauern Emotionen: „Auf diesen Moment hatten viele Deutsche jahrzehntelang gewartet. Um Punkt Mitternacht am 3. Oktober 1990 ist ihr Vaterland wieder vereint (...). Hier, wie überall in Deutschland, liegen sich die Menschen in den Armen.“<sup>f<sup>38</sup></sup>

Am 3. Oktober 2007 in Schwerin wurde während des Festakts ein an der Filmhochschule Potsdam-Babelsberg entstandener Kurzfilm gezeigt, in dem sich Kinder aus ganz Deutschland mit dem Deutschlandlied und seinen zentralen Themen Glück, Freiheit und Vaterland befassten. Auch die Anmoderation im Fernsehen forderte die Zuschauer zu dieser

<sup>f<sup>37</sup></sup> Festakt zum Tag der Deutschen Einheit, ARD, 3.10.2004.

<sup>f<sup>38</sup></sup> Ebd.

Auseinandersetzung auf: „Was bedeutet uns unsere Nationalhymne? Der Tag der Deutschen Einheit ist vielleicht der richtige Tag, um auch einmal darüber nachzudenken.“<sup>39</sup> Der Film endete damit, dass die befragten Kinder gemeinsam das Deutschlandlied sangen.

2014 in Hannover wurden während des Festakts Frauen und Männer der DDR-Bürgerbewegung in Bild- und Toncollagen mit ihrem Wirken und ihren Motiven in den Mittelpunkt gestellt. Ebenso wurden Bilder von Montagsdemonstrationen, Maueröffnung, politischen Meilensteinen auf dem Weg zum 3. Oktober 1990 und ein Rückblick auf die Jahre seit 1990 gezeigt. Der dramaturgisch geschickt inszenierte Festakt erzeugte „Gänsehautgefühl und feuchte Augen beim Publikum“<sup>40</sup> und wurde in der Presseberichterstattung als „würdevoll und emotional“<sup>41</sup> gelobt. Auch die live aus dem Festsaal berichtende Kommentatorin des NDR bestätigte den Zuschauerinnen und Zuschauern den Gefühlsgehalt der Feier: „Ich habe sie im Saal erlebt und tatsächlich, es waren viele emotionale Momente dabei.“<sup>42</sup>

## Schlüsselergebnisse der Vergangenheit – fernsehgerecht inszeniert

Am Tag der Deutschen Einheit gedachten die Festrednerinnen und -redner von Anfang an des Endes der DDR-Diktatur und der Wiedervereinigung und würdigten damit sowohl die Rolle der DDR-Bürger als auch die Leistungen der Regierung Kohl. Ungeachtet aller Forschungskontroversen über die Angemessenheit des Revolutionsbegriffs für die Ereignisse von 1989/1990<sup>43</sup> wurde die „eigene revolutionäre Freiheitstradition“ und die dadurch gewonnene „neue Würde“ gefeiert.<sup>44</sup>

<sup>39</sup> Festakt zum Tag der Deutschen Einheit, ZDF, 3.10.2007.

<sup>40</sup> Hannoverint, in: Neue Presse vom 4.10.2014.

<sup>41</sup> Bodo Krüger, Würdevoll und emotional, in: Neue Presse vom 4.10.2014.

<sup>42</sup> Festakt zum Tag der Deutschen Einheit, ARD, 3.10.2014.

<sup>43</sup> Vgl. Eckhard Jesse, Die friedliche Revolution 1989/90, in: Rainer Eppelmann/Bernd Faulenbach/Ulrich Mählert (Hrsg.), Bilanz und Perspektiven der DDR-Forschung, Paderborn 2003, S. 196–202.

<sup>44</sup> Beide Zitate Roland Koch, Rede des Bundesratspräsidenten, in: BPA (Hrsg.), Bulletin der Bundesregierung, Nr. 62 vom 6.10.1999, S. 633–635, hier: S. 634. Koch zitiert an dieser Stelle Joachim Gauck.

Der 3. Oktober wurde damit als „Tag der Freude“<sup>45</sup> begangen und von anderen deutschen Gedenk- und Feiertagen unterschieden, die meistens „der Trauer und dem Gedenken gewidmet“<sup>46</sup> seien.

Die seit 2002 in die Festakte integrierten Filme, Bild- und Toncollagen setzten die historische Zäsur wirkungsvoll in Szene und rückten sie so zunehmend in das Zentrum der Feierlichkeiten. 2005 in Potsdam beispielsweise wurden während des offiziellen Festakts Teile des Dokumentarfilms „Wie im Flug ... 15 Jahre Deutsche Einheit“ vorgeführt. Nur kurze Zeit nach dem 9. November 1989 entstanden, zeigte er die Berliner Grenzanlagen von der Ostseite. Der die Bilder live kommentierende ostdeutsche Schauspieler und Synchronsprecher Hans Teuscher rief die mörderischen technischen Details des Sicherheitssystems und die Opfer der Berliner Mauer ins Gedächtnis und schuf eine beklemmende Atmosphäre im Saal, die die Fernsehsender und auch die Printmedien weiterverbreiteten: „Die beklemmenden Bilder flimmern über zwei Großbildschirme in Potsdams Caligari-Halle und nehmen die rund 1000 versammelten Gäste beim Festakt zum Tag der Deutschen Einheit gefangen. 15 Jahre nach der Wiedervereinigung scheint es notwendig, wieder eindringlich an die Vergangenheit zu erinnern.“<sup>47</sup>

Ebenso setzte der Film „Vorher-Nachher-Bilder“ ein, um das Ende der DDR-Diktatur zu visualisieren: Eine Einstellung zeigte ein von der Mauer verdecktes Haus in unmittelbarer Nähe eines Wachturms. Das gesamte Bild, von kühlen Farben und vor allem von Grau dominiert, veränderte sich durch einen fließenden Übergang zu einer exakt gleichen, jedoch späteren Aufnahme der Straße: Der Wachturm und die Mauer waren verschwunden, die Straße nun begrünt und das Bild voller Farbe. Diese Farbgestaltung wurde auch mit anderen Perspektiven wie zum Beispiel auf den Potsdamer Platz wiederholt. Neben der historischen Zäsur wurden so auch der

<sup>45</sup> Helmut Kohl, Fernsehansprache des Bundeskanzlers, in: BPA (Hrsg.), Bulletin der Bundesregierung, Nr. 108 vom 9.10.1991, S. 854.

<sup>46</sup> Rita Süßmuth, Rede der Bundestagspräsidentin, in: ebd., S. 855–857, hier: S. 855.

<sup>47</sup> Ronald Bahlburg/Matthias Schröter, Eindringliche Erinnerungen, in: Sächsische Zeitung vom 4.10.2005.

Aufbau Ost und die ökonomischen Konsequenzen der Vereinigung – ein wiederkehrendes Thema der Einheitsfeiern – visuell unterlegt. Dieses Vorher-Nachher-Motiv war auch in der ostdeutschen Lokalberichterstattung zum 3. Oktober ein beliebtes Mittel, um die seit 1990 realisierten Fortschritte in der eigenen Stadt oder Region zu verdeutlichen. Durch die Überblendung der Bilder und die musikalische Dramaturgie von einem leisen, traurigen Spiel mit einem Crescendo hin zu fröhlicher Musik war dieser Kunstgriff im Fernsehen jedoch um ein Vielfaches effektiver.

2006 in Kiel wurde eine Visualisierung der deutschen Nachkriegsgeschichte und des bisher im Einigungsprozess Erreichten geboten. Ein Zusammenschnitt von Archivbildern begann mit der berühmten Pressekonferenz Walter Ulbrichts vom 15. Juni 1961. Nachdem Ulbricht versichert hatte, niemand habe die Absicht, eine Mauer zu errichten, stoppte die Aufnahme und das Gesicht Ulbrichts wurde, begleitet von mehreren Paukenschlägen, herangezogen. Anschließend begann das Orchester im Saal Beethovens „Ode an die Freude“ zu spielen. Die Archivbilder setzten wieder ein und zeigten „Schlüsselbilder einer mörderischen Grenze“<sup>48</sup> und andere Szenen aus der deutsch-deutschen Geschichte. Das Orchester interpretierte die „Ode“ zunächst langsam und getragen, wechselte dann ins Allegro und vermittelte so die „bereits im filmischen Geschehen angelegten Stimmungen“<sup>49</sup> nämlich Freude über das Ende der DDR-Diktatur und die Wiedervereinigung.

## Zusammenfassung und Ausblick

Insbesondere in den Anfangsjahren zeigte die zurückhaltende Inszenierung des 3. Oktobers ein sich der nationalen und internationalen Vorbehalte bewusstes, wiedervereintes Deutschland. Die Live-Übertragungen des offiziellen Festakts passten sich dem verfassungspatriotischen Stil an und potenzierten

<sup>48</sup> Christoph Hamann, *Fluchtbilder. Schlüsselbilder einer mörderischen Grenze*, in: Gerhard Paul (Hrsg.), *Das Jahrhundert der Bilder 1949 bis heute*, Bd. 2, Bonn 2008, S. 266–273.

<sup>49</sup> Knut Hickethier, *Film- und Fernsehanalyse*, Stuttgart–Weimar 2007, S. 94.

ihn. Als Staatsakt konzipiert, der die Bedeutung der staatlichen Eliten unterstrich, war der 3. Oktober Gegenstand wiederkehrender Kritik. Für die Legitimationsfunktion des offiziellen Festakts war die massenmediale Berichterstattung, insbesondere durch das Fernsehen, essenziell. Die Live-Übertragung ermöglichte der Öffentlichkeit den Zugang und suggerierte eine Teilnahme am Geschehen.

Sowohl die Gestaltung der Zeremonien selbst und mithin auch die Live-Übertragung durch ARD und ZDF entwickelten sich im Laufe der Jahre hin zu einer immer aufwendigeren Inszenierung. Die verstärkte Einbindung audiovisueller Elemente führte zu einer fortschreitenden Ästhetisierung der Feiern und einer Anpassung an Visualisierungskriterien. Sie steigerten nicht nur die Außeralltäglichkeit des Festakts, sondern bezeugen auch die mediale Prägung von Erinnerungskulturen.<sup>50</sup> In der visuellen Konstruktion des 3. Oktobers wurden die Ereignisse von 1989/1990 als historische Zäsur in Szene gesetzt und als wichtiges Element des neuen Gründungsmythos versinnbildlicht. So wurden die Festakte zunehmend emotionaler und sind Ausdruck einer Veränderung der deutschen Erinnerungskultur, in der überdies die jüngste deutsche Vergangenheit verstärkt in den Vordergrund rückt.

Das 25. Jubiläum der Einheit steht bevor. Es ist anzunehmen, dass sich die Tendenz zur fortschreitenden Außeralltäglichkeit, Ästhetisierung und Emotionalisierung, die im Übrigen auch bei den Bürgerfesten zu beobachten ist, sowohl auf der Ebene des Ereignisses als auch in der Fernsehübertragung fortsetzen wird.

<sup>50</sup> Vgl. z. B. Astrid Erll, *Medium des kollektiven Gedächtnisses: Ein (erinnerungs-) kulturwissenschaftlicher Kompaktbegriff*, in: dies./Ansgar Nünning (Hrsg.), *Medien des kollektiven Gedächtnisses. Konstruktivität-Historizität-Kulturspezifität*, Berlin–New York 2004, S. 3–22.

Eckhard Jesse

# Das Ende der DDR

## Essay

Was die Mauer betrifft, so lassen wir uns nicht deren Schutzfunktion ausreden – ganz einfach, weil wir den Schutz spüren vor all dem, was hinter

**Eckhard Jesse**

Dr. phil., geb. 1948; Professor em. am Institut für Politikwissenschaft der Technischen Universität Chemnitz, Thüringer Weg 9, 09126 Chemnitz.  
eckhard.jesse@phil.tu-chemnitz.de

der Mauer an brauner Pest wuchert.“<sup>1</sup> Diese Einschätzung traf im Juli 1989 Ulrich Junghanns, von 2002 bis 2009 Wirtschaftsminister in Brandenburg und 2007/2008 Vorsitzender der dortigen CDU. In der DDR gehörte er zu den Funktionären der Demokratischen Bauernpartei Deutschlands – einer Blockpartei, die 1990 in der CDU aufging. Eine andere Einschätzung, wenige Tage nach dem Fall der Mauer: „Lasst Euch nicht von den Forderungen nach einem politischen Neuaufbau der Gesellschaft ablenken! Ihr wurdet weder zum Bau der Mauer noch zu ihrer Öffnung befragt, lasst Euch jetzt kein Sanierungskonzept aufdrängen, das uns zum Hinterhof und zur Billiglohnquelle des Westens macht! (...) Wir werden für längere Zeit arm bleiben, aber wir wollen keine Gesellschaft haben, in der Schieber und Ellenbogentypen den Rahm abschöpfen.“<sup>2</sup> So argumentierten führende Kräfte des Neuen Forums um Bärbel Bohley und Jens Reich. In beiden Zitaten kommen dem antikapitalistisch-antifaschistischen Jargon der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) entlehnte Wendungen vor („braune Pest“, „Schieber und Ellenbogentypen“).

Die Beispiele, nicht gewählt, um selbstgerecht spezifische Positionen zu diskreditieren, sollen zeigen, wie überraschend der Fall der Mauer kam – und damit das Ende der DDR. Verbreitet war die Akzeptanz des geteilten Deutschlands im Osten wie im Westen. „Das Ende der DDR“ es stand nicht auf der Tagesordnung von Politikern, Publizisten und Politikwissenschaftlern, auch wenn manche Neunmalklugen im Nachhinein den Eindruck erwecken, als sei es vorhersehbar gewesen.

Einer der Altmeister der deutschen Politikwissenschaft, Klaus von Beyme, sprach von einem „schwarzen Freitag“ der Sozialwissenschaften. Der Hinweis auf deren Versagen lenkt aber vom eigentlichen Problem ab: Kritikwürdig ist weniger, das Ende der DDR nicht erkannt, sondern die Illegitimität ihres Herrschaftssystems, unabhängig von seiner Stabilität, verkannt zu haben. Die heftigste Schelte an der politikwissenschaftlichen DDR-Forschung kam dann aus den eigenen Reihen: Jens Hacker konzentrierte sich auf den Umstand, die (Politik-)Wissenschaft habe nicht an der Wiedervereinigung festgehalten.<sup>3</sup> Der Standpunkt der westdeutschen DDR-Forschung vor 1990 wurde *nach* 1990 bislang nur unzureichend analysiert.<sup>4</sup> Eine Lehre könnte lauten: Frage bei der Analyse diktatorischer Systeme weniger nach der normativen Kraft des Faktischen als nach der faktischen Kraft des Normativen! Und die These, die DDR sei „ausgeforscht“, ist ein Vierteljahrhundert nach ihrem Ende unhaltbar, zumal der paradoxe Begriff wissenschaftsfeindlich anmutet.<sup>5</sup>

## Zäsur 1989

Im Laufe der 1970er und vor allem der 1980er Jahre kristallisierte sich eine Art „Selbstanerkennung“ der Bundesrepublik Deutschland als „postnationale Demokratie unter Nationalstaaten“<sup>6</sup> heraus, so der Bonner Demokra-

*Der Beitrag ist eine gekürzte Fassung der Abschiedsvorlesung des Autors am 3. Juli 2014 an der TU Chemnitz.*

<sup>1</sup> Ulrich Junghanns, Berlin – sozialistische Metropole in Farben der DDR, in: Bauernecho vom 3.7.1989, S. 6.

<sup>2</sup> Jens Reich/Sebastian Pflugbeil/Bärbel Bohley/Reinhard Schult/Eberhard Seidel/Jutta Seidel, „Die Mauer ist gefallen“, 12. November 1989. Zit. nach: Jens Reich, Rückkehr nach Europa. Zur neuen Lage der deutschen Nation, München 1991, S. 202.

<sup>3</sup> Vgl. Jens Hacker, Deutsche Irrtümer. Schönfärber und Helfershelfer der SED-Diktatur im Westen, Frankfurt/M.–Berlin 1994<sup>3</sup>.

<sup>4</sup> Vgl. Jens Hüttmann, DDR-Geschichte und ihre Forscher. Akteure und Konjunkturen der bundesdeutschen DDR-Forschung, Berlin 2008.

<sup>5</sup> Vgl. dazu Thomas Lindenberger, Ist die DDR ausgeforscht? Phasen, Trends und ein optimistischer Ausblick, in: APuZ, (2014) 24–26, S. 27–32.

<sup>6</sup> Karl Dietrich Bracher, Die deutsche Diktatur. Entstehung, Struktur, Folgen des Nationalsozialismus, Köln 1976<sup>5</sup>, S. 544; ders., Politik und Zeitgeist. Tendenzen der siebziger Jahre, in: ders./Wolfgang Jäger/Werner Link, Republik im Wandel 1969–1974. Die Ära Brandt, Stuttgart 1986, S. 406.

tie- und Diktaturforscher Karl Dietrich Bracher. Wer in den 1980er Jahren für die deutsche Einheit stritt, galt in der Regel als linker oder rechter Nationalneutralist.<sup>7</sup> Die deutsche Einheit wurde vage als mögliche Folge der europäischen Einheit angesehen. Tatsächlich avancierte sie dann zu einem Schrittmacher der europäischen Einheit. Wer in den 1980er Jahren nicht für die Wiedervereinigung focht, musste nicht ihr prinzipieller Gegner sein. Schließlich schien diese allenfalls unter dem Vorzeichen einer – wenig wünschenswerten – Neutralität ganz Deutschlands erreichbar.

Hinfällig und entkräftet zerbrach der sowjetische Kommunismus mehr an eigenen Schwächen als an Angriffen seiner Gegner. Der Versuch Michail Gorbatschows, das System von innen heraus zu reformieren, beschleunigte den Untergang des „Vaterlandes aller Vaterländer“. Einerseits machten Verselbständigungstendenzen einstiger Satellitenstaaten der Sowjetunion zu schaffen, andererseits leistete sie ihnen durch eigene Liberalisierung indirekt Vorschub. Ein Domino-Effekt trat ein. Das Ende der diktatorischen DDR, das sich in das Ende einer weltgeschichtlichen Periode einfügte, ist nur vor dem Hintergrund der präzedenzlosen Vorgänge in der Sowjetunion zu verstehen.<sup>8</sup> Den einst verteuflten Terminus „Totalitarismus“ wandten Michail Gorbatschow, Boris Jelzin und Eduard Schewardnadse nun auf „ihr“ System an.

1989 stellt ebenso ein Epochenjahr dar wie 1789. Die Wahrnehmung der Zeitgenossen kann aber von der retrospektiven Wahrnehmung abweichen. Martin Sabrow hat dafür das Begriffspaar „Erfahrungs- und Deutungszäsur“<sup>9</sup> geprägt. Zwei Beispiele: Während die

<sup>7</sup> Vgl. Eckhard Jesse, Der „dritte Weg“ in der deutschen Frage. Über die Aktualität, Problematik und Randständigkeit einer deutschlandpolitischen Position, in: Deutschland Archiv, 22 (1989) 5, S. 543–559; Alexander Gallus, Die Neutralisten. Verfechter eines vereinten Deutschland zwischen Ost und West 1945–1990, Bonn 2001, S. 309–446; etwas anders setzt die Akzente Lutz Haarmann, Teilung anerkannt, Einheit passé? Status-quo-oppositionelle Kräfte in der Bundesrepublik Deutschland vom Grundlagenvertrag bis zur Friedlichen Revolution, Berlin 2013.

<sup>8</sup> Vgl. den Großessay von György Dalos, Der Vorhang geht auf. Das Ende der Diktaturen in Osteuropa, München 2009.

<sup>9</sup> Martin Sabrow, Zäsuren in der Zeitgeschichte, in: Frank Bösch/Jürgen Danyel (Hrsg.), Zeitgeschichte. Konzepte und Methoden, Göttingen 2012, S. 107–130.

Zeitgenossen 1918/19 als gravierenden Einschnitt empfanden, war der Übergang von der autoritären Monarchie zur demokratischen Republik tatsächlich stark von Kontinuität bestimmt. Umgekehrt fiel die Perzeption für das Jahr 1933 aus: Damals galt die „legale Revolution“ vielfach nicht als Zäsur. Hingegen sind bei den zwei letzten großen Einschnitten 1945 bis 1949 und 1989/90 Erfahrungs- und Deutungszäsur weithin deckungsgleich.

Ich möchte 25 Jahre nach dem Ende der DDR zwei Fragen, die in einem engen Zusammenhang stehen, pointiert und ansatzweise zu beantworten versuchen. Erstens, vor allem: Welche Ursachen sind für das Ende der DDR verantwortlich, zum einen für das Ende der SED-Diktatur – sie führte zur Freiheit, zum anderen für das Ende der freiheitlichen DDR – sie führte zur Einheit. Zweitens, etwas kürzer: Welche Folgen zeitigte dieses Ende, zum einen bezogen auf die Freiheit, zum anderen auf die Einheit, wobei keine trennscharfe Unterscheidung zwischen freiheits- und einheitsbedingten Folgen möglich ist.

Vorher werfe ich eine Frage auf, die rhetorischer Natur zu sein scheint: Wann endete die DDR? Es gibt zwei Extremantworten. Die erste ignoriert den Staat der DDR, die zweite dämonisiert seine Wirkung. Variante 1: Das Ende der DDR war schon besiegelt, als sie noch gar nicht existierte. Alle Alliierten gingen auf der Potsdamer Konferenz im Sommer 1945 von der Einheit Deutschlands aus. Insofern war dessen spätere Teilung weniger eine Folge des von Deutschland angezettelten Weltkrieges als vielmehr des Kalten Krieges. Sollte der Ost-West-Konflikt zu Ende gehen, könnte sich die deutsche Frage neu stellen. Variante 2: Die DDR ist nicht tot, sondern lebendiger denn je. Wer so argumentiert, zielt auf die Popularität der Jugendweihe, die Zunahme der Kirchenaustritte, auf die Verklärung der DDR, auf „Ostalgie“. Im Westen – für Autoren wie Arnulf Baring ist die Bundesrepublik mittlerweile eine „DDR light“<sup>10</sup> – fällt zuweilen daher das böse Wort von „Dunkeldeutschland“.

Der 9. Oktober 1989 mit der Massendemonstration der 70000 in Leipzig war der Durchbruch zur Freiheit, der 9. November mit dem Mauerfall in Berlin der Durchbruch zur Ein-

<sup>10</sup> Vgl. Arnulf Baring, Bürger, auf die Barrikaden, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ) vom 19. 11. 2002.

heit. Die Zeitgenossen nahmen dies so nicht wahr, Erfahrungs- und Deutungsäsur müssen sich, wie gezeigt, nicht decken. Zum Teil gingen die beiden Phasen ineinander über. So gab es bereits in der zweiten Novemberhälfte 1989 Demonstrationen für die Einheit Deutschlands, als noch das erst am 1. Dezember gestrichene Machtmonopol der SED in der Verfassung festgeschrieben war. Ist die Freiheits- und Einheitsrevolution im Gegensatz zum Umbruch in anderen Staaten Ostmitteleuropas durch eine „doppelte Demokratisierung“<sup>11</sup> gekennzeichnet – zunächst die Selbstbefreiung von der Diktatur 1989, dann, 1990, der Austausch des soeben erst errungenen demokratischen Systems gegen das der Bundesrepublik Deutschland? Diese These stimmt insofern nicht, als auch in anderen Staaten eine doppelte „Demokratisierung“ ablief, nur mit konträren Konsequenzen. Aus der Tschechoslowakei gingen Tschechien und die Slowakei hervor, aus Jugoslawien und der Sowjetunion mehrere Staaten.<sup>12</sup> Aber die Revolution in der DDR erhielt eine besondere Dynamik durch den Ruf nach dem Beitritt zu einer ökonomisch starken und politisch festigten Demokratie.

## Ursachen für das Ende der diktatorischen DDR

Die Sowjetunion spielte beim Aufbau der SED-Diktatur eine ebenso tragende Rolle wie bei deren Ende. Gorbatschow war nicht nur der Totengräber der Sowjetunion, sondern auch der DDR, wiewohl dies seiner Intention widersprach. Was er wollte: Reformen; was er bewirkte: das Ende des „real existierenden Sozialismus“. Er ging in die Reformfalle. Und er akzeptierte mit seiner Absage an die Breschnew-Doktrin<sup>13</sup> den Systemwechsel. Insofern war es von Erich Honecker keine

nachträgliche Rechthaberei, seine nicht auf Glasnost und Perestroika setzende Politik zu verteidigen: „Gorbatschow will das europäische Haus bauen. Wir alle sind dabei, unsere eigenen Häuser zu zerstören.“<sup>14</sup> Stärkere Repression im Inneren hätte der SED-Diktatur eine Atempause gewährt.

Die kommunistische DDR war nicht reformierbar. Gerade weil die oppositionelle Bewegung als reformerisch galt, leistete sie ihren Beitrag zur Revolution. Der beständige Vorwurf an die beiden „Erichs“ – Honecker und Mielke –, durch Starrheit den eigenen Untergang beschleunigt zu haben, stimmt so nicht. Außenpolitische und wirtschaftliche Umstände zwangen die DDR allerdings zu immer mehr Konzessionen. Der allmählichen Loslösung von der Sowjetunion folgte eine partielle Abhängigkeit von der Bundesrepublik. Die großzügigere Regelung der Reisepraxis ab Mitte der 1980er Jahre minderte keineswegs das Unruhepotenzial, sondern zog Ausreiseanträge nach sich. Nicht mangelnde, sondern zu große Flexibilität unterminierte die SED-Herrschaft.

Da die Bevölkerung wusste, Kritik werde weniger scharf geahndet als früher, riskierte sie mehr, entwickelte sie mit der Abnahme der Repressionen ein besonderes Gespür für Repression – eine Variante des Tocqueville-Effekts.<sup>15</sup> Der Unmut der Bürger war fast durchgängig groß – über die im Vergleich zum Westen schlechte wirtschaftliche Situation, über die mangelnde Reisefreiheit, über die politischen Repressalien. Autonome intermediäre Strukturen fehlten, für Mängel machten viele Bürger daher „das System“ verantwortlich. Allerdings stieß dieses auch auf eine gewisse Loyalität, womit sich die relative Stärke der postkommunistischen Partei nach 1990 erklärt.<sup>16</sup>

Da die SED ideologisch ermattet war, agierte die Staatssicherheit nicht. Sie, die alle oppositionellen Gruppierungen unschädlich machen

<sup>11</sup> Vgl. Michael Richter, Die doppelte Demokratisierung. Eine ostdeutsche Besonderheit der Transition, in: Totalitarismus und Demokratie, 3 (2006) 1, S. 79–98.

<sup>12</sup> „Demokratisierung“ ist in zweierlei Hinsicht ohnehin problematisch: Zum einen war die Beseitigung einer Diktatur mehr als eine „Demokratisierung“, zum anderen der Beitritt bzw. die Teilung, obwohl jeweils auf dem Votum der Bevölkerung basierend, keine „Demokratisierung“.

<sup>13</sup> Gemäß diesem 1968 im Anschluss an den Einmarsch in die Tschechoslowakei formulierten Interventionsvorbehalt der Sowjetunion wurde ihren sozialistischen „Bruderländern“ nur eingeschränkte Souveränität zugestanden.

<sup>14</sup> Erich Honecker zit. nach: Egon Krenz, Herbst ’89, Berlin 1999, S. 28.

<sup>15</sup> Der große französische Liberale Alexis de Tocqueville vertrat die zutreffende Ansicht, die Reduktion von Ungleichheit erhöhe die Sensibilität für deren Existenz.

<sup>16</sup> Vgl. Udo Grashoff, Legitimation, Kooptation und Repression in der DDR, in: Uwe Backes/Steffen Kailitz (Hrsg.), Ideokratie im Vergleich. Legitimation, Kooptation, Repression, Göttingen 2014, S. 185–205.

sollte, blieb in der Krise eigentümlich passiv,<sup>17</sup> nicht zuletzt, weil die ostdeutsche Diktatur offenkundig nicht mehr den Bajonetten der Sowjetunion vertrauen konnte. Am Ende, als der Umbruch unabwendbar erschien, wollte sie, kein „Staat im Staate“, die eigene Arbeit durch mehr oder weniger systematische Aktenvernichtung vertuschen.

Wer die Kategorien der Systemwechselforschung zugrunde legt,<sup>18</sup> kommt zu folgendem Ergebnis: Entgegen mancher Legenden hat es in der DDR offenkundig keinen von alten Regimeeliten gelenkten Systemwechsel gegeben, auch nicht einen durch die Sowjetunion inspirierten. Der Systemwechsel war von unten erzwungen – durch das komplexe Zusammenspiel der Fluchtbewegung („*exit*“) im Sommer und der Demonstrationsbewegung („*voice*“) im Herbst, so das Modell des aus Deutschland emigrierten Soziologen Albert O. Hirschman:<sup>19</sup> „Wir wollen raus“ zog „Wir bleiben hier“ nach sich. Den „alternativen Kräften“, wie schwach auch immer sie waren, kam mit ihren Maximen von einem „Dritten Weg“ und unbedingter Gewaltfreiheit zunächst eine zentrale Rolle zu. Daneben bestimmten Elemente der Implosion die revolutionären Ereignisse, die soziale Kontrolle der öffentlichen Meinung durch die Herrschenden bröckelte.<sup>20</sup> Ein ausgehandelter Systemwechsel blieb in der DDR – anders als in Polen und Ungarn – weithin aus, jedenfalls in der Frühphase. Erst als der Sieg der Revolution unaufhaltsam schien, traten SED-Politiker an die Spitze der Proteste, um ihr die Spitze zu nehmen. Dazu gehören etwa die vielen Runden Tische und die Einbindung Oppositioneller in Hans Modrows „Regierung der nationalen Verantwortung“, so die vollmundig-irreführende Eigenbezeichnung. Auf diese Weise gerieten die „feindlich-negativen Kräfte“, um die Terminologie der Staatssicherheit zu benutzen, im-

<sup>17</sup> Vgl. Daniela Munkel (Hrsg.), Herbst '89 im Blick der Stasi. Die geheimen Berichte an die SED-Führung – Auswahledition, Berlin 2014.

<sup>18</sup> Vgl. Eckhard Jesse, Systemwechsel in Deutschland. 1918–1933–1945/49–1989/90, Bonn 2013<sup>4</sup>, S. 17–32.

<sup>19</sup> Vgl. Albert O. Hirschman, Abwanderung, Widerspruch und das Schicksal der Deutschen Demokratischen Republik. Ein Essay zur konzeptionellen Geschichte, in: Leviathan, 20 (1992) 3, S. 330–350.

<sup>20</sup> Vgl. Nicole Weisheit-Zenz, Öffentliche Meinung im Dienste des Regimes? Soziale Kontrolle und „Opposition“ in der DDR in den letzten Jahren ihres Bestehens, Münster 2010.

mer mehr in einen Gegensatz zur Masse der Bürger, die das System ohne Wenn und Aber beseitigen wollte. Bürgerrechtler tappten in fünf „Fallen“<sup>21</sup>: die Sozialismusfalle, die Reformfalle, die Antifaschismusfalle, die Dritte-Weg-Falle und die Teilungsfalle.

## Ursachen für das Ende der demokratischen DDR

Mit der Freiheit war die Einheit noch nicht erreicht. Nach dem Fall der Mauer und bei nun vermindertem Repressionsrisiko änderte sich das Meinungsklima atemberaubend schnell: Wer an einer eigenständigen DDR festhielt, geriet rasch in die Defensive. Die ostdeutsche Bevölkerung, aller Propaganda von einer „sozialistischen Nation“ zum Trotz, wollte das Leben im Westen, überdrüssig jeglicher Experimente. Zwar hatten Teile der „künstlerischen Intelligenz“ 1976 nach der Ausbürgerung Wolf Biermanns protestiert, aber die Masse der Bevölkerung ließ dies kalt. Eine Paradoxie: Der Liedermacher Biermann musste gehen und wollte bleiben, viele DDR-Bürger hingegen mussten bleiben und wollten gehen.

Otto Reinhold, Rektor der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim Zentralkomitee der SED, hatte im August 1989 in einem Rundfunkbeitrag Tacheles geredet: „Welche Existenzberechtigung sollte eine kapitalistische DDR neben einer kapitalistischen Bundesrepublik haben? Natürliche keine. Nur wenn wir diese Tatsache immer vor Augen haben, wird klar erkennbar, wie wichtig für uns eine Gesellschaftsstrategie ist, die kompromisslos auf die Festigung der sozialistischen Ordnung gerichtet ist.“<sup>22</sup> Da keine ausgeprägte DDR-Identität bestand, musste das Ende der SED-Herrschaft auch das Ende der DDR bedeuten. Hingegen hieß es am 7. Oktober 1989 in der Grundsatzrede von Markus Meckel bei der Gründung der Sozialdemokratischen Partei in der DDR (SDP), die als erste Kraft mutig die Machtfrage stellte: „Wir anerkennen die

<sup>21</sup> Vgl. Eckhard Jesse, DDR: Die intellektuelle Formierung der Opposition seit den 1970er Jahren, in: Hans-Joachim Veen/Ulrich Mählert/Peter März (Hrsg.), Wechselwirkungen Ost-West. Dissidenz, Opposition und Zivilgesellschaft 1975–1989, Köln u. a. 2007, S. 65–77.

<sup>22</sup> Zit. nach: Die „sozialistische Identität“ der DDR. Überlegungen von Otto Reinhold in einem Beitrag für Radio DDR am 19. August 1989, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 34 (1989) 10, S. 1175.

Zweistaatlichkeit Deutschlands als Folge der schuldhaften Vergangenheit unseres Volkes.“<sup>F23</sup> Das war faktisch das Zwei-Nationen-Konzept der SED: offenkundig eine Chimäre.

Die DDR-Regierung trat nach dem Fall der Mauer, der dem gleichen Zweck dienen sollte wie ihr Bau – dem Erhalt der DDR –, die Flucht nach vorne an und suchte mit ihrem Vorschlag einer „Vertragsgemeinschaft“ und einer Konföderation in die Offensive zu gelangen. Hingegen wurde die Bundesregierung erst aktiv, als der öffentlich bemerkbare Stimmungswandel in Richtung Einheit umschlug. Helmut Kohls vorsichtig formuliertes Zehn-Punkte-Programm von Ende November 1989 – gleichwohl ein Paukenschlag – verfehlte seine Wirkung weder im Ausland noch in Deutschland. Der letzte Punkt lautete: „Die Wiedervereinigung, das heißt die Wiedergewinnung der staatlichen Einheit Deutschlands, bleibt das politische Ziel der Bundesregierung.“

Wir wissen nicht, was Michail Gorbatschow, wahrlich kein Stratege, nach erbittertem Widerstand und Zögern bis Anfang 1990<sup>F24</sup> dazu bewog, gegen ein vereintes Deutschland innerhalb der NATO kein Veto einzulegen: die Notwendigkeit, angesichts der ökonomisch prekären Lage, den finanziell starken Westen nicht vor den Kopf zu stoßen? Die schwierigen Nationalitätenkonflikte im eigenen Lande, die eine offensive Außenpolitik unmöglich machten? Die Einsicht, das eigene System sei ein für allemal gescheitert? Die Entwicklung im Warschauer Pakt, dessen Mitglieder in die NATO strebten? Die Überzeugung, das Selbstbestimmungsrecht der Völker sei zu akzeptieren? Der klar bekundete Wille des Westens, an der Einbindung Deutschlands im westlichen Verteidigungsbündnis ohne Wenn und Aber festzuhalten? Die „Männerfreundschaft“ zu Helmut Kohl und George Bush,

<sup>F23</sup> Markus Meckel, Programmatischer Vortrag zur Gründung der Sozialdemokratischen Partei in der DDR (SDP) am 7. Oktober in Schwante, in: Markus Meckel/Martin Gutzeit, Opposition in der DDR. Zehn Jahre kirchliche Friedensarbeit – kommentierte Quellentexte, Köln 1994, S. 394.

<sup>F24</sup> Vgl. Stefan Karner et al. (Hrsg.), Der Kreml und die „Wende“ 1989. Interne Analysen der sowjetischen Führung zum Fall der kommunistischen Führung. Dokumente, Innsbruck 2014. Siehe etwa die Rede Gorbatschows auf dem Warschauer-Pakt-Gipfel in Moskau vom 4. Dezember 1989, ebd., S. 550–579.

die darauf bedacht waren, den sowjetischen Parteichef nicht zu demütigen? Vermutlich schließt das eine das andere nicht aus.

Ein Gedankenexperiment: Was wäre gewesen, hätte der sowjetische Politiker zu Beginn der friedlichen Revolution die „deutsche Karte“ gezogen und wie Stalin 1952 die Vereinigung Deutschlands unter neutralen Vorzeichen angeboten? Sicher, kontrafaktische Überlegungen sind müßig, zeigen jedoch die Offenheit des historischen Verlaufs. Es wäre zu einem massiven Konflikt zwischen der ostdeutschen Bevölkerung und der westdeutschen Politik gekommen. Ein solcher Vorschlag hätte einen Keil in das westliche Lager getrieben – mit unabsehbaren Folgen für die deutsche Einheit und für die fluide politische Stimmung in ganz Deutschland.

## Folgen der Freiheit

Die stark extremistische NPD, die schwach ist, spielt schon seit langem ebenso wie die schwach extremistische Partei Die Linke, die stark ist, im Osten eine deutlich größere Rolle als im Westen. Aber die Freiheit ist in der gefestigten Demokratie Deutschlands nicht in Gefahr. Größere Unterschiede zwischen Ost und West bestehen bei der Frage nach dem Sozialismus-Verständnis: Im Osten gilt der Sozialismus einer großen Mehrheit ununterbrochen seit 1990 als gute, freilich schlecht ausgeführte Idee, im Westen halten sich Befürworter und Gegner die Waage, und – damit zusammenhängend – bei dem Gleichheitsbeziehungswise Freiheitsverständnis.<sup>F25</sup> Die Soziale Marktwirtschaft findet in den neuen Bundesländern sozialisations- und situationsbedingt weniger Unterstützung als in den alten. Allerdings haben sich dort – „rotes Brandenburg“, „schwarzes Sachsen“ – schnell spezifische Regionalkulturen herausgebildet.<sup>F26</sup> Von „dem“ Osten (von „dem“ Westen ganz zu schweigen) kann darum heute keineswegs mehr die Rede sein.<sup>F27</sup>

<sup>F25</sup> Vgl. Renate Köcher (Hrsg.), Allensbacher Jahrbuch der Demoskopie 2003–2009. Die Berliner Republik, Bd. 12, Berlin–New York 2009, S. 132 f.

<sup>F26</sup> Vgl. Martin Koschkar/Nikolaus Werz (Hrsg.), Regionale politische Kultur in Deutschland, Wiesbaden 2015.

<sup>F27</sup> Vgl. Tom Mannewitz, Politische Kultur und demokratischer Verfassungsstaat. Ein subnationaler Vergleich zwei Jahrzehnte nach der deutschen Wiedervereinigung, Baden-Baden 2015.

Nicht wenige in den neuen Bundesländern vermissen die „sozialen Errungenschaften“ der DDR, rufen nach „Vater Staat“ und „Mutter Betrieb“, der eine Art „Heimat“ bot. In der DDR habe größere Hilfsbereitschaft zwischen den Menschen bestanden, wobei, was zuweilen der Vergessenheit anheimfällt, der seinerzeitige Zusammenhalt oft aus der Not geboren war. Im Vergleich zum Westen dominiert Konsensbewusstsein und eine gewisse Konfliktscheu. Damit korreliert das geringere Maß an Lagermentalität. Die Konsequenz: Herkömmliche Links-Rechts-Orientierungen sind schwächer ausgeprägt.

Ostdeutsche sprechen der DDR mehr gute als schlechte Seiten zu – Ostalgie spielt eine Rolle,<sup>28</sup> weniger der Wunsch nach einer Rückkehr zu DDR-Verhältnissen. Die Westbindung dürfte angesichts jahrzehntelangen „Trommelns“ gegen die „Kriegstreiber“ im Osten nicht so tief verankert sein wie im Westen. Aus gegebenem Anlass – etwa beim Kosovo-, Irak-, Afghanistan- oder Ukraine-Konflikt – lassen sich antiwestliche Affekte abrufen.

Wer pauschal die weltoffene Bürgerkultur der alten Bundesländer gegen die Obrigkeitskultur des Ostens ausspielt, bedient Klischees, wiewohl Illiberalität im Osten – etwa gegenüber Minderheiten – stärker entfaltet ist als im Westen. Eine Demonstrationsbewegung wie Pegida („Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes“)<sup>29</sup> dürfte nicht zufällig im Osten aufgekommen sein. Dieser ist soziokulturell autoritärer und sozioökonomisch linker als der Westen. Damit erklärt sich das eigentümliche Erscheinungsbild von Pegida. Globalisierungskritische Positionen gehen Hand in Hand mit migrationskritischen. Pointiert formuliert: „Abgehängte“ wehren sich gegen einen Elitenkonsens, bezogen etwa auf Multikulturalismus und Tendenzen hin zu einem europäischen Bundesstaat. Eine neue Partei wie die Alternative für Deutschland besitzt im Osten ihre Hochburgen.

<sup>28</sup> Vgl. Katja Neller, DDR-Nostalgie. Dimensionen der Orientierungen der Ostdeutschen gegenüber der ehemaligen DDR, ihre Ursachen und politischen Konnotationen, Wiesbaden 2006; Thomas Großbölting (Hrsg.), Friedensstaat, Leseland, Sportnation? DDR-Legenden auf dem Prüfstand, Berlin 2009.

<sup>29</sup> Vgl. Lars Geiges/Stine Marg/Franz Walter, Pegida. Die schmutzige Seite der Zivilgesellschaft?, Bielefeld 2015.

Gleichwohl: Die neuen Bundesländer sind überwiegend demokratisch konsolidiert. Deutschland ist weiterhin ein „Staat der Mitte“ (Jörn Ipsen) mit seiner „Politik des mittleren Weges“ (Manfred G. Schmidt). Allerdings fällt im Westen die System- und Demokratieakzeptanz größer als im Osten aus, das Institutionenvertrauen ebenso. Dies kann ein Vierteljahrhundert nach der deutschen Einheit kaum anders sein.

## Folgen der Einheit

In den neuen Bundesländern ist in einigen gesellschaftlichen Bereichen ein Elitenwechsel weithin ausgeblieben, beispielsweise in der Verwaltung. Wer früher „oben“ stand, wurde nicht zwangsläufig abgehalftert, und wer heute bestimmte Qualifikationen nicht besitzt (etwa, weil er zu DDR-Zeiten keine politischen Konzessionen machte), ist erneut „der Dumme“. In anderen Bereichen dominiert Westpersonal, vor allem politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Spitzenposten sind entsprechend besetzt. Ostdeutsche sehen vielfach ihre Biographie als entwertet an, ihre Lebensleistung nicht angemessen gewürdigt: „Im Osten ist das Gefühl, Bürger zweiter Klasse zu sein, über alle Parteiorientierungen hin weit verbreitet.“<sup>30</sup> Für das als unzureichend empfundene Tempo der wirtschaftlichen Angleichung sind nicht nur bundesdeutsche Politiker und Wirtschaftsbosse verantwortlich, sondern auch die einst maroden Zustände in Ostdeutschland. Manche Fehler waren in dem präzedenzlosen Einigungsprozess, der zudem unter großem Zeitdruck ablief, wohl unvermeidlich. Die „Wohlstandsexplosion“ (Klaus Schroeder) im Osten erfährt dort nicht gebührende Würdigung; Maßstab ist allein der „heutige Westen“, nicht der „frühere Osten“.

Ist es nicht ein schönes Indiz für „Normalität“, die Tatsache einer ostdeutschen Kanzlerin und eines ostdeutschen Bundespräsidenten weder zu bekritteln noch zu loben? Das Wort von der „Vereinigungskrise“ (Jürgen Kocka), das in den 1990er Jahren grassierte, ist mittlerweile ein Anachronismus. Von 1949 bis zum Mauerbau 1961 sind etwa 2,5 Millionen Menschen aus der DDR in den Westen

<sup>30</sup> Richard Schröder, Versöhnung – mit wem? Warum die Linke nicht ausgegrenzt ist, in: Der Spiegel vom 9. 11. 2009, S. 32f.

abgewandert. In der Zeit bis Ende 1989 folgte eine weitere Million. Allein in den 1990er Jahren sind über zwei Millionen Ostdeutsche in den Westen und über eine Million Westdeutsche in den Osten gezogen. Zudem fördert eine Vielzahl an Migranten die demographische Durchmischung.

Einige ostdeutsche Gegenden, etwa in Mecklenburg-Vorpommern, leiden unter Verödung. Der FAZ-Redakteur Peter Carstens hat 2014 ein trostloses Bild des Ostens gezeichnet. „Eine Bahnfahrt von Berlin nach Dresden: gute Gelegenheit, über die deutsche Einheit nachzudenken. Der Zug schleicht über krumme Schienen. Es geht vorbei an Feldern und Birkenwäldchen. Alles wirkt malerisch und menschenleer. (...) Zwei Diktaturen, zwei Kriege und ein beispielloser Bevölkerungsrückgang haben die Gesellschaft erschüttert und ausgezehrt. In manchen Gegenden der Altmark, der Prignitz oder der Uckermark sieht es heute aus wie im neunzehnten Jahrhundert: weite Felder, arme Dörfer. (...) Vielleicht sollte die Kanzlerin mal wieder mit dem Zug nach Dresden fahren.“<sup>F1</sup> Das ist Schwarzmalerei, auch wenn der Publizist kritikwürdige Zustände einfängt. Helmut Schmidts Diktum vor einigen Jahren, der Osten sei „Mezzogiorno ohne Mafia“, vermittelt ein Zerrbild. Und warum muss der Berliner Ethnologe Ulf Matthiesen davon sprechen, ostdeutsche Regionen würden aufgrund des Exodus „versteppen, verblöden und vergreisen“?<sup>F2</sup> Die zwei Freistaaten im Osten stehen besser da als die beiden Bindestrichländer und Brandenburg, dessen Bevölkerung 1996 die Fusion mit Berlin abgelehnt hat. Es gibt „Ostinseln“ des „Aufstiegs“, etwa Dresden und Leipzig, wie „Westinseln“ des „Abstiegs“, etwa das Ruhrgebiet. Werden wir nach weiteren 25 Jahren ein deutschlandweites Nord-Süd-Gefälle haben – und kaum mehr ein Ost-West-Gefälle?

Das Verhältnis zu den nationalen Symbolen ist nicht mehr so verkrampft (man denke an die Fußball-Weltmeisterschaft 2006 im eigenen Land), dies nicht zuletzt dank der deutschen Einheit. Patriotismus ist heute weithin geachtet, Nationalismus hingegen geächtet.

<sup>F1</sup> Peter Carstens, Auf dem Nebengleis, in: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung vom 22. 6. 2014, S. 5.

<sup>F2</sup> Zit. nach: Uwe Müller, Supergau Deutsche Einheit, Berlin 2005<sup>3</sup>, S. 20.

Westdeutsche fühlen sich im Vergleich zu den Ostdeutschen eher als Deutsche (und nicht als Westdeutsche), wobei Ostdeutsche bei der Frage nach dem Gelingen des Zusammenwachsens von Ost und West deutlich reservierter sind.<sup>F3</sup> Ein Plädoyer für eine Separation des Ostens vom Westen oder des Westens vom Osten entbehrt jeglichen Realismus, anders als etwa in Belgien, Großbritannien, Italien, Spanien. Berlin avancierte zur Bundeshauptstadt, der 3. Oktober zum neuen „Tag der Deutschen Einheit“ (nunmehr großgeschrieben). Unter dem Gesichtspunkt der Glaubwürdigkeit ist das Votum für Berlin richtig, das für den 3. Oktober nicht. Ausgerechnet in dem Moment, in dem die Ziele der Volkserhebung in der DDR im Jahr 1953 erreicht waren – Freiheit und Einheit –, schaffte der Einigungsvertrag den 17. Juni als Tag der deutschen Einheit ab.<sup>F4</sup>

## Ursachen und Folgen im Vergleich

Die Initiative für das Ende der DDR – der langjährigen diktatorischen wie der kurzzeitigen demokratischen – ging von den bei ihrer Flucht- wie ihrer Demonstrationenbewegung durch westliche Medien<sup>F5</sup> beeinflussten Menschen in der DDR aus – die Macht der Bilder überlagerte die Bilder der Macht. Sie stürzten das System der Unfreiheit im ersten möglichen Moment, und sie strebten – sofort, unverzüglich – die Einheit Deutschlands an. Beides konnte nur gelingen, weil sich die Sowjetunion dem nicht mehr entgegenstellte. Im Vergleich zu den Ursachen für das Ende der SED-Diktatur (die veränderte außenpolitische Konstellation durch die Sowjetunion Gorbatschows) sind endogene Faktoren (der klare Wille der DDR-Bevölkerung) für das Ende der DDR stärker.

Wer die Folgen des Endes der DDR mit Blick auf Freiheit und Einheit in den Blick nimmt, erkennt eine gewisse Diskrepanz zwischen der Einschätzung im Osten und im Westen Deutschlands einerseits, der im Ausland andererseits. Der Blick von außen nimmt die deutsche Einheit weithin als „Erfolgsgeschichte“ wahr und empfindet manche Kla-

<sup>F3</sup> Vgl. R. Köcher (Anm. 25), S. 67.

<sup>F4</sup> Siehe den Beitrag von Costanza Calabretta in dieser Ausgabe (Anm. d. Red.).

<sup>F5</sup> Vgl. Thomas Großmann, Fernsehen, Revolution und das Ende der DDR, Göttingen 2015.

ge als „Luxusproblem“. In Deutschland hingegen wird mehr über die materiellen Kosten der Einheit geredet als über die immateriellen Lasten der Teilung. Richard Schröder, neben Jens Reich und Friedrich Schorlemmer einer der führenden Intellektuellen aus dem Osten, wendet sich gegen die Miesmacher, welche die deutsche Einheit vor allem unter der Rubrik „Pleiten, Pech und Pannen“<sup>36</sup> abhandeln, ebenso gegen Gesundheitsbeterei.

Machen wir ein weiteres Gedankenexperiment: Bei den Menschen in der DDR wäre, kurz vor dem Fall der Mauer, als Zukunftsszenario die heutige Situation in Deutschland beschrieben, wohl eitel Freude gewesen; die ökonomische Lage nahm desolatte Ausmaße an, die Demonstrationsbewegung höchst riskante Formen. Hätten dieselben Personen elf Monate später, kurz vor der deutschen Einheit, in höchster Euphorie, erfahren, die Lage werde in 25 Jahren so sein wie derzeit, wäre der Missmut groß gewesen. Das Urteil hängt stark vom jeweiligen Ausgangspunkt ab.

Ist durch die deutsche Einheit auch die „alte“ Bundesrepublik Deutschland untergegangen? Wer diese Position teilt, benennt neben dem größeren außenpolitischen Spielraum, der militärische Verantwortung einschließt, Tendenzen im Westen, die jenen in den neuen Bundesländern ähneln: den Rückgang der Wahlbeteiligung etwa, die sinkende Zahl der Parteimitglieder, die nachlassende Partizipation in Bürgerinitiativen. Dies sind jedoch gesellschaftliche Prozesse in der gesamten westlichen Welt. Insofern ist der Osten keineswegs ein Vorreiter für den Westen. Es ist weithin zu einer Verwestlichung des Ostens gekommen, nicht zu einer „Verostung“ (Arnulf Baring) des Westens. Je weiter wir uns von 1989/90 entfernen, umso klarer zeigt sich: Die DDR, ein künstliches Gebilde, schuf wenig Dauerhaftes.

## Aufgaben der hiesigen Politikwissenschaft

Mit Blick auf die Rezeption der friedlichen Revolution 1989 und der deutschen Einheit 1990 fällt das Urteil über die Politikwissen-

<sup>36</sup> Richard Schröder, Die wichtigsten Irrtümer über die deutsche Einheit, Freiburg i. Br. 2007, S. 9, 31, 201, 203.

schaft nicht sonderlich positiv aus. Die Geschichtswissenschaft hat ihr vielerorts den Rang abgelaufen. Ich nenne beispielhaft nur je ein (Meister-)Werk: Ilko-Sascha Kowalczyks „Endspiel. Die Revolution von 1989 in der DDR“ und Andreas Rödders „Deutschland einig Vaterland“. Historische Umbrüche derartigen und unerwarteten Ausmaßes rufen naturgemäß zunächst Zeithistoriker auf den Plan, die den Verlauf samt Ursachen und Folgen detailliert nachzeichnen und Mythen korrigieren.

Ein Vierteljahrhundert nach 1989/90 ist es jedoch Zeit für größere politikwissenschaftliche Perspektiven. Ein Titel wie „Die Auflösung der Deutschen Demokratischen Republik“, der an ein bahnbrechendes Werk Karl Dietrich Brachers von 1955 zur Weimarer Republik erinnert, ist ebenso ein Desiderat wie ein kategorial überzeugendes Werk zum Systemwechsel 1989/90 in der DDR, auch unter Einbeziehung der internationalen Konstellationen. Die innen- und außenpolitischen Folgen der deutschen Einheit sind politikwissenschaftlich ebenfalls unzureichend analysiert.

Beherzigte die deutsche Politikwissenschaft stärker Maximen ihrer Gründungs-väter, gewönne das Fach mehr Ausstrahlung und Bodenständigkeit zugleich. Wie die mit dem Namen von Karl Dietrich Bracher und seinem Nachfolger Hans-Peter Schwarz verbundene „Bonner Schule“ gelehrt hat, muss der Unterschied zwischen der Politik- und der Geschichtswissenschaft ohnehin nicht prinzipieller Natur sein. Die Politikwissenschaft hat bei aller Notwendigkeit der Strukturanalyse die Rolle von Persönlichkeiten (wieder) stärker zu erfassen.<sup>37</sup> Auch das lehrt die Geschichte der friedlichen Revolution und die der deutschen Einheit. Es gilt, an den großen Wurf Peter Graf Kielmanseggs, der die Zeit bis 1990 doppelsinnig mit „Nach der Katastrophe“ einfängt, so die traumatische Vergangenheitsfixierung im westlichen Deutschland betonend, bald anzuknüpfen. Möglicher Titel: „Nach dem Wunder“.

<sup>37</sup> Vgl. Jürgen Hartmann, Persönlichkeit und Politik, Wiesbaden 2007.

Jürgen Danyel

# Alltag Einheit: Ein Fall fürs Museum!

**25** Jahre nachdem die deutsche Einheit am 3. Oktober 1990 politisch vollzogen wurde, rückt sie erneut in den Blickpunkt der

**Jürgen Danyel**

Dr. phil., geb. 1959; Leiter der Abteilung „Zeitgeschichte der Medien- und Informationsgesellschaft“ und stellvertretender Direktor des Zentrums für Zeit-historische Forschung (ZZF), Am neuen Markt 1, 14467 Potsdam. danyel@zzf-pdm.de

öffentlichen Wahrnehmung. Auch die zeit-historische Forschung wagt sich neuerdings immer weiter in die Geschichte der Gegenwart vor. Mit dem Vereinigungsprozess und den damit verbundenen gesellschaftlichen

Veränderungen entdeckt sie ein neues Forschungsfeld, das sie nicht mehr allein den Politikwissenschaftlern, Soziologen und Wirtschaftsexperten überlässt.<sup>1</sup>

Ist das Zusammenwachsen der beiden über 40 Jahre getrennten Gesellschaften seit 1990 aber auch schon ein Fall fürs Museum? Ein Blick in die Ausstellungsräume der großen Geschichtsmuseen in Deutschland zeigt, dass die Musealisierung der deutschen Vereinigung als Teil der deutschen Geschichte des ausklingenden 20. Jahrhunderts bestenfalls begonnen hat. Selbstverständlich haben die friedliche Revolution in der DDR im Herbst 1989, der Freudentaumel des Mauerfalls am 9. November 1989 und die dadurch möglich gewordene deutsche Einheit einen festen Platz in den Dauerausstellungen des Hauses der Geschichte in Bonn und des Deutschen Historischen Museums (DHM) in Berlin. Als markante historische Ereignisse bilden sie dort einen vorläufigen Höhepunkt der deutschen Geschichte. Daneben liefert auch die seit 1999 gezeigte Dauerausstellung des Zeitgeschichtlichen Forums in Leipzig erste, notgedrungen fragmentarische Einblicke in die ab 1990 einsetzenden politischen, wirtschaftlichen und sozialen Veränderungen. Nach Schlaglichtern auf unter anderem die Stasiakten, den Umzug von Bonn nach Berlin, die Parteienlandschaft, die Begegnung der Ostdeutschen mit Arbeitslosigkeit und

die Fußballweltmeisterschaft 1990 schließt das der Zeit nach 1990 gewidmete Kapitel mit einem optimistischen Ausblick: Die Bekämpfung der Hochwasserkatastrophe an der Oder 1997 wird zur Metapher für eine nationale Solidarität mit den betroffenen Regionen und damit zum Sinnbild des erfolgreichen Zusammenwachsens.

Auch die Geschichtserzählung der Dauerausstellung des DHM ist konsequent und fast teleologisch auf den 3. Oktober 1990 als glücklichem Höhepunkt der deutschen Geschichte ausgerichtet. Beide Ausstellungen sollen in den nächsten Jahren neu konzipiert werden. Es ist davon auszugehen, dass in diesem Zusammenhang der Entwicklung nach 1990 mehr Raum gegeben wird als bisher. Die 2011 erneuerte Bonner Ausstellung „Unsere Geschichte. Deutschland nach 1945“ im Haus der Geschichte geht zeitlich über die deutsche Einheit hinaus und schließt mit einem Blick auf die deutsche Gesellschaft nach dem Ende des Kalten Krieges im Kontext von europäischer Einigung und mit Blick auf die Herausforderungen von Globalisierung, Migration, Sicherheitspolitik, Umweltschutz und Finanzpolitik.

## Von der Politik- zur Erfahrungsgeschichte

Insgesamt fällt auf, dass der Blick auf diese Zeit des Umbruchs in der öffentlichen Wahrnehmung stark politik- und ereignisgeschichtlich geprägt ist und sich in erster Linie an der historischen Chronologie wichtiger Ereignisse und Zäsuren orientiert. Hier werden dann vor allem die wichtigen politischen und diplomatischen Schritte dokumentiert, die zum 3. Oktober 1990 geführt haben. Das hat auch den Blick der Museen und Ausstellungen auf diese Zeit geprägt. Nun wird niemand behaupten wollen, dass die Geschichte der innen- und außenpolitischen Entscheidungsprozesse von den Verhandlungen

*Der Autor ist einer der beiden Kuratoren der Ausstellung „Alltag Einheit. Porträt einer Übergangsgesellschaft“, die seit dem 27. Mai 2015 und bis zum 3. Januar 2016 im Deutschen Historischen Museum in Berlin gezeigt wird.*

<sup>1</sup> Vgl. Frank Bösch (Hrsg.), *Geteilte Geschichte. Ost- und Westdeutschland 1970–2000*, Göttingen 2015.

gen zwischen der letzten DDR-Regierung unter Lothar de Maizière und dem Kabinett von Helmut Kohl über den Einigungsvertrag, die Zwei-plus-Vier-Gespräche bis zu Gorbatschows „Ja“ zur deutschen Einheit nicht spannend und ausstellungswürdig wären. Aber sie sind inzwischen gut dokumentiert, wovon auch eine umfangreiche Erinnerungsliteratur und die vielen Fernsehdokumentationen zeugen, die den Weg vom Zusammenbruch der DDR über den Fall der Mauer bis hin zu den Einheitsfeierlichkeiten am 3. Oktober 1990 rekonstruieren.

Der Prozess der Vereinigung mit seinen weitreichenden Folgen für das Leben der Menschen zunächst vor allem im Osten Deutschlands und die daraus resultierenden Konflikte und Probleme werden hinter dieser politischen Kulisse jedoch kaum sichtbar. Die Folge ist ein eher statisches, auf den politischen Vollzug der deutschen Einheit ausgerichtetes Bild. Dies trifft weitgehend auch für die ersten historischen Publikationen zur Geschichte der deutschen Einheit zu.<sup>¶</sup> Die erfahrungsgeschichtliche Dimension dieser Entwicklung wird bestenfalls im Zusammenhang mit der Darstellung des Mauerfalls thematisiert. Die Zeitzeugen beglaubigen hier das für alle überraschende und überwältigende Jahrhundertereignis. Dabei kann ein euphorischer deutsch-deutscher und internationaler Erlebniskonsens beschworen und gefeiert werden. Dies erklärt die enorme Wirkung und Faszination, die der Mauerfall bis heute ausübt.<sup>¶</sup> Das Ereignis ist wie kaum ein anderes in dieser Zeit geeignet, positive Emotionen zu stiften. Dieser gemeinsame Erfahrungshorizont eines glücklichen Moments wirkte auch noch in das Jahr 1990 mit seiner Fußball euphorie und den schwarz-rot-goldenen Fahnenmeeren des „Einheitstaumels“ hinein. Schon kurze Zeit später löste er sich allerdings angesichts der sprichwörtlichen „Mühen der Ebene“ bei der deutschen Vereinigung relativ schnell auf.

<sup>¶</sup> Vgl. Gerhard A. Ritter, *Wir sind das Volk! Wir sind ein Volk! Geschichte der deutschen Einigung*, München 2009; Andreas Rödder, *Deutschland einig Vaterland. Die Geschichte der Wiedervereinigung*, Berlin 2013. Siehe dazu auch Heinrich August Winkler, *Geschichte des Westens*, Bd. 4, *Die Zeit der Gegenwart*, München 2015.

<sup>¶</sup> Siehe hierzu den Beitrag von Costanza Calabretta in dieser Ausgabe (*Anm. d. Red.*)

Denkt man über die Frage nach, ob die deutsche Vereinigung bereits museumsreif geworden ist, gerät eine weitere Schwierigkeit in den Blick. Es handelt sich keineswegs um einen abgeschlossenen Prozess. Er ist noch nicht reif für eine abgerundete und durch historische Bewertungen abgesicherte Gesamtdarstellung. Hinzu kommt, dass die Entwicklung der deutschen Vereinigungsgesellschaft erst allmählich in den Blick der Sammlungsbemühungen der historischen Museen gerät. Die Frage, welche Objekte und Zeugnisse für diese Zeit des Zusammenwachsens beider deutscher Teilgesellschaften bedeutsam und sammlungswürdig sind, ist häufig erst noch zu klären. Bezogen auf die friedliche Revolution in der DDR im Herbst 1989 oder den Mauerfall sind solche Fragen bereits weitgehend beantwortet und man findet entsprechend viele Objekte und Zeugnisse in den Museumsdepots.

Dies alles beschreibt die Ausgangssituation, mit der sich ein gemeinsames Team von Historikern und Historikerinnen sowie Ausstellungsmachern und Ausstellungsmacherinnen aus dem Zentrum für Zeithistorische Forschung (ZZF) und dem DHM bei der Vorbereitung einer Ausstellung zur Geschichte der deutschen Vereinigung auseinanderzusetzen hatte. Mit der Kooperation beider Einrichtungen wurde Neuland betreten, insofern die Beteiligten aus dem ZZF nicht, nur wie sonst üblich, fachlich beratend tätig waren, sondern gemeinsam mit ihren Kolleginnen und Kollegen vom Museum die Ausstellung konzipiert und erarbeitet haben.

Die Antwort auf die Frage, mit welcher Wechselausstellung sich das DHM zum 25. Jahrestag der deutschen Einheit präsentieren werde, zielte zunächst auf eine Neuauflage der beschriebenen und fachlich wie museal gut gesicherten Chronologie der politischen Ereignisse. Dafür verfügt das Museum – angefangen bei den Transparenten der großen Demonstration am 4. November 1989 auf dem Ost-Berliner Alexanderplatz als dem Schlüsselereignis der friedlichen Revolution – über ausreichend interessante Objekte in seinen Sammlungen. Diese naheliegende und mit Blick auf die zur Verfügung stehende Vorbereitungszeit pragmatische Lösung wurde in der Diskussion mit dem ZZF



**Kinder mit Deutschlandfahne im Eichsfeld, Januar 1990**

Quelle: DHM, Peter M. Mombaur

jedoch schnell verworfen. Vielmehr entstand die Idee, mit der gemeinsamen Ausstellung eine auch aus der Forschungsstradition des Potsdamer Instituts erwachsene alltags- und erfahrungsgeschichtliche Perspektive auf die deutsche Vereinigungsgesellschaft und ihre Konflikt- und Problemlagen zu entwickeln. Allen Beteiligten war klar, dass es sich dabei um ein Experiment handeln würde, schon allein deshalb, weil es zu diesem Themenfeld kaum einen Forschungsvorlauf im Bereich der Zeitgeschichte gab. Zusätzliche Argumente für diese Richtungsentscheidung lieferte ein Blick auf weitere im Kontext des 25. Jahrestages der deutschen Einheit geplante Ausstellungsprojekte.

Die Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur hat in Zusammenarbeit mit dem Auswärtigen Amt zum Jahrestag eine Plakatausstellung mit dem Titel „Der Weg zur deutschen Einheit“ zusammengestellt, die in einer Auflage von 3000 Exemplaren produziert und von Einrichtungen der politischen Bildung, Schulen, Bibliotheken und Behörden bei der Stiftung bestellt werden kann. Die Ausstellung zeichnet auf 20 Tafeln den Weg von der friedlichen Revoluti-

on in der DDR zur deutschen Einheit nach und beleuchtet dabei sowohl die innenpolitischen wie auch die diplomatischen Wegmarken.<sup>†</sup> Dem Mauerfall und dem Ende des Kalten Krieges in Europa widmet die im November 2014 eröffnete neue Dauerausstellung der Gedenkstätte Berliner Mauer gebührende Aufmerksamkeit. Die von 2009 bis 2010 auf dem Berliner Alexanderplatz mit beachtlicher Publikumsresonanz gezeigte Open-Air-Ausstellung „Friedliche Revolution 1989/90“ der Robert-Havemann-Gesellschaft<sup>‡</sup> befindet sich in der Überarbeitung und soll künftig dauerhaft auf dem Gelände des ehemaligen Ministeriums für Staatssicherheit in der Berliner Normannenstraße gezeigt werden. Mit ihr liegt dann eine umfassende Dokumentation der Geschichte der ostdeutschen Bürgerbewegung vor, die zugleich die politischen Umbrüche in den anderen Ländern des Ostblocks einbezieht. In dieser sich weiter ausdifferenzierenden Ausstellungslandschaft zur Geschichte der deutschen Vereinigung und ihrer unmittelbaren Vorgeschichte schien

<sup>†</sup> Vgl. [www.bundesstiftung-aufarbeitung.de/deutscheinheit-4787.html](http://www.bundesstiftung-aufarbeitung.de/deutscheinheit-4787.html) (9.7.2015).

<sup>‡</sup> Vgl. [www.revolution89.de](http://www.revolution89.de) (9.7.2015).

es erst recht geboten, sich der bislang kaum dokumentierten Gesellschaftsgeschichte des Vereinigungsprozesses zu widmen.

## Alltag in der frühen Vereinigungsgesellschaft

„Alltag Einheit. Porträt einer Übergangsgesellschaft“ – der für die Ausstellung schließlich gewählte Titel bringt in mehrfacher Hinsicht den Anspruch des Projekts zum Ausdruck: Im Mittelpunkt steht nicht das Geschehen auf der großen politischen Bühne, auf der nach dem Fall der Mauer der Weg zur deutschen Einheit geebnet wurde. Stattdessen nimmt die Ausstellung den Alltag in den Blick und fragt danach, wie sich die Zeitgeschichte mit ihren markanten Zäsuren in die alltägliche Erfahrungswelt und die Lebensgeschichten der Menschen in der ersten Hälfte der 1990er Jahre eingeschrieben hat.<sup>6</sup>

Das Ausstellungsplakat zeigt eine Frau mit geblümter Kittelschürze, die schwarz-rot-goldene Fahnen zu einem Paket schnürt. Es handelt sich um eine Aufnahme des Fotografen Jens Röttsch, die am 1. Oktober 1990 im Fahnenlager der Deutschen Werbe- und Anzeigengesellschaft (DEWAG) entstanden ist. Sie steht ganz offensichtlich im Zusammenhang mit den unmittelbar bevorstehenden Feiern zur deutschen Einheit, wobei es für den Betrachter offen bleibt, ob es sich um obsolet gewordene DDR-Fahnen oder die jetzt überall gefragten Deutschlandfahnen handelt. Das Spannungsverhältnis von Alltäglichem und Politischem wird mit diesem Bildmotiv besonders prägnant zum Ausdruck gebracht.

Die Ausstellung setzt im Jahr 1990 ein. Genau genommen geht für sie der Prozess der deutschen Vereinigung als ein historisch einmaliger Vorgang gesellschaftlichen Wandels nach dem 3. Oktober 1990 erst richtig los. Zu diesem Zeitpunkt hatten sich die Reformutopien für eine bessere DDR längst erledigt, die Mehrheit der Ostdeutschen hatte für einen schnellen Weg zur Vereinigung votiert und die Euphorie des Mauerfalls war dem alltäglichen Leben mit der offenen Mauer ge-

<sup>6</sup> Vgl. Stiftung Deutsches Historisches Museum (Hrsg.), *Alltag Einheit. Porträt einer Übergangsgesellschaft*, Berlin 2015.



Fahnenproduktion, DEWAG-Fahnenlager, Berlin, 1.10.1990

Quelle: Jens Röttsch/OSTKREUZ

wichen. Im Sinne eines Prologs begegnen die Besucherinnen und Besucher am Beginn ihres Rundgangs durch die Ausstellung zwei großformatigen, besonders markanten Fotomotiven:

Die erste, noch im November 1989 entstandene Aufnahme von Harald Hauswald zeigt einige der von den Teilnehmern selbst gefertigten, mit frechen Sprüchen und Karikaturen versehenen Transparente der legendären Demonstration vom 4. November 1989 auf dem Ost-Berliner Alexanderplatz. Sie liegen nun kreuz und quer übereinander geworfen im Heizungskeller einer Theaterwerkstatt, gleichsam vom rasanten Fortgang der Geschichte überholt. Die Stimmung in der ostdeutschen Gesellschaft hatte sich gegen weitere Experimente mit dem Ziel einer anderen DDR und Dritter Wege gewandt.

Die zweite Aufnahme lässt den Betrachter von einer offenen Stelle der Berliner Mauer am Bethaniendamm in Kreuzberg auf beide Seiten der ehemaligen Grenze blicken. Zu

sehen sind Spaziergänger und Radfahrer – die offene Mauer ist inzwischen zum Alltag geworden und das spektakuläre Erlebnis ihrer Öffnung ist verblasst. Damit wird die Ausgangssituation für eine Alltagsgeschichte der deutschen Vereinigung treffend beschrieben.

## Schwebezustand des Übergangs

Mit dem Begriff der „Übergangsgesellschaft“ im Titel der Ausstellung wird eine Phase der Entwicklung umrissen, in der die Auflösung der politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Institutionen der untergegangenen DDR einherging mit der schrittweisen Etablierung einer am Vorbild der Bundesrepublik orientierten Verfassungs-, Wirtschafts- und Institutionenordnung. Es handelte sich um eine Art Schwebezustand, in der das Alte noch nicht völlig verschwunden war und das Neue sich erst allmählich zu etablieren begann. Anders formuliert, wird die Dramatik des gesellschaftlichen Wandels noch deutlicher: Im Osten Deutschlands änderte sich für die Menschen fast alles und dies gleichzeitig. Die Geschwindigkeit der Veränderungen produzierte eine Atemlosigkeit, die in den Erinnerungen der Menschen an diese Zeit immer wieder aufscheint. Etwa Mitte der 1990er Jahre beruhigte sich diese Situation allmählich wieder. Wichtige Etappen der Transformation wie die Privatisierung der ostdeutschen Wirtschaft oder der Institutionenumbau im Bereich der öffentlichen Verwaltung waren weitestgehend vollzogen, und auch in der Taktung der Lebensgeschichten der Menschen trat wieder eine gewisse Beruhigung ein. Für die Ausstellung fungiert das Jahr 1995 deshalb als vorläufige Zäsur, um die für das Vorhaben besonders interessante frühe Phase der Vereinigung einzugrenzen. Letztere steht im Mittelpunkt.

## Idee und Schwerpunkt

Das Ausstellungsdesign greift dieses Motiv eines Übergangszustandes mit vielen parallel ablaufenden Veränderungen auf. Die Ausstellungsarchitektur weckt Assoziationen mit einer Baustelle. Die ganze Struktur des Raumes ist damit offen und wirkt, als ob sie noch veränderbar ist. Den Besucherinnen und Besuchern wird keine Richtung für ih-

ren Rundgang aufgezwungen. Das gleichberechtigte Nebeneinander der Themen soll die Gleichzeitigkeit der Veränderungen in ganz verschiedenen Lebensbereichen betonen. In der Mitte des Raumes werden mit Fotos, Kurzbiografien und Zeitzeugenvideos „Vereinigungsbiografien“ dokumentiert. Sie zeigen, wie prominente und weniger prominente Menschen aus Ost und West die ersten Jahre der Vereinigung erlebt, verarbeitet und mit ihrem Tun selbst gestaltet haben. Auf diese Weise bietet sich dem Betrachter eine Art Kollektivbiografie, die programmatisch den alltags- und erfahrungsgeschichtlichen Zugriff der Ausstellung unterstreicht.

Thema und Zeithorizont der Ausstellung bringen es mit sich, dass der Schwerpunkt im Osten Deutschlands liegt. Für die Ostdeutschen bedeuteten das Ende der DDR, der Mauerfall und die Vereinigung eine einschneidende Zäsur mit weitreichenden Konsequenzen für ihre individuellen Lebensläufe. Sie mussten sich in nahezu allen Lebensbereichen umorientieren und in relativ kurzer Zeit lernen, mit den neuen Verhältnissen zurechtzukommen.

Die Asymmetrie der deutsch-deutschen Parallelgeschichte<sup>7</sup> bekommt auf diese Weise mit der deutschen Vereinigung eine neue Wendung. Während sich im Osten in einem rasanten Tempo die gesamte Institutionenlandschaft, die Wirtschafts-, Eigentums- sowie die Werteordnung und mit ihr die Koordinaten der Lebenswelt veränderten, erfuhr der größere Teil des Landes die Vereinigung zunächst als kulturelle Selbstbestätigung. Im geeinten Berlin wurde jedoch schon relativ früh klar, dass sich mit der Vereinigung auch der Westen grundlegend wandeln würde. Die damit einhergehende Verlusterfahrung speist den gegenwärtig so auffälligen

<sup>7</sup> Das auf Christoph Kleßmann zurückgehende Konzept zielt auf die trotz der Teilung der beiden deutschen Staaten und ihrer Abgrenzung voneinander bestehenden Verflechtungen. Gleichzeitig verweist es auf die Asymmetrie dieser Beziehungsgeschichte, denn die DDR und ihre Bevölkerung maßten sich viel stärker an der Bundesrepublik, als die Westdeutschen am Osten. Vgl. Christoph Kleßmann, Verflechtung und Abgrenzung. Aspekte der geteilten und zusammengehörigen deutschen Nachkriegsgeschichte, in: APuZ, (1993) 29–30, S. 30–41; ders./Peter Lautzas (Hrsg.), Teilung und Integration. Die doppelte deutsche Nachkriegsgeschichte, Bonn 2005.

Boom der Bücher, Filme und Ausstellungen über das verschwundene Biotop West-Berlin. Deshalb konzentriert sich der Blick auf den Westen in der Ausstellung vor allem auf Entwicklungen in Berlin. Zu dieser „Schiefelage“ bekennt sich das Ausstellungsteam ausdrücklich. Schließlich brachte die deutsche Einheit auch für die Menschen in den alten Bundesländern Veränderungen mit sich. Sie kamen jedoch erst mit zeitlicher Verzögerung zum Tragen und waren in der Regel weit weniger dramatisch.

Es ist daher auch ein Anliegen der Ausstellung zu zeigen, dass die Vereinigung beider Gesellschaften ohne die enormen Anpassungsleistungen, ohne die Bereitschaft von Millionen Menschen im Osten, sich neu zu orientieren, nicht möglich geworden wäre. Die Präsentation richtet sich an die „Generation der Mitlebenden“. Sie sind eingeladen, ihre individuellen Erfahrungen einzubringen und zu verorten. Es gibt Angebote zur Partizipation, die von den Besucherinnen und Besuchern nach den bisherigen Erfahrungen gerne angenommen werden.

## Dimensionen des Wandels: Acht Themenfelder

Acht Themenfelder stehen im Mittelpunkt: der Wandel der Sprache, die neue deutsche Medienlandschaft, der Einzug der D-Mark und der westlichen Konsumwelt, der Umgang der vereinten Deutschen mit nationalen Gefühlen, die Veränderungen in der politischen Kultur, die dramatischen Veränderungen in der Arbeitswelt, die sich Anfang der 1990er Jahre bietenden kulturellen Freiräume und schließlich die Begegnungen der Ost- und Westdeutschen im Alltag mit all den daraus erwachsenden Klischees und Stereotypen.

**Sprache.** Mit der Vereinigung wandelt sich die Sprache. Wie kein anderes Wort steht „Wende“ für die durch den Umbruch im Herbst 1989 ausgelösten gesellschaftlichen Veränderungen. Der viel gebrauchte und umstrittene Begriff ist ein Paradebeispiel dafür, wie sich die Bedeutung von Wörtern änderte. Zahlreich sind die Neuschöpfungen von Wörtern, die unmittelbar mit administrativen Maßnahmen des Vereinigungsprozesses zusammenhängen wie „Begrüßungsgeld“, „Währungsunion“, „Einigungsvertrag“,

„Treuhandanstalt“ oder „gaucken“.<sup>18</sup> Viele Wörter und Redewendungen aus dem alltäglichen ostdeutschen Sprachgebrauch verschwanden, besonders der politische Jargon der SED-Ideologie hat deren Ende nicht überlebt. In der Ausstellung können die Besucherinnen und Besucher in diese Welt der verschwundenen und neuen Begriffe eintauchen und eigene Erfahrungen an einer speziell dafür gestalteten Installation hinzufügen.

**Neue deutsche Medienlandschaft.** Wie der plötzlich mit bunten Werbeaufstellern vollgestopfte Ost-Berliner Zeitungsladen auf einer Fotografie von Harald Hauswald aus dem Jahr 1991 kommt der Themenraum daher, der sich dem Wandel der Medienlandschaft widmet. Diese Flut neuer Print- und audiovisueller Medien aus dem Westen haben viele Ostdeutsche als besonders mächtig erlebt. Gezeigt wird hier auch, wie die ostdeutschen Medien versuchten, auf diese neue Herausforderung zu reagieren und ihren Platz neben der Konkurrenz aus dem Westen zu finden. Die Vereinigung und zunehmend auch deren Probleme lieferten den Stoff für viele Fernsehsendungen. Und „Tatort“ und „Polizeiruf 110“ wurden ebenfalls vereinigt. Unter dem Titel „Unter Brüdern“ trafen im Oktober 1990 die Kommissare Schimanski und Tannert auf ihre ostdeutschen Kollegen Fuchs und Grawe. Wolfgang Lippert moderierte als ostdeutscher Star für kurze Zeit die Sendung „Wetten, dass ..?“ An den satirischen Serien „Motzki“ und „Die Trotzki“ schieden sich die Geister. Eine Collage aus Fernsehclips verweist in diesem Raum auf den durchschlagenden Erfolg des privaten Unterhaltungsfernsehens im Osten.

**Geld, Konsum und Eigentum.** Im Sommer 1990 hielt die von vielen Ostdeutschen sehnsüchtig erwartete „harte“ D-Mark mit der Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion Einzug in ihren Alltag. Ein ostdeutsches Sparbuch mit dem Eintrag der Währungsumstellung und ein privater Kontoauszug machen diese Zäsur für das Alltagsleben sichtbar. Darüber blickt der Betrachter auf das großformatige Foto eines Busses, den die Deutsche Bank als rollende Zweigstelle in Thüringen einsetzte. Noch etwas ungläu-

<sup>18</sup> Die Überprüfung auf eine Zusammenarbeit mit der Staatssicherheit, benannt nach dem ersten Leiter der Stasi-Unterlagen-Behörde Joachim Gauck.



### Supermarkt bei Rostock, 1991

Quelle: DHM, Thomas Hoepker

big starrt eine Frau auf eine zu Werbezwecken aufgestellte lila Milka-Kuh in einem der über Nacht „auf der grünen Wiese“ entstandenen Supermärkte. Die neuen Konsumentangebote wurden bereitwillig angenommen, erfüllten sich doch damit lange gehegte Sehnsüchte. Ostprodukte hatten plötzlich einen schweren Stand. Viele Menschen entledigten sich im Handumdrehen der Dinge, die sie bislang umgeben hatten und versorgten sich mit den begehrten Westprodukten. Einige Objekte aus einem Projekt der Künstlerin Peggy Meinfelder, unter anderem eine mittlerweile völlig verschlissene und ausgewaschene Jeans, veranschaulichen, was sich die Ostdeutschen von ihrem ersten Westgeld gekauft haben und welche persönlichen Erfahrungen sich damit verbinden.

Bei vielen Ostdeutschen standen Reisen in den Westen ganz oben auf der Wunschliste. Häufig ging es zunächst in die alten Bundesländer, nach Österreich und in die Schweiz. Ein Diaprojektor zeigt private Urlaubsfotos aus dieser Zeit. Mit dem neuen Besitz kam auch die Angst vor dessen Verlust – Türschlösser und Wegfahrsperrern fanden reißenden Absatz. Eine neue, ganz reale Bedrohung

waren die Forderungen auf Rückübertragung von Immobilien und Grundstücken, die nun von Alteigentümern aus dem Westen oder deren Nachfahren gestellt wurden. Viele Ostdeutsche fürchteten, ihr Dach über dem Kopf zu verlieren. Eine Karte von Kleinmachnow bei Berlin, auf der fast alle Grundstücke rot unterlegt sind, weil sie von Rückübertragungsansprüchen betroffen waren, zeigt die Dimension dieses Problems.

Wandel der Arbeitswelt. Als besonders gravierend empfanden die meisten Menschen in den neuen Ländern den Wandel der Arbeitswelt: Die vielfach maroden DDR-Betriebe wurden mit dem Ziel der Privatisierung in der Treuhandanstalt zusammengeführt. Auch scheinbar konkurrenzfähige Werke mussten schließen. Die Ausstellung erzählt anhand der Geschichte einzelner Betriebe und ihrer Belegschaften von Erfolgen und Misserfolgen: von der Sektkellerei in Freyburg, die sich mit ihrem „Rotkäppchen Sekt“ auf dem Markt behaupten konnte, von letztlich erfolglosen Anpassungsversuchen, wie dem mit dem inzwischen legendären Colani-Fernseher der RFT AG Staßfurt, aber auch von der Stilllegung und dem Abriss ganzer Betriebe



## Blick in die Ausstellung

Quelle: J. Danyel

wie dem Stahl- und Walzwerk Brandenburg, das zum Industriemuseum wurde. Tausende von Menschen erhielten Kündigungsschreiben, sahen ihre Arbeitskraft entwertet und fassten manchmal nur mühsam und nach einer Reihe von Umschulungen wieder Fuß. Davon erzählt auch eine Fotoserie von Angelika Kampfer, die Brüche in den Erwerbsbiografien in dieser Zeit dokumentiert.

**Politische Kultur und Zivilgesellschaft.** Mit dem Aufbau der Stasi-Unterlagen-Behörde und den Regelüberprüfungen im öffentlichen Dienst begann eine groß angelegte Durchleuchtung der ostdeutschen Gesellschaft, die parallel zum Aufbau von Verwaltungen und politischen Strukturen verlief. Von den Ostdeutschen wurde verlangt, dass sie ihre Biografien offenlegen. Gleichzeitig wollten nun viele Menschen wissen, in welcher Form die Staatssicherheit in ihr Leben eingegriffen hatte. Einer der riesigen Karteipatrouster aus dem Archiv des Ministeriums für Staatssicherheit veranschaulicht diesen Prozess, der von großem medialen Interesse und politischen Skandalisierungen begleitet wurde. Eine Projektion mit markigen Zeitungsschlagzeilen aus dieser Zeit dokumentiert,

wie sehr das Thema „Stasi“ und immer neue Enthüllungen über „inoffizielle Mitarbeiter“ die Öffentlichkeit beherrschten.

Den Ostdeutschen wird häufig für die Zeit nach dem 3. Oktober 1990 eine wachsende Politikverdrossenheit nachgesagt. In der Ausstellung werden auch gegenläufige Tendenzen sichtbar: Zivilgesellschaftliches Engagement entwickelten die aus der Zeit des Umbruchs stammenden Bürgerinitiativen, die sich wie die Kalikumpel in Bischofferohe gegen Betriebsschließungen, die Einwohner des brandenburgischen Horno gegen die Folgen des Braunkohlenabbaus oder die Bürger von Dresden für den Wiederaufbau der Frauenkirche einsetzten.

**Nationalgefühl.** Mit der Vereinigung artikuliert sich in Deutschland auch ein neues Nationalgefühl, das vom Ausland aufmerksam bis misstrauisch beobachtet wurde. Nationale Emotionen wurden erstmals bei der Fußballweltmeisterschaft 1990 weithin sichtbar. Wichtige Momente für nationale Emotionen waren auch die öffentlichen Silvesterfeiern 1989/90 und natürlich der 3. Oktober 1990, der Tag der Deutschen Einheit. Zu-



### Unfall auf der B91, 1989/90

Quelle: Daniel Biskup, Berlin

gleich stieß dieses Nationalbewusstsein angesichts der sich im ganzen Land ausbreitenden rechtsextremen Gewalt gegen Ausländer und Asylbewerber auf offene Kritik nicht nur auf Seiten der politischen Linken. Der aufkommende Rechtsextremismus wurde zu einer ernsthaften und vom Ausland besonders kritisch beobachteten Gefahr für das vereinte Deutschland, denn die Vorbehalte reichten und reichen weit in die Bevölkerung hinein.

**Begegnungen und Stereotype.** Im Zuge der Vereinigung sammelten Ost- und Westdeutsche ganz unterschiedliche Erfahrungen im alltäglichen Umgang miteinander. Hier zeigten sich durch die Teilung gewachsene unterschiedliche Mentalitäten und Lebensstile. Die Erfahrungen des Andersseins verdichteten sich zu Bildern und Klischees von den „Ossis“ und den „Wessis“, die das Zusammenleben von Ost und West bis heute begleiten. Zahllose Witze und Karikaturen fanden hier ihren Stoff. Gegenstände aus dem Alltag wurden zu Projektionsflächen für Unterschiede. In der Ausstellung ist eine große Vitrine mit Objekten gefüllt, an denen sich solche Stereotype festgemacht haben. Zu sehen sind etwa eine ostdeutsche Kittelschürze als Symbol für den

proletarischen Habitus der Ostdeutschen oder eines der riesigen Handys, mit denen westdeutsche Manager den Osten eroberten und es zum Symbol für westliche Überheblichkeit machten. Ausgestellt sind ebenfalls eine Ost- und eine Westschrippe, weil auch Backwaren zu Projektionsflächen für im Alltag erfahrene Unterschiede werden konnten. An einer Station können die Besucherinnen und Besucher solche Unterschiede unmittelbar sinnlich erfahren, indem sie für den Osten und den Westen als typisch geltende Gerüche mit ihren eigenen olfaktorischen Erfahrungen der deutschen Einheit in Beziehung setzen können. Es ist eine Einladung, sich kritisch und mit ein wenig Humor mit solcherart Denken in Schubladen auseinanderzusetzen.

**Kulturelle Freiräume.** Die frühen 1990er Jahre boten aber auch schier unbegrenzte Möglichkeiten zum Experimentieren. Mitten im vereinten Berlin etablierte sich eine lebendige Kunst- und Clubszene. Die elektronische Musik erlebte eine bis heute nachwirkende Blütezeit. Techno und Rave avancierten zum Sound einer neuen Jugendkultur, die sich mit der „Love Parade“ eine unverwechselbare Ausdrucksform schuf. Diesen Raum in der

Ausstellung dominiert die mit einer Stahltür versehene Re-Inszenierung des inzwischen legendären Techno-Clubs „Tresor“ in der Leipziger Straße.

Der Club befand sich in den Kellerräumen der Bank des im Zweiten Weltkrieg zerstörten Kaufhauses Wertheim. Die Reste der Bankschließfächer und zwei tonnenschwere Tre-sortüren gehörten zum unverwechselbaren Ambiente des Clubs. Eine vergleichbare Blütezeit gab es in der freien Kunstszene, für die an erster Stelle das Kunsthaus Tacheles in der Oranienburger Straße steht. Einer der ersten Besetzer des Tacheles, der Metallkünstler Hüseyin Arda, hat eigens für die Ausstellung eine seiner spektakulären Wortschulpturen angefertigt: Vor dem Pei-Bau des DHM fällt sofort das in über zwei Meter hohen Buchstaben aus Stahl gestaltete Wort „Einheit“ ins Auge und lenkt die Aufmerksamkeit auf die Ausstellung. Es ist inzwischen zu einem beliebten Fotomotiv für Museumsbesucher und Touristen geworden.

## Baustelle Einheit

Das DHM und das ZZF sind selbst „Kinder der deutschen Einheit“. Daher lag es nahe, auch beide Einrichtungen mit ihrer eigenen Vereinigungsgeschichte zum Thema der Ausstellung zu machen. Sie historisieren sich gewissermaßen selbst. Dies geschieht in Form einer Reihe von Interviews. Und auch die Ausstellungsmacher sind mit ihren unterschiedlichen Biografien ein Teil der Geschichte.

Wie beschließt man eine Ausstellung, bei der das im Mittelpunkt stehende historische Geschehen noch nicht reif für abschließende Bewertungen und Einordnungen ist? Darüber hat das Ausstellungsteam lange diskutiert. Herausgekommen ist eine große von einem Bauzaun umgebene Holzwand, an der Dutzende Fotos von Baustellen in ganz Deutschland angepinnt sind und auf der ein im Zeitraffertempo gedrehter Film über die Veränderungen auf der Großbaustelle am Potsdamer Platz läuft. Die Botschaft ist genauso simpel wie eingängig: Die deutsche Einheit ist immer noch eine große Baustelle.

Everhard Holtmann · Tobias Jaeck

# Was denkt und meint das Volk? Deutschland im dritten Jahrzehnt der Einheit

Die Realität der Lebens- und Arbeitsbedingungen in der DDR wird mit den Begriffen „ökonomische Rückständigkeit“ und „diktatorförmige Versteinerung“ zutreffend beschrieben. Solange die DDR existierte, hat darüber auch das Gros der ostdeutschen Bevölkerung nicht anders gedacht. Wie jüngst wiederentdeckte Umfragedaten bestätigen,<sup>1</sup> schnitt die DDR, wenn Ostdeutsche beide Systeme miteinander verglichen, hinsichtlich des Konsumangebots sowie der persönlichen Freiräume und künftigen Lebensaussichten gegenüber der Bundesrepublik stets eindeutig schlechter ab. Überzeugte Anhänger des SED-Regimes blieben immer eine Minderheit, zwischen 1973 und 1988 zum Beispiel lag ihre Zahl fast durchgängig unter 25 Prozent. Etwa ebenso viele lehnten das System entschieden ab. Die große Mehrheit verhielt sich all die Jahre hindurch politisch angepasst beziehungsweise desinteressiert.<sup>2</sup> Seit den 1960er Jahren blieb die Wiedervereinigung als ein Wunschbild

### Everhard Holtmann

Dr. phil., geb. 1946; Professor für Politikwissenschaft, Forschungsdirektor am Zentrum für Sozialforschung Halle e. V. (ZSH) an der Universität Halle-Wittenberg, Großer Berlin 14, 06108 Halle/S. everhard.holtmann@zsh.uni-halle.de

### Tobias Jaeck

Dipl.-Soz., geb 1977; Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Zentrum für Sozialforschung Halle e. V. (ZSH) an der Universität Halle-Wittenberg (s. o.). tobias.jaeck@zsh.uni-halle.de

<sup>1</sup> Vgl. Everhard Holtmann/Anne Köhler, Wiedervereinigung vor dem Mauerfall. Einstellungen der Bevölkerung der DDR im Spiegel geheimer westlicher Meinungsumfragen, Frankfurt/M.–New York 2015 (i. E.).

<sup>2</sup> Vgl. hierzu ausführlich Everhard Holtmann et al., Deutschland 2014. 25 Jahre friedliche Revolution und Deutsche Einheit, Forschungsprojekt im Auftrag der Beauftragten der Bundesregierung für die neuen Bundesländer im Bundesministerium für Wirtschaft und Energie, Endbericht, 1.2.2015, [www.beauftragte-neue-laender.de/BNL/Redaktion/DE/Downloads/](http://www.beauftragte-neue-laender.de/BNL/Redaktion/DE/Downloads/)

präsent, dem der größte Teil der DDR-Bürger beharrlich anhing.

Nicht überraschend wünschte sich daher in der Umbruchsphase von 1989/90 die überwältigende Mehrheit der Ostdeutschen einen Systemwechsel hin zu einer demokratischen, rechtsstaatlichen und marktwirtschaftlich basierten Ordnung, die in ihren Grundzügen dem Modell der Bundesrepublik entsprach. Die deutsche Einheit ist diesen Weg gegangen, ohne dass es zu einer von manchen Auguren prophezeiten „Kolonisierung“ ostdeutscher Lebenswelten gekommen wäre. Der vielbeschriebene „Transfer“ westdeutscher Institutionen, Normen und Personen von West nach Ost in Vorbereitung und Vollzug der Einheit hatte nicht zur Folge, dass der „Modernisierungsvorsprung“, welcher der DDR seitens westdeutscher Sozialwissenschaftler vor allem bezüglich der Gleichstellung der Frauen in Familie und Arbeit attestiert wurde,<sup>¶</sup> gänzlich dahin schmolz. Im nachholenden Ausbau gesetzlich garantierter Angebote einer öffentlichen Kinderbetreuung in Westdeutschland und in der nach wie vor hohen (Voll-)Erwerbstätigkeit ostdeutscher Frauen und Mütter, aber auch in der fortschreitenden Annäherung westdeutscher Mütter an den ostdeutschen Modus der Erwerbsbeteiligung<sup>†</sup> wird beispielhaft deutlich, dass der Osten innerhalb des geeinten Deutschlands in manchem gesellschaftspolitisch ein Vorreiter war und ist. Diese gesamtdeutsche Vorreiterrolle Ostdeutschlands ist ebenso Teil der Erfolgsgeschichte der Einheit.

Dass ein *Vorsprung* gehalten wird, verweist auf *Unterschiede*, die trotz kontinuierlich voranschreitender Annäherung nicht völlig eingeebnet werden. Dieses dynamische Nebeneinander von – keineswegs linear verlaufener, sondern auch Auf und Ab abbildender – Angleichung und fortdauernder Differenz, das den Entwicklungsprozess im geeinten Deutschland

Publikationen/studie-deutschland-2014-25-jahre-revolution.html (6.7.2015). Im Weiteren „Projekt Deutschland 2014, Endbericht“ genannt.

¶ Vgl. Rainer Geißler, Soziale Ungleichheit zwischen Frauen und Männern im geteilten und im vereinten Deutschland, in: APuZ, (1991) 14–15, S. 13–24.

† Vgl. Alexander Kubis et al., Ostdeutsche Transformationsgesellschaft: Zum Fortbestand von Strukturen und Verhaltensweisen, in: Astrid Lorenz (Hrsg.), Ostdeutschland und die Sozialwissenschaften. Bilanz und Perspektiven 20 Jahre nach der Wiedervereinigung, Opladen u. a. 2011, S. 197–201.

generell kennzeichnet, wird auch auf der Einstellungsebene erkennbar. Im Folgenden stellen wir die Gleichzeitigkeit von *Konvergenz* und *Differenz* als typische Ausprägung des bisherigen Entwicklungsgangs und aktuellen Entwicklungsstands der gesamtdeutschen politischen und sozialen Kultur anhand von vier Indikatoren exemplarisch dar: Systemidentifikation und generalisiertes Vertrauen, politische Partizipation, Frauen- und Familienbild sowie subjektive Bewertung der Erträge der Einigung. Hierfür greifen wir auf ausgewählte Ergebnisse des Forschungsprojekts „Deutschland 2014“ zurück, das für die Zeitspanne von 1990 bis 2012 eine Längsschnittanalyse gebündelter empirischer Einstellungsdaten erstellt hat und außerdem mit einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage vom Herbst 2014 den zeitlichen Bogen an die Gegenwart heranhführt.<sup>¶</sup>

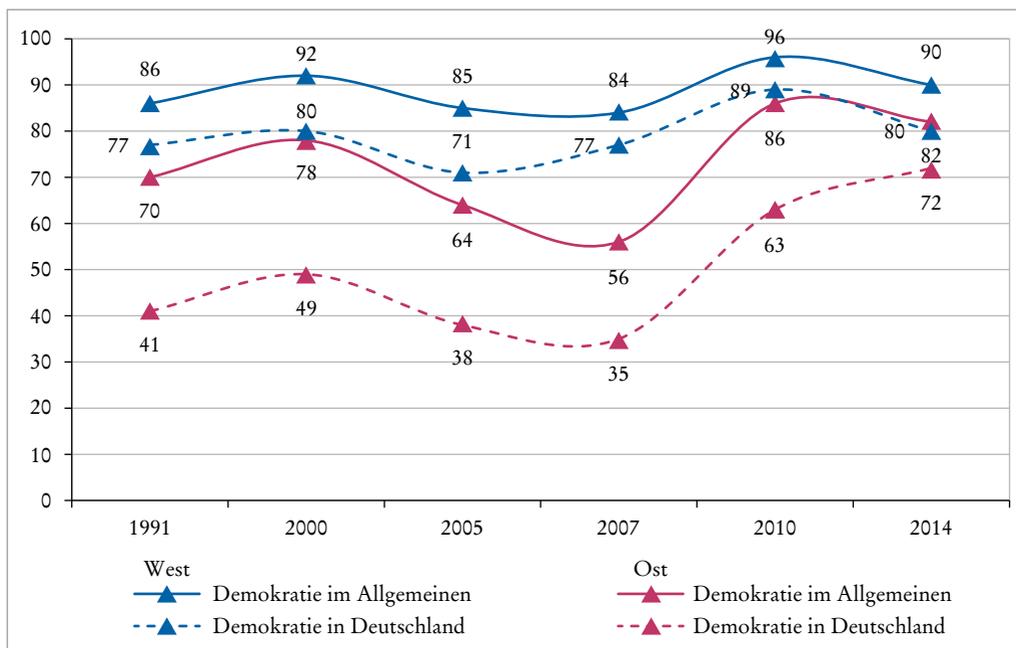
## Systemidentifikation I: Einstellungen zur Demokratie

Eine wesentliche Voraussetzung für die stabile Verankerung einer politischen Ordnung in der Bevölkerung ist, dass sich die Bürgerinnen und Bürger mit der Idee dieser Ordnung identifizieren und ihr eine hinreichende Leistungsfähigkeit zusprechen. In der Systemtheorie wird demgemäß zwischen *genereller* Unterstützung für das System als solches sowie *spezieller* Unterstützung für die konkreten Leistungen des Systems unterschieden. Übertragen auf die hier aufgenommene Frage nach dem Grad der Identifikation der Deutschen mit der Demokratie lassen sich drei Dimensionen von Demokratiezustimmung ausloten: einmal die Unterstützung für das demokratische Ordnungsmodell an sich, zweitens die Unterstützung für die in der Bundesrepublik verfassungsförmig institutionalisierte Form der Demokratie und drittens die leistungsbezogene Zufriedenheit mit dem konkreten Funktionieren dieser Demokratie.

In Westdeutschland war die Akzeptanz der Demokratie seit den 1970er Jahren stetig gewachsen. Sie blieb im westlichen Landesteil auch seit der deutschen Einheit, trotz eines ge-

¶ Vgl. E. Holtmann et al. (Anm. 2). Methodisch wurde hierfür das Instrument einer Meta-Analyse entwickelt, bei dem die Datensätze der herangezogenen repräsentativen Bevölkerungsumfragen auf eine einheitliche Skala von plus 2 bis minus 2 umkodiert wurden.

**Abbildung 1: Unterstützung der Demokratie im Allgemeinen und der in Deutschland existierenden Form der Demokratie in West- und Ostdeutschland 1991–2014 (Nennungen in Prozent)**



Quelle: Projekt Deutschland 2014, Endbericht, S. 191

wissen Abschwungs zwischen 2000 und 2005, auf einem durchgehend hohen Niveau und sie unterschritt, wie der für die Studie „Deutschland 2014“ von Oscar Gabriel vorgenommene Vergleich unserer Bevölkerungsumfrage von 2014 mit früheren Erhebungen zeigt, während der letzten fast zweieinhalb Jahrzehnte niemals die Zustimmungsschwelle von 80 Prozent (*Abbildung 1*). Anders in Ostdeutschland: Zwar hielt auch hier stets eine Mehrheit die Demokratie für die wünschenswerte Form politischer Ordnung. Doch lag die Zustimmung im Jahr 1991 mit 70 Prozent deutlich unter dem westdeutschen Vergleichswert und sank bis 2007 vorübergehend auf 56 Prozent ab.

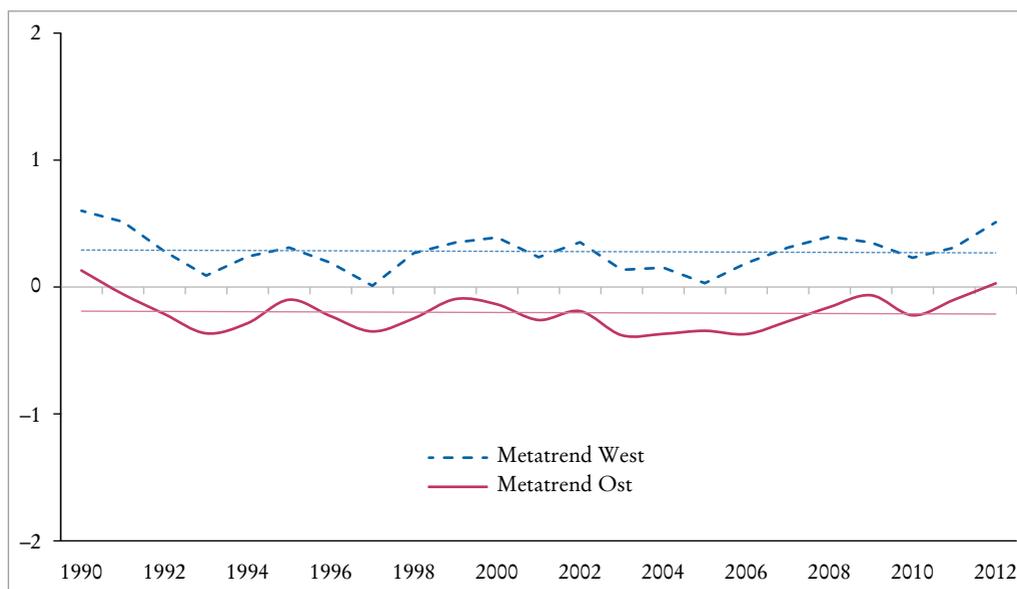
Prekärer entwickelte sich im Osten Deutschlands nach 1990 zunächst die Grundeinstellung zu der Demokratie, wie sie in Deutschland real existiert (*Abbildung 1*). Auch in Westdeutschland fiel dieser Zustimmungswert geringer aus als die Akzeptanz der Demokratie generell, und der Wert unterlag dort zudem vergleichsweise größeren Schwankungen. Hingegen fand das bundesdeutsche Demokratiemodell bei Ostdeutschen überhaupt erst gegen Ende der 2000er Jahre eine stabile Mehrheit, und dies, nachdem das Systemeins-

verständnis zwischenzeitlich auf nur mehr gut ein Drittel (2007) abgesackt war.

Die Längsschnittanalyse der Einstellungsdaten macht für beide Demokratie-Dimensionen die Parallelität von Konvergenz und Differenz als das kennzeichnende Merkmal eines Ost-West-Trendverlaufs deutlich, das auch bei anderen Indikatoren der gesamtdeutschen politischen Kultur zutage tritt: Zum einen folgen das ostdeutsche und das westdeutsche Meinungsbild in seinen Pendelausschlägen demselben wellenförmigen Bewegungsmuster. Zum anderen bleibt dabei zwischen beiden Landesteilen stets ein Abstand im Grad der Zustimmung, der jedoch – schließlich ist auch das typisch –, im Jahr 2014 überwiegend erheblich kleiner ausfällt als im ersten Nacheinheitsjahr 1991.

Heute ist die Demokratie eine bei Ost- wie Westdeutschen grundsätzlich sehr breit unterstützte Form politischer Ordnung. Dass die Demokratie „die beste Staatsform“ sei, bejahten im Herbst 2014 insgesamt 82 Prozent im Osten und 90 Prozent im Westen der Republik. Und „die Demokratie, wie wir sie in der Bundesrepublik haben“, fand nun bei 72 Prozent der Ostdeutschen und bei 90 Pro-

Abbildung 2: Demokratiezufriedenheit – Metatrendlinien Ost und West (Mittelwerte ausgewählter Datensätze auf einer rekodierten Skala von –2 sehr unzufrieden bis +2 sehr zufrieden)



Quelle: Projekt Deutschland 2014, eigene Berechnungen auf Basis der Allgemeinen Bevölkerungsbefragung der Sozialwissenschaften (ALLBUS), des Eurobarometers, des Politbarometers und des European Social Survey (ESS)

zent ihrer westdeutschen Landsleute Zustimmung. Lediglich 17 Prozent (Ost) und 13 Prozent (West) sagten, es gebe „eine andere Staatsform, die besser ist“.

Nun zur Entwicklung der Demokratiezufriedenheit im geeinten Deutschland: Diese lag zum Zeitpunkt der Wiedervereinigung mit gut 60 Prozent in den ostdeutschen Ländern um mehr als 20 Prozentpunkte niedriger als der westdeutsche Vergleichswert (gut 85 Prozent). Dieses Gefälle in der Zufriedenheit mit dem Funktionieren der hiesigen Demokratie nimmt in Ost wie West danach denselben wellenförmigen Verlauf und bleibt bis 2012 dauerhaft deutlich ausgeprägt (Abbildung 2). 2014 fiel die Differenz indes so gering aus wie niemals zuvor: Nur 13 Prozent der Westdeutschen und 15 Prozent der Ostdeutschen zeigten sich mit der Leistungsfähigkeit der Demokratie erklärtermaßen unzufrieden. Die seit etwa 2008 in beiden Landesteilen deutlich gestiegene allgemeine Lebenszufriedenheit, die ihrerseits mit einer verbreitet optimistischen Einschätzung der wirtschaftlichen Lage korrespondiert, liefert einen erklärenden Hintergrundfaktor für die deutschlandweit gute Bewertung des Funktionierens der Demokratie.<sup>16</sup>

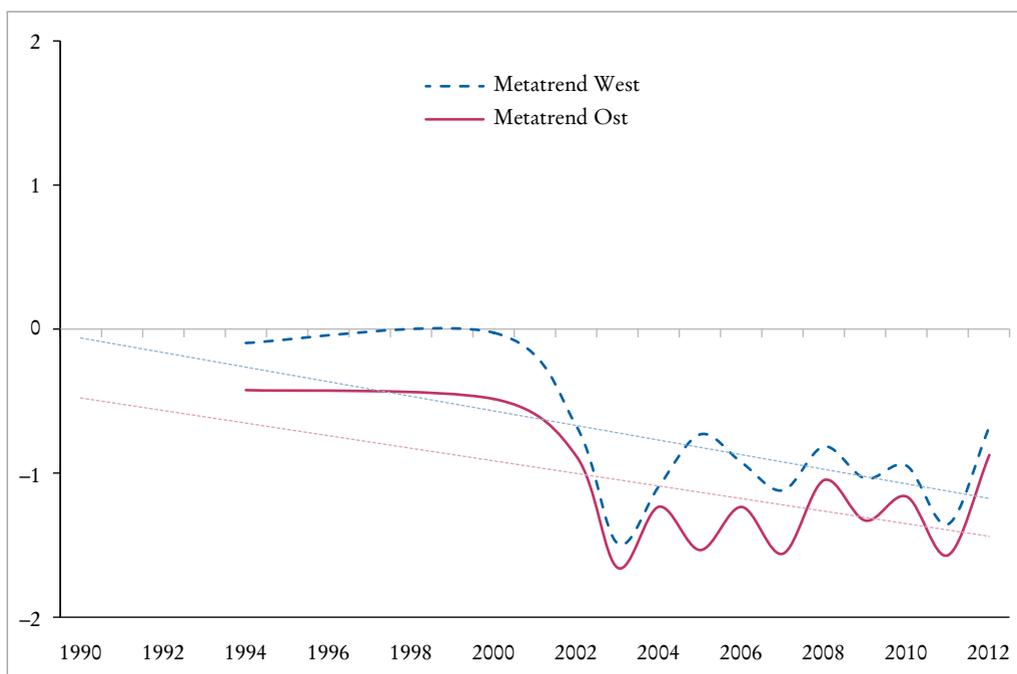
<sup>16</sup> Vgl. ebd., S. 145, 151 ff.

## Systemidentifikation II: Vertrauen in politische Institutionen

Vertrauen als eine Mitmenschen generell entgegengebrachte positive Verhaltenserwartung ist eine wichtige Grundlage für gedeihliches gesellschaftliches Zusammenleben. Wer vertraut, erbringt gegenüber den Objekten seines Vertrauens eine Vorleistung, aus der Vermutung heraus, dass diese durch das Handeln der jeweiligen Personen gerechtfertigt wird. Auch demokratische Politik gründet auf einer solchen Vertrauensbeziehung. Vertrauen in politische Institutionen ist eine wesentliche Voraussetzung für die Legitimität, die dem politischen System und seinen Akteuren seitens der Bevölkerung gewährt wird.

Wie die empirische Demokratieforschung immer wieder belegt, bringen die Deutschen den *rechtsstaatlichen* Institutionen, das heißt Gerichten, Polizei und öffentlicher Verwaltung, traditionell mehr Vertrauen entgegen als *parteistaatlichen* Institutionen, zu denen Parlament, Abgeordnete, Parteien und die Regierung gerechnet werden. Erstere haben deshalb einen höheren Vertrauensbonus, weil sie mit unparteiischem, sachkundigem und korrektem Handeln verbunden werden,

**Abbildung 3: Vertrauen in Parteien/Politiker – Metatrendlinien Ost und West**  
(Mittelwerte ausgewählter Datensätze auf einer rekodierten Skala von -2 überhaupt kein Vertrauen bis +2 sehr großes Vertrauen)



Quelle: Projekt Deutschland 2014, eigene Berechnungen auf Basis des ALLBUS, des Eurobarometers und des ESS

also als im landläufigen Sinne *nicht politisch* gelten. Auch und insbesondere der Bundespräsident bezieht sein seit jeher sehr hohes Amtsvertrauen aus dem Attribut der Überparteilichkeit. Parteienstaatliche Institutionen hingegen werden gemeinhin mit Machtspielen, „eigensüchtigen“ Interessenkämpfen und Parteilichkeit identifiziert, mithin solchen „unsachlichen“ Ausstattungsmerkmalen, die generell eher Misstrauen wecken.

Diese Rangfolge wird während der zweieinhalb Jahrzehnte seit der Einheit bundesweit in Umfragen stabil erkennbar. Zwar lag das Vertrauensniveau in Ostdeutschland durchgehend niedriger, doch fielen die seinerzeit feststellbaren Ost-West-Unterschiede im Institutionenvertrauen insgesamt vergleichsweise gering aus. Allerdings existierten zunächst deutliche qualitative Unterschiede zwischen beiden Teilen des Landes. Diese Unterschiede bestanden darin, „dass die westdeutsche Bevölkerung den politischen Institutionen mehr Vertrauen als Misstrauen entgegenbrachte, während es sich im östlichen Landesteil umgekehrt verhielt“.<sup>17</sup>

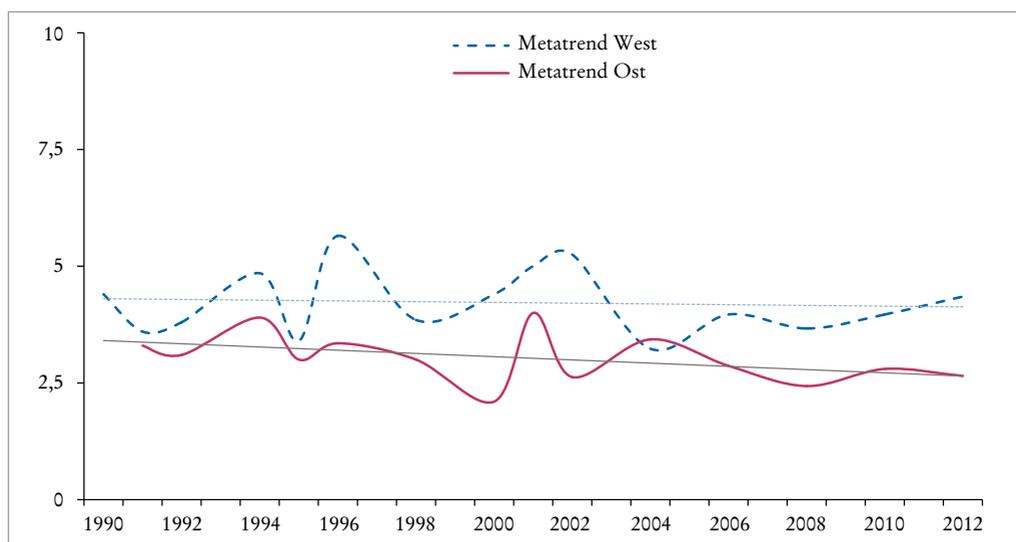
<sup>17</sup> Ebd., S. 202.

Die Regierung sowie vor allem Parteien und Politiker schneiden im Reigen des Institutionenvertrauens durchwegs schlechter ab (Abbildung 3). Bei beiden Institutionen ergibt sich in der Längsschnittbetrachtung das vertraute Verteilungsbild: Die ost- und westdeutschen Linien „mäandern“ entlang des gleichen Verlaufsmusters. Dabei erweist sich die Sichtweise der Ostdeutschen als ausdauernd skeptischer, kritischer und distanzierter. Der Ost-West-Abstand verkleinert sich im Laufe der Jahre, ohne gänzlich zu verschwinden.

Während sich beim Vertrauen in die Bundesregierung über den gesamten betrachteten Zeitraum hinweg eine leicht steigende, zuletzt die Wendemarke zum positiven Wertungsbereich streifende Tendenz abzeichnet, hat sich die Vertrauenskurve für Politiker und Parteien, die nach der Jahrtausendwende stark nach unten abknickte, bis heute nur mäßig erholt.

In der Gesamtschau des Institutionenvertrauens treten gegenwärtig, gemessen an den Daten der Bevölkerungsbefragung vom Herbst 2014, zwischen Ost- und Westdeutschland fast keine Unterschiede mehr auf. Mehr

Abbildung 4: Mitgliedschaft/Mitarbeit in einer politischen Partei (Angaben in Prozent) – Metatrendlinien Ost und West



Quelle: Projekt Deutschland 2014, eigene Berechnungen auf Basis des ALLBUS, des ESS, des Freiwilligen-survey (FWS) und der Kommission für die Erforschung des Sozialen und Politischen Wandels in den Neuen Bundesländern e. V. (KSPW)

noch: „Für keine Institution findet sich die aus früheren Untersuchungen bekannte Konstellation, dass im Westen Vertrauen, im Osten aber Misstrauen überwiegt.“<sup>18</sup>

## Partizipation

Betrachtet man anhand der von der Parteienforschung kontinuierlich erhobenen Daten zur Parteimitgliedschaft „den gesamten Zeitraum seit 1990, so haben alle Parteien außer den Grünen Mitglieder verloren“, und dies in teilweise drastischem Ausmaß.<sup>19</sup> Die für die Zeit von 1990 bis 2012 ermittelten Daten über Mitgliedschaft beziehungsweise Mitarbeit in einer politischen Partei (Abbildung 4) widersprechen dem stetigen Abwärtstrend der Mitgliederzahlen nur scheinbar. Tatsächlich sind die abgebildeten Umfragedaten, die Gesamtjahresbilanzen der Parteien ergänzend, insofern von zusätzlicher Aussagekraft, als sie über die Fluktuation von Eintritts- und Austrittsbewegungen beziehungsweise Schwankungen der zeitlichen Befristung individuellen Engagements in einer politischen Partei Aufschluss geben.

<sup>18</sup> Ebd., S. 203.

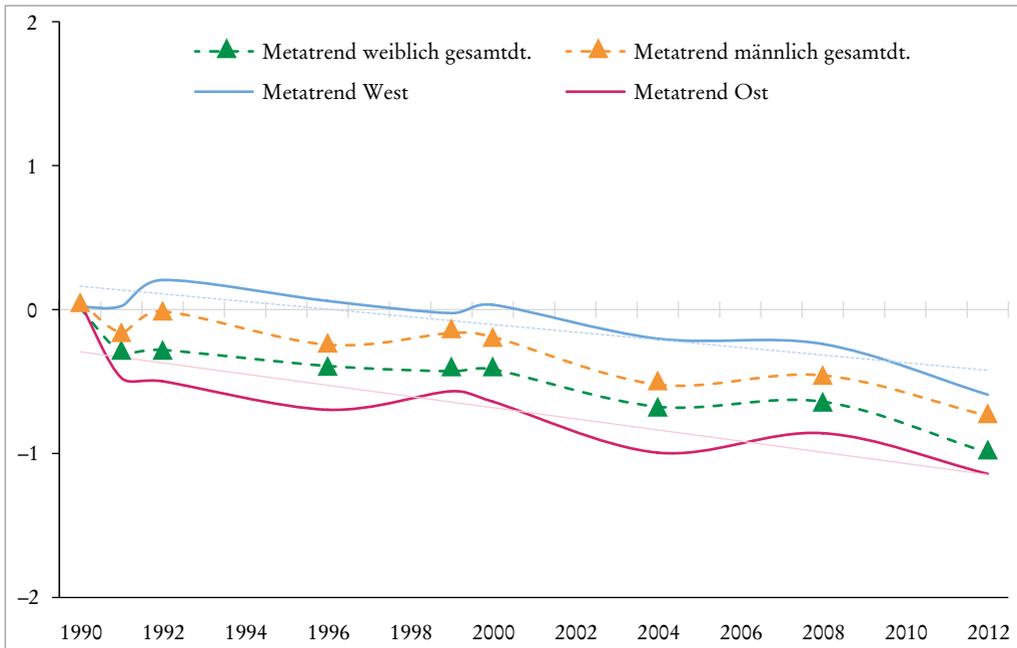
<sup>19</sup> Oskar Niedermayer, Parteimitgliedschaften im Jahr 2013, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, (2014) 2, S. 416.

An einer (genehmigten) Demonstration teilzunehmen, ist eine typische Ausdrucksform demokratischen bürgerschaftlichen Engagements. Dass Ostdeutsche im Einigungsjahr 1990 angeben, sehr viel häufiger als Westdeutsche für ihre Rechte auf die Straße gegangen zu sein beziehungsweise innerhalb der letzten zwölf Monate demonstriert zu haben, spiegelt die Massenproteste in der DDR während der Umbruchsphase wider. Nachdem diese außeralltägliche Situation verklungen war, glichen sich die Demonstrationsraten für West und Ost bald einander an, wenngleich die ostdeutsche Kurve punktuell „unruhiger“ verlaufen ist. Über die Zeit seit 1990 betrachtet ist die Demonstrationskurve landesweit moderat zurückgegangen, wobei zwischen Ost- und Westdeutschland 2012 kein Unterschied mehr besteht.

## Frauen- und Familienbild: Ostdeutschland als gesamtdeutscher Vorreiter

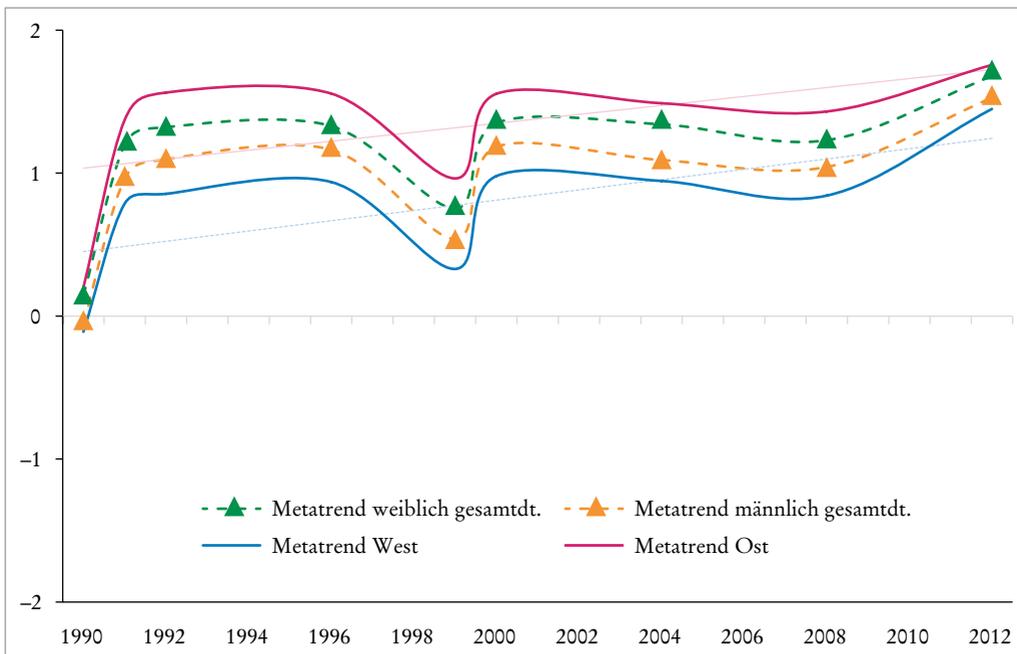
In der Familien- und Berufsforschung wird zwischen einem „traditionellen“ und einem „modernen“ Verständnis der Geschlechterrollen unterschieden. Während das althergebrachte männliche Ernährermodell der Frau die außerberuflichen Aufgaben der Haus-

Abbildung 5: Hausfrau und Mutter als weibliches Lebensideal? Metatrendlinien Ost und West sowie gesamtdeutsche Metatrendlinien männlich/weiblich (Mittelwerte ausgewählter Datensätze auf einer rekodierten Skala von -2 stimme gar nicht zu bis +2 stimme voll zu)



Quelle: Projekt Deutschland 2014, eigene Berechnungen auf der Basis von Allbus und EVS

Abbildung 6: Mutterschaft und Erwerbstätigkeit der Frau sind gut miteinander vereinbar. Metatrendlinien Ost und West sowie gesamtdeutsche Metatrendlinien weiblich/männlich (Mittelwerte ausgewählter Datensätze auf einer rekodierten Skala von -2 stimme gar nicht zu bis +2 stimme voll zu)



Quelle: Projekt Deutschland 2014, eigene Berechnungen auf der Basis von Allbus und EVS

haltsführung und Kindererziehung zuweist, geht das Doppelverdienermodell mit der Vorstellung einer egalitären, das heißt nicht geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung in Beruf und Familie einher.

Die Meta-Analyse der Einstellungsdaten zeigt, dass sich die deutsche Gesellschaft vom früheren Lebensideal der Frau als Hausfrau und Mutter mehr und mehr verabschiedet. Vor allem in Ostdeutschland wird, von Frauen wie Männern, einem emanzipativen Rollenbild der Vorzug gegeben (*Abbildung 5*). Die Metatrendlinie Ost liegt seit Anfang der 1990er Jahre entsprechend konstant unter der Metatrendlinie West. Drei Befunde sind bemerkenswert: Zum einen sind ost- wie westdeutsche Frauen kontinuierlich fortschrittlicher eingestellt als Männer in beiden Landesteilen. Zum anderen hat sich der Westen Deutschlands insgesamt einem egalitären Familien- und Frauenbild erkennbar angenähert. Wir deuten diese Entwicklung als *nachholende Modernisierung*. Da sich, drittens, aber auch Ostdeutschland weiter in dieselbe Richtung bewegt, hat kein *Aufholen* stattgefunden, sondern es bleibt in den Einstellungslinien eine Differenz.

Weitere Indikatoren bestätigen den *gesamtdeutschen* Einstellungswandel hin zu einem egalitären Verständnis der Geschlechterrollen wie auch den Befund, dass Ostdeutsche in diesem Punkt von Anfang an einen Vorsprung halten. Heute sind Männer wie Frauen in Ost- und Westdeutschland überzeugt, dass sich Mutterschaft und Erwerbstätigkeit der Frau gut miteinander vereinbaren lassen (*Abbildung 6*). Auch hier sprechen sich in beiden Teilen des Landes Frauen häufiger als Männer für eine solche Vereinbarkeit aus, aber im Westen Deutschlands ist der Vorsprung der Frauen vor den Männern größer. Westdeutsche Frauen sehen sich ersichtlich häufiger in der Funktion von „Pionieren“ eines für sie vorteilhaften Rollenwandels.

## Die deutsche Einheit: mehr Vorteile oder mehr Nachteile?

Wie anfangs angemerkt hat sich die Bevölkerung der DDR vor 1990 stets mehrheitlich die Wiedervereinigung gewünscht. In der Verlängerung dieses „immerwähren-

den Wunschbildes“ blickten im Frühjahr 1990 über 90 Prozent aller Ostdeutschen der sich anbahnenden Einheit mit Freude oder sehr großer Freude entgegen. Auch in Westdeutschland überwogen damals zwar eindeutig die zustimmenden Gefühle (knapp 75 Prozent), fast ein Viertel äußerte sich indes kritisch (rund 12 Prozent) oder gleichgültig (rund 14 Prozent).<sup>10</sup>

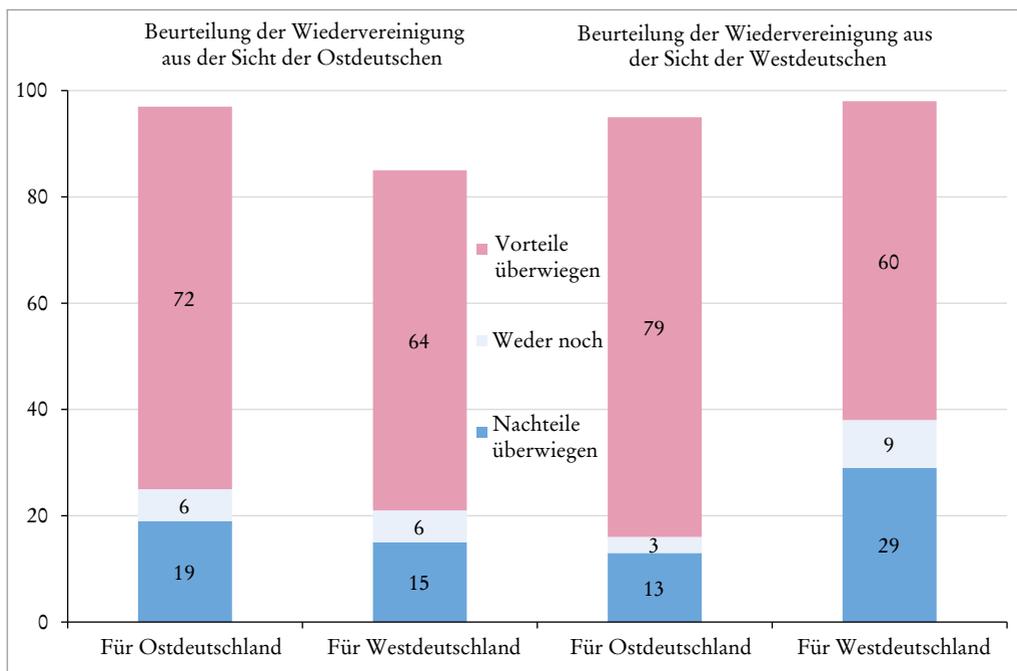
Fast zweieinhalb Jahrzehnte später ist die Ost-West-Differenz bei dieser Frage eingeebnet. Jeweils vier von fünf Ost- wie Westdeutschen geben 2014 an, dass für das Land „alles in allem eher die Vorteile der Einigung überwiegen“. Erkennbar ist dabei ein Zusammenhang mit dem formalen Bildungsgrad: Befragte mit Hauptschulabschluss äußern sich kritischer als Abiturienten und Studierende.

Dass die Einigung sich „für sie persönlich“ vorteilhaft ausgewirkt habe, bejahen mehr Ostdeutsche (77 Prozent) als Westdeutsche (62 Prozent). Aufgefordert, ein jeweils eigenes Einigungsfazit sowohl für den eigenen als auch den anderen Landesteil zu ziehen, sehen einesteils Ost- wie Westdeutsche unisono einen größeren Gewinn für den Osten des Landes (*Abbildung 7*). Andererseits fällt auf, dass fast jede(r) dritte Westdeutsche (29 Prozent) für den westlichen Teil des Landes eher nachteilige Auswirkungen der Wiedervereinigung annimmt. Der ostdeutsche Vergleichswert liegt niedriger, nämlich bei 19 Prozent.

Westdeutsche beklagen demzufolge häufiger einigungsbedingte Nachteile für ihren Landesteil als Ostdeutsche. Folgende Erklärung bietet sich hierfür an: Während im Osten Deutschlands die dort in den 1990er Jahren massenhaft erlebten Folgen der ökonomischen und sozialen Transformationskrise inzwischen weitgehend abgeklungen sind beziehungsweise von wirtschaftlicher Konsolidierung überlagert werden, ist in Westdeutschland die öffentliche Debatte um eine regional „gerechtere“ Verteilung finanzieller Ressourcen, nach gemeinsamem Schultern der Teilungslasten, erst unlängst eröffnet worden.

<sup>10</sup> Vgl. Rudolf Wildenmann, Datensatz Politische Einstellungen in Ost und West März 1990, GESIS-Studiennummer ZA 1902.

**Abbildung 7: Wiedervereinigung: Vorteil oder Nachteil für Ost- beziehungsweise Westdeutschland? (2014, Nennungen in Prozent)**



Quelle: Projekt Deutschland 2014, Endbericht, S. 177

## DDR und Bundesrepublik im persönlichen Systemvergleich

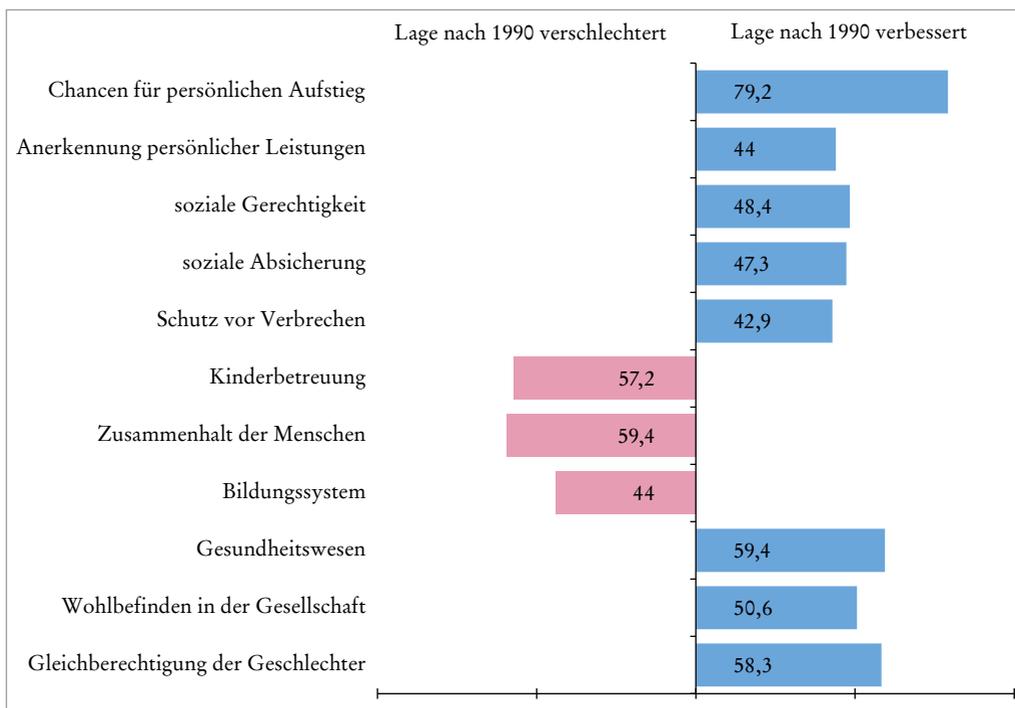
Fast 25 Jahre nach dem Vollzug der deutschen Einheit hat die Beantwortung der Frage, ob sich seit der Wiedervereinigung für die Deutschen die Lebensbedingungen in ihrem jeweiligen Landesteil verändert, das heißt konkret verbessert oder verschlechtert haben, eine erfahrungsgesättigte Aussagekraft. Die Ausgangslage für einen solchen individuellen „Systemtest“ ist für Westdeutsche und Ostdeutsche indes unterschiedlich. Während Ostdeutsche, zumal ältere, die heutigen Bedingungen mit den damaligen der DDR in Beziehung setzen und insofern einen tatsächlichen Systemvergleich vornehmen, vergleichen Westdeutsche vergangene und aktuelle Leistungsangebote und -mängel innerhalb ihres unverändert fortbestehenden politischen und wirtschaftlichen Systems.

Der persönliche Vergleich der Systeme fällt aus Sicht der ostdeutschen Bevölkerung im Gesamtbild zwiespältig aus: Bei den Faktoren Anerkennung persönlicher Leistungen, soziales Wohlbefinden, Gesundheitsversorgung

und insbesondere Chancen für persönlichen Aufstieg sowie bemerkenswerterweise auch Gleichberechtigung der Geschlechter neigt sich die Waagschale zugunsten der alten Bundesrepublik. Mit der DDR werden aus ostdeutscher Sicht rückblickend mehrheitlich Systemvorteile in den Bereichen soziale Gerechtigkeit, soziale Absicherung, Schutz vor Verbrechen, Kinderbetreuung, Bildung und sozialer Zusammenhalt verbunden (ohne Abbildung). Wird jedoch beim 35. Lebensjahr eine Trennlinie gezogen, so erweist sich, dass es vor allem ältere Ostdeutsche sind, die für die DDR obigen Bonus vergeben. Demgegenüber hat sich für jüngere Ostdeutsche bis auf die Bereiche Bildung, sozialer Zusammenhalt und Kinderbetreuung die Lebenssituation im geeinten Deutschland verbessert (Abbildungen 8 und 9).

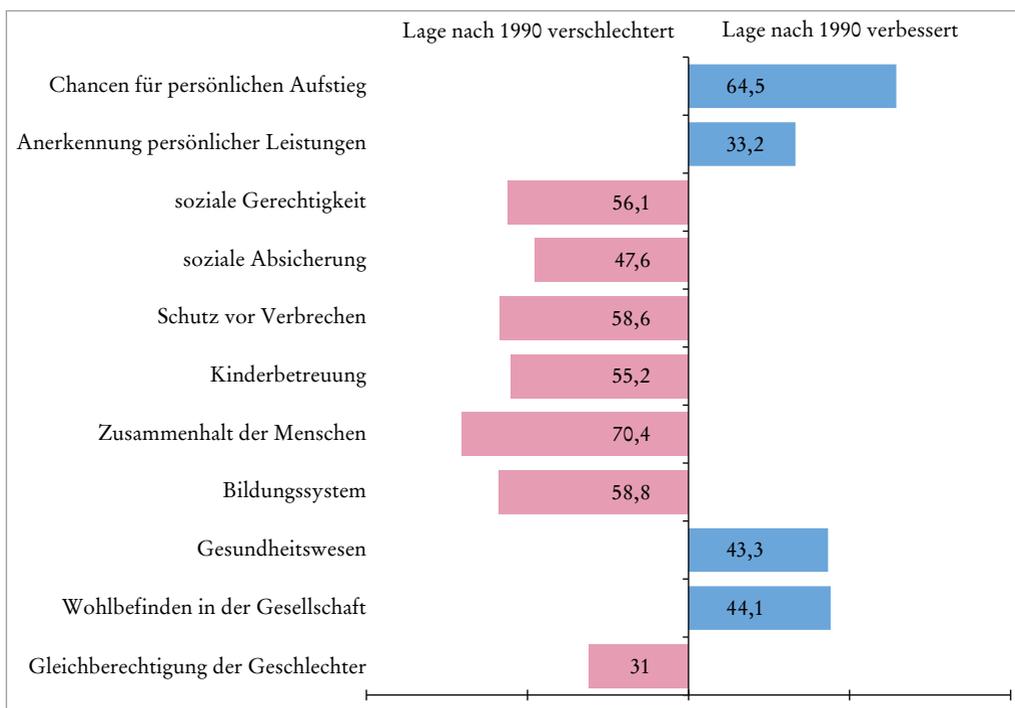
In Westdeutschland ist diese Scheidelinie in der Bilanz der Generationen noch stärker ausgeprägt: Hier hat sich für unter 35-Jährige mehrheitlich die Lebenslage in sämtlichen abgefragten Bereichen, ausgenommen menschlicher Zusammenhalt, seit 1990 verbessert. Ältere Westdeutsche hingegen schätzen, ähnlich wie ihre ostdeutschen Landsleute, die Entwicklung, die Deutschland nach 1990 ge-

**Abbildung 8: Systemvergleich DDR/Bundesrepublik/bis 34-Jährige – Ostdeutschland (2014, Nennungen in Prozent)**



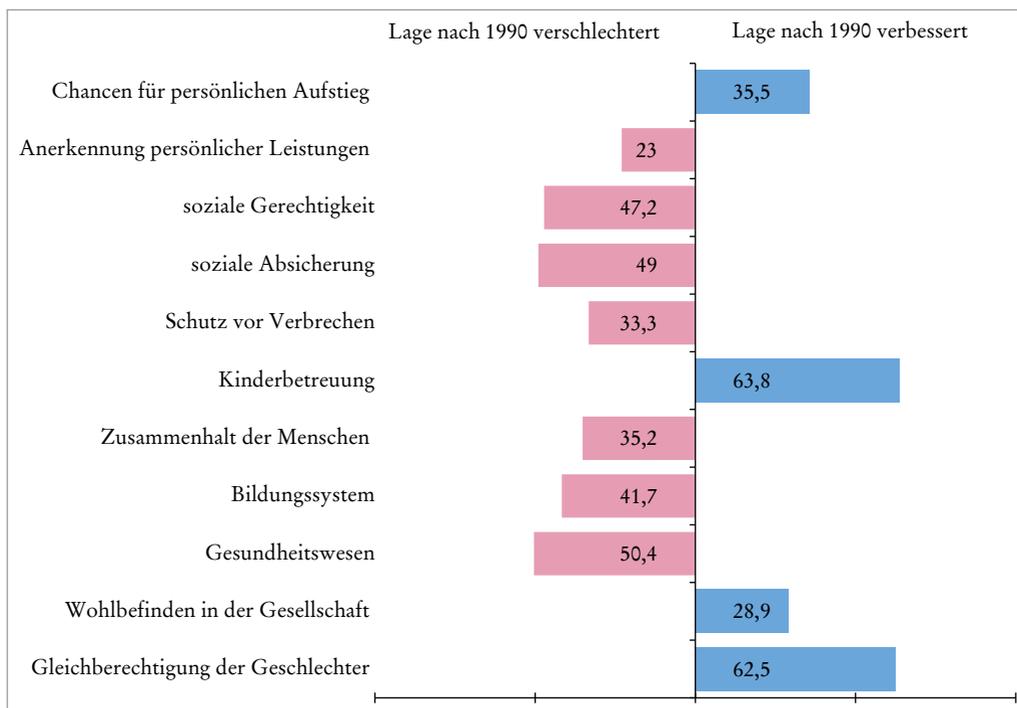
Quelle: Projekt Deutschland 2014, Endbericht, S. 171

**Abbildung 9: Systemvergleich DDR/Bundesrepublik/ab 35-Jährige – Ostdeutschland (2014, Nennungen in Prozent)**



Quelle: Projekt Deutschland 2014, Endbericht, S. 172

**Abbildung 10: Bilanz vor/nach 1990: ab 35-Jährige – Westdeutschland (2014, Nennungen in Prozent)**



Quelle: Projekt Deutschland 2014, Endbericht, S. 175

nommen hat, überwiegend kritisch ein (*Abbildung 10*). Allerdings sind es nicht durchgehend dieselben Lebensbereiche, denen eine Verschlechterung attestiert wird. Ein besseres gesellschaftliches Klima, persönliche Aufstiegschancen sowie insbesondere Gleichberechtigung und Kinderbetreuung werden aus westdeutscher Sicht auf der Habenseite verbucht. Umgekehrt werden in punkto sozialer Sicherheit, Verbrechensbekämpfung sowie Bildung und Gesundheit Fehlentwicklungen festgestellt. Diese Bilanz darf nicht mit einer Bewertung der Einheit im engeren Sinne verwechselt werden. Vielmehr kommt hier zum Ausdruck, dass die politische Gesamtleistung der (wechselnden) Regierungen im Zeitverlauf in manchem negativ und in manchem als vorteilhaft eingeschätzt wird.

## Ausblick

Alles in allem zeichnen die von uns herangezogenen Einstellungsdaten weithin das Bild einer gesamtdeutsch gefestigten Demokratie. Die erreichten Zuwächse an demokratischer Stabilität sind eingebettet in eine weitverbrei-

tet zuversichtliche Sicht auf die allgemeinen wie persönlichen Lebensbedingungen. Bedient wird dadurch ein elementares Grundbedürfnis nach Sicherheit, welches in beiden Teilen Deutschlands seit jeher vorherrscht, das jedoch in Ostdeutschland infolge der dort in den 1990er Jahren erfahrenen Lebensrisiken besonders dominiert. Aktuell ist zu beobachten, dass wachsende Zahlen zuwandernder Flüchtlinge von Teilen einer Gesellschaft, die die Erfahrungen der Transformationskrise der 1990er Jahre noch im Gedächtnis hat, als Bedrohung der wieder erlangten Zustände sicheren Lebens wahrgenommen werden.<sup>11</sup> Vereinzelt enthält auch unsere Meta-Analyse der Umfragedaten: So ist beispielsweise für die Zeitspanne von 2010 auf 2012 ein Anstieg fremdenfeindlicher Einstellungen feststellbar.<sup>12</sup> Eine Umkehr des langfristigen Trends lässt sich daraus freilich nicht ablesen.

<sup>11</sup> Vgl. Heinrich Best/Everhard Holtmann, *Aufbruch der entscherten Gesellschaft. Deutschland nach der Wiedervereinigung*, Frankfurt/M.–New York 2012.

<sup>12</sup> Vgl. E. Holtmann et al. (Anm. 2), S. 162 ff.

August Pradetto

# Ost-West-Beziehungen und deutsche Außenpolitik seit der Wiedervereinigung

## Essay

Ost-West-Beziehungen“ ist eigentlich ein Begriff aus dem Kalten Krieg, der vor allem seit der Ukraine-Krise 2014 eine Renaissance erlebt. Gemeint sind die Beziehungen zwischen dem Ost- und dem Westblock nach dem Zweiten Weltkrieg bis Ende der 1980er Jahre beziehungsweise zwischen Russland und den USA, der NATO

**August Pradetto**

Dr. phil., geb. 1949; Universitätsprofessor em. für Politikwissenschaft, Institut für Internationale Politik der Helmut-Schmidt-Universität, Holstenhofweg 85, 22043 Hamburg. pradetto@hsu-hh.de

und der Europäischen Union heute. 1990 war eine „neue Weltordnung“ verkündet worden, die sich vor allem durch ökonomische und sicherheitspolitische Kooperation zwischen den vormaligen Gegnern in Ost und West, die Beachtung internationaler Normen und durch eine „gerechte Entwicklung“ als Grundlage für Frieden und Wohlstand in der Welt auszeichnen sollte. Auf Basis zuvor im transatlantischen Raum und in Europa etablierter Regelsysteme und Institutionen öffnete sich für den Alten Kontinent und für die deutsche Außenpolitik ein *window of opportunity*, das historisch präzedenzlos war. Die Voraussetzungen für eine gesamteuropäische und darüber hinausgreifende Ordnung von Vancouver bis Wladiwostok schienen gut wie nie.

Von dieser Aufbruchsstimmung ist 2015 wenig übrig. Die EU ist in der tiefsten Krise seit ihrem Bestehen, die NATO ist trotz aller Beschwörungen zur Eintracht in Koalitionen von Willigen und Unwilligen, von (in Anlehnung an John George Stoessingers gleichnamige Studie von 1979) *crusaders* und *pragmatists* gespalten, gegenwärtig notdürftig

zusammengehalten durch den als geopolitische Auseinandersetzung inszenierten Konflikt im Südosten der Ukraine. Die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) ist infolge divergierender Vorstellungen und Politiken weitgehend handlungsunfähig. Rechtsgrundsätze werden, wo es opportun erscheint, vielfach gebrochen. Der Rechtsbruch wird mit Begründungen vollzogen, die einen humanitären Ausnahmefall (Kosovo-Krieg, NATO), eine präventive Verteidigungsnotwendigkeit (Irak-Krieg, USA), einen unabdingbaren „Schutz von Landsleuten“ (Krim-Annexion, Russland), eine „internationale Verantwortung“ oder auch eine „Weiterentwicklung des Völkerrechts“ (Libyen-Krieg, Frankreich und Großbritannien) konstruieren. De facto werden neue Doktrinen beschränkter Souveränität postuliert.

Für die deutsche Politik war nach der Wiedervereinigung 1990 die Herstellung der inneren Einheit so bedeutsam wie die Selbsteinordnung des nunmehr wieder zur „Zentralmacht Europas“ (Hans-Peter Schwarz) aufgestiegenen Landes in sein ebenfalls neues Umfeld. Beides bewältigte die deutsche Politik in einem bemerkenswerten Maße. Die Beibehaltung des Status als NATO-Mitglied für das wiedervereinigte Deutschland, der Verzicht auf Nuklearwaffen und der Vertrag über Konventionelle Streitkräfte in Europa (KSE) trugen zur Friktionsarmut bei der Auflösung des Warschauer Pakts 1991 und damit zur Wiederherstellung der Souveränität Polens, der Tschechoslowakei, Ungarns, Bulgariens und Rumäniens bei. Die Selbsteinbindung Gesamtdeutschlands in Europa und in die transatlantischen Strukturen war zugleich Grundlage für die weitere vertrauensvolle Zusammenarbeit mit alten und neuen Partnern.

Berlin wurde der Hauptpromotor der postkommunistischen Nachbarn auf ihrem „Weg nach Europa“. Eine insgesamt erfolgreiche Nachbarschaftspolitik entkrampfte das Verhältnis zwischen dem vergrößerten Deutschland und seiner Umgebung und mündete in einer „Zivilisierung“ auch der sicherheitspolitischen und militärischen Lage in Europa. Das deutsche Bemühen um eine Vertiefung der Integration Europas, die das „europäische Projekt“ irreversibel machen und als richtungsweisendes Gemeinschaftsprojekt

etablieren sollte, manifestierte sich unter anderem in den schon 1992 getroffenen Beschlüssen über die Einführung einer gemeinsamen europäischen Währung und den Bemühungen um eine gemeinsame politische Verfasstheit.

Mit der insbesondere von Deutschland advokierten Erweiterung von NATO und EU wurde den mittel- und osteuropäischen Transformationsstaaten eine sicherheitspolitische, politische und ökonomische Perspektive gegeben, die den Umgestaltungsprozess stimulierte und erleichterte. Nach den Aufnahmejahren 2004 und 2007 umfasste die EU 28 Mitglieder, fast doppelt so viele wie 1995. Die NATO wuchs bis 2009 ebenfalls auf 28 Mitglieder an.

So ist nicht zuletzt der deutschen Außenpolitik zuzuschreiben, dass das Land wenige Jahre nach dem Ende des Kalten Krieges nur noch von Freunden umgeben und mit ihnen in institutionalisierter Weise verflochten und damit gleichzeitig zu einem Stabilitäts- und Führungsfaktor in der schwierigen Phase der Neugestaltung des Kontinents und damit der Ost-West-Beziehungen geworden war. Auch Russland wurde im Zuge dieser Entwicklung zu einem „strategischen Partner“. Die „deutsche Frage“, die Europa und die Welt mehr als ein Jahrhundert lang umgetrieben hatte und die in dieser Zeit eine zentrale Determinante von Krisen und Kriegen gewesen war, war endlich gelöst.

Dieses Narrativ ist keineswegs falsch. Deutsche Außenpolitik hat im vergangenen Vierteljahrhundert einen substanziellen Beitrag zur Neugestaltung Europas und des transatlantischen Raums geleistet. Darüber hinaus hat Deutschland in besonderer Weise zum Abschluss internationaler Klimaabkommen und zur Verankerung internationaler Strafgerichtsbarkeit beigetragen. Dass dieses Narrativ unvollständig ist, ist indes auch evident.

Denn 25 Jahre nach den fundamentalen Umbrüchen in Europa – und diese Diskrepanz ist der Ausgangspunkt für die nachfolgenden Überlegungen – ist die deutsche Außenpolitik vor allem mit Krisen konfrontiert. Die 19 Länder umfassende Eurozone ist in einem so schlechten Zustand, dass der mögliche Ausstieg eines Mitglieds, Griechenlands,

das nur etwa 1,3 Prozent zum Bruttoinlandsprodukt (BIP) der EU beiträgt, die Angst vor dem Zusammenbruch des Gesamtsystems evoziert. Das Umfeld südlich und östlich des Mittelmeers ist in einem solchen Zustand, dass Hunderttausende auf der Flucht nach Europa ihr Leben riskieren. Wirtschaftliche, soziale, administrative und politische Instabilität, die Proliferation riesiger Waffenarsenale, Radikalisierung, Bürgerkriege, Stellvertreterkriege und Terrorismus haben dort ein dramatisches Ausmaß angenommen. In Osteuropa bauen sich wieder militärische Spannungen und Konfrontationen auf. Die Ukraine ist zum geopolitischen Kampffeld zwischen Russland und dem Westen geworden. Das Verhältnis zu Russland ist so schlecht wie seit mehr als 30 Jahren nicht. NATO und EU sind gespalten in der Frage, wie mit den genannten Herausforderungen umzugehen ist.

Im Folgenden wird insbesondere nachzuvollziehen versucht, warum sich die Ost-West-Beziehungen vor allem in den vergangenen 15 Jahren so verschlechtert haben. Diese Entwicklung wird zur Krisenhaftigkeit in den anderen genannten Bereichen deutscher beziehungsweise westlicher Außenpolitik in Relation gesetzt. Ein Fazit der Analyse lautet, dass eine zunehmend voluntaristische Politik, das Missverhältnis von Superioritätsambition und realer Gestaltungsmacht sowie eine Überlagerung von Verantwortungs- durch Gesinnungspolitik zur Entfaltung negativer Entwicklungen in allen Bereichen beigetragen und sie wechselseitig verstärkt haben.

## Die 1990er Jahre: das Jahrzehnt Europas?

Moskau befand sich nach dem Ende des Kalten Krieges in jeder Hinsicht auf dem Rückzug. Mit der Auflösung von Warschauer Pakt und Sowjetunion verlor es sein strategisches Vorfeld, die russischen Truppen zogen sich zurück, die Wirtschaft erlitt einen schwerwiegenden Einbruch.

Gleichzeitig war Russland noch immer eine militärische Supermacht mit einem Arsenal an Nuklearwaffen und einer gigantischen Armee. Angesichts der innenpolitischen Verfasstheit und außenpolitisch geschrumpfter Aktionsräume stellte dies eine Bürde dar,

die in den Folgejahren reduziert wurde. Heute ist der Verteidigungshaushalt geringer als der Großbritanniens, Frankreichs oder Japans und etwas höher als der Saudi-Arabiens oder Deutschlands. Aber er beträgt nicht einmal ein Zehntel des Verteidigungsbudgets der USA – gemessen am BIP gleichwohl eine hohe Rate.

Versuche, diesen Rückzug aufzufangen und sich als Weltmacht zu reetablieren, gelangen kaum. Der Aufbau der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS), der Organisation für Verteidigung und Kollektive Sicherheit (OVKS), Shanghai Five, aus der dann die Shanghai Cooperation Organization (SCO) wurde (zusammen mit China und zentralasiatischen Staaten), wirtschaftliche Kooperationsforen und dergleichen stellten nur bedingt und eher punktuell einen Ersatz für die vormalige Integration im regionalen Rahmen dar. In der Frage der postbipolaren Gestaltung Europas und seines Umfeldes, auf dem Gebiet der Sicherheitspolitik wie in militärischer Hinsicht geriet Moskau also evident ins Hintertreffen.

Dem gegenüber waren die 1990er Jahre für den Westen eine Phase intensiver Werteprojektion und Transformation vor allem im vormaligen kommunistischen Teil des Kontinents. Die westlichen Vorhaben wurden durch Unterstützungsleistungen, Aufbauhilfen und die Finanzierung von Reformprojekten sowie ein Geflecht an Institutionen, vom Europarat über die zur OSZE weiterentwickelte KSZE als Organisation der wirtschaftlichen, politischen und sicherheitspolitischen Kooperation von Vancouver bis Wladiwostok bis hin zu NATO und Europäischer Union abgesichert.

Des Problems möglicher neuer Grenzziehungen war man sich durchaus bewusst, zumal Moskau von Anfang an eine Ausdehnung der NATO ablehnte. Zu entschärfen versuchte die NATO-Allianz den entstehenden Konflikt durch institutionalisierte Kooperation auch mit Russland. Der beabsichtigte Ausgleich gelang schon deswegen nur bedingt, weil durch den Beitritt der neuen ostmitteleuropäischen Mitglieder und deren sicherheitspolitischer US-Orientierung, verbunden mit einer sich von Russland abgrenzenden Rhetorik und Politik, die NATO sich stärker an Washington orientierte, als sie es ohnehin schon tat. Fragen militärischer Si-

cherheit neuer Mitglieder, die die NATO-Grenze nach Osten verschoben, erfuhren wieder eine stärkere Betonung.

Damit wurde das von Deutschland und anderen gerade mit Blick auf eine Entmilitarisierung der europäischen Sicherheitspolitik und auf Vertrauensbildung zielende Projekt einer „Politisierung“ der NATO (im Gegensatz zur Dominanz der militärischen Dimension) und einer „Europäisierung“ (im Gegensatz zur Dominanz der USA in der Allianz) schnell relativiert. Das heißt, nach einem Trend hin zu einer Europäisierung der NATO gab es ab spätestens 1997, als der Beschluss über die Aufnahme Polens, Ungarns und der Tschechischen Republik getroffen wurde, wieder einen Trend zu einer „Reamerikanisierung“.

Der erste manifeste Bruch zwischen Russland und dem Westen kam durch den Krisenfall Kosovo. Ab Juni 1998 unterstützte Washington gegen Serbien die albanische Sezessionsorganisation UCK. Als Belgrad das Territorium des Kosovo nicht freiwillig abtrat, wo sich aufgrund der gewaltsamen Auseinandersetzung zwischen Separatisten und serbischen Sicherheitskräften eine humanitäre Katastrophe anbahnte, beschloss die NATO gegen den Willen Russlands und ohne Mandat des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen (VN) einen Krieg gegen Serbien. Der faktischen Abtrennung nach einem 77 Tage währenden Bombardement folgte später die völkerrechtswidrige Anerkennung der Sezession des Kosovo durch die meisten NATO-Länder.

Insbesondere die deutsche Politik hatte nach Kriegsbeginn im März 1999 versucht, Moskau wieder „ins Boot zu holen“ und in Verhandlungen mit Serbien einzubinden, erstens um möglichst schnell den Krieg zu beenden, und zweitens um das Zerwürfnis mit Moskau abzumildern. Der gleichwohl offenkundige Statusverlust Russlands auf internationaler Ebene wurde von einem Verfall im Inneren begleitet, der zu schwersten ökonomischen, politischen und ethnischen Krisen und sogar zu internen militärischen Auseinandersetzungen führte: dem Krieg gegen tschetschenische islamistische Separatisten zuerst 1994 bis 1996, später von 1999 bis 2009.

Auch hier traten Dissonanzen mit dem Westen auf, zumindest bis zu den Terroranschlägen auf New York und Washington

im September 2001. Moskau nahm es als antirussische Haltung wahr, dass im Westen mehr Verständnis für tschetschenische Separatisten, die auch mit terroristischen Akten in Russland ihre Ziele durchzusetzen suchten, aufgebracht wurde als für die entsprechenden russischen Reaktionen.

Betrachtet man die europäische Entwicklung in den 1990er Jahren unter dem Aspekt der Veränderung der dominierenden Akteurskonstellation, so ist Folgendes festzuhalten. Diese Phase war nicht nur eine der Einflussminderung Moskaus, sondern partiell und in der ersten Hälfte der 1990er Jahre auch des Rückzugs der USA aus der europäischen Entwicklung. Mit der NATO-Osterweiterung und dem Kosovo-Krieg waren die USA dann allerdings zurück auf der europäischen Bühne und die Basis für eine Konfliktlage mit Moskau war gelegt.

## Rückkehr der Großmächte und der Geopolitik in den 2000er Jahren

Im Vergleich können die 1990er Jahre dennoch als „Jahrzehnt Europas“ bezeichnet werden, das ungeachtet der zunehmenden Involviertheit der USA in hohem Maße von einer ökonomischen, politischen und sicherheitspolitischen Selbstorganisation des Kontinents geprägt war und für die die deutsche Außenpolitik wesentliche Impulse setzen konnte.

Für die EU galt dies auch in den 2000er Jahren insofern, als die zuvor im Osten Europas auf den Weg gebrachten Transformationsprozesse 2004 in der Aufnahme acht postkommunistischer Länder – Estland, Lettland, Litauen, Polen, Tschechien, Slowenien, Slowakei und Ungarn – sowie von Malta und Zypern mündeten. 2007 folgten Rumänien und Bulgarien und schließlich 2013 Kroatien.

International, sicherheitspolitisch wie militärisch, veränderten sich allerdings Anfang der 2000er Jahre die strukturellen und Akteurskonstellationen erheblich, und dies hatte massive Rückwirkungen auf Europa und die deutsche Außenpolitik. Wladimir Putin wurde acht Wochen nach Beendigung der NATO-Luftangriffe auf die Bundesrepublik Jugoslawien und dem Waffenstillstandsabkommen mit Belgrad, also im August 1999, russischer Ministerpräsident und im März

2000 Präsident. Ein halbes Jahr später wiederum setzte sich in den USA der Republikaner George W. Bush gegen den amtierenden demokratischen Vizepräsidenten Al Gore durch.

Damit kamen zwei Politiker an die Spitze zweier sich nach wie vor als Weltmächte begreifender Nationen, die dieser Eigenwahrnehmung in nachdrücklicherer Weise gerecht werden wollten, als dies bei ihren Vorgängern der Fall gewesen war. Eine Dimension dieses Anspruchs bestand in der Stärkung des militärischen Sektors. Putin erhöhte die Verteidigungsausgaben in den folgenden Jahren, unter Bush explodierte der US-Rüstungsetat.

Auch wenn nach den Zerwürfnissen im Kosovo-Krieg die beiden neuen Präsidenten den Personalwechsel für einen *reset* zu nutzen versuchten und sich offenbar persönlich gut verstanden, setzten schnell neue Spannungen ein. Zwar wurden die Differenzen nach „9/11“ durch die von beiden Seiten gewollte Kooperation bei der Bekämpfung des internationalen Terrorismus relativiert. Aber in der Frage des *Wie* gab es wenig Einigkeit. Schon die Reaktion auf den Krieg gegen die Taliban in Afghanistan und Pakistan zeigte das Aufleben geopolitischer Wahrnehmungen. Moskau äußerte Befürchtungen, die USA könnten sich in Zentralasien festzusetzen versuchen. Konsequenz war eine ambivalente Politik, die USA bei der Intervention einerseits logistisch zu unterstützen und andererseits schon bald zu fordern, sie möge sich aus Zentral- und Süd-asien zurückziehen.

Kurz nach der Afghanistan-Intervention kamen zwei Paukenschläge, die die Differenzen zwischen dem Westen und Russland vergrößerten und simultan die Spielräume für europäische und deutsche Außenpolitik einschränkten: erstens die ab Sommer 2002 laufenden Vorbereitungen für einen Krieg gegen den Irak, und dann im Herbst 2002 die Forderung Washingtons, in einem *big bang* eine ganze Reihe postkommunistischer Länder in die NATO aufzunehmen. Von beidem ließ sich Washington weder von engen europäischen Verbündeten und schon gar nicht von Moskau abbringen.

Die Ära George W. Bush beendete das integrative „europäische Jahrzehnt“. Die Eu-

ropäer wurden von Washington vor die Entscheidung gestellt, für oder gegen dessen Entscheidungen zu sein, oder, wie es der damalige Verteidigungsminister Donald Rumsfeld formulierte, dem „alten“ oder dem „neuen Europa“ anzugehören.

Im Falle Afghanistans entschied sich die Regierung Gerhard Schröder/Joschka Fischer im November 2001 noch für die USA, beim anderthalb Jahre später folgenden Irak-Feldzug zusammen mit dem französischen Präsidenten Jacques Chirac und anderen dagegen. Der britische Premier Tony Blair, der spanische Ministerpräsident José Maria Aznar und andere sowie die neuen Allianzmitglieder im Osten standen an der Seite der Bush-Administration. Damit ging ein Riss durch die NATO und durch Europa.

Zwar blieben die USA schon nach kurzer Zeit im Wüstensand des Afghanistan- und Irak-Krieges stecken. Das änderte nichts an der geopolitischen Wahrnehmung in Moskau, dass sich die USA in Asien, im Nahen Osten und auch in Europa neue Stützpunkte und Einflusszonen verschafften. Im März 2004 wurden die ehemaligen Sowjetrepubliken Estland, Lettland und Litauen sowie Bulgarien, Rumänien, die Slowakei und Slowenien in die NATO aufgenommen. 2008 setzte die US-amerikanische Seite eine Erklärung durch, wonach die Ukraine und Georgien – ohne Datumsnennung – Mitglieder werden sollten.

Den Georgien-Krieg im August 2008 werteten sowohl Russland als auch die USA als Bestätigung ihrer jeweiligen Auffassung. Der Krieg um die seit Anfang der 1990er Jahre abgespalteten Provinzen Abchasien und Südossetien wurde zwar vom georgischen Präsidenten Micheil Saakashvili in der irrigen Auffassung angefangen, die NATO oder zumindest die USA würden wenn notwendig den georgischen Streitkräften beistehen. Im Westen wurde gleichwohl zuerst vor allem Moskau die Schuld an der militärischen Auseinandersetzung und der nun wohl auf längere Zeit nicht mehr revidierbaren Abspaltung Südossetiens und Abchasiens angelastet. Moskau war zufrieden gezeigt zu haben, dass es sehr wohl zu schnellen militärischen Reaktionen gegen den in seiner Sicht von Washington inspirierten „Aggressor“ und – anders als im Fall des Kosovo-Krieges – zum

Schutz von Bevölkerungsgruppen und Gebieten auch außerhalb seiner Grenzen in der Lage ist.

Am Ende des Jahrzehnts hatten sich in großen Teilen des Westens wie in Moskau geopolitische Wahrnehmungsmuster und entsprechende außenpolitische Reflexe durchgesetzt. In der globalen Ordnungspolitik bestimmten wieder die USA die Agenda, in den sicherheitspolitischen Beziehungen zwischen West und Ost trat wieder das Verhältnis zwischen den USA und Russland in den Vordergrund. In den internationalen Beziehungen, insbesondere in der Sicherheitspolitik, spielten Europa und die deutsche Politik eine zunehmend marginale Rolle. Der Spagat, den die deutsche Außenpolitik in ihrer auf einen Kompromiss zwischen enger Verbundenheit mit den USA, europäischer Eigenständigkeit und Inklusion Russlands gerichteten Politik vollziehen wollte, wurde immer größer.

## Postbipolare Ordnung 2008 bis 2015: Vom „Reset“ zum „Failing System“?

2008 kam es wieder zu einem doppelten Personalwechsel bei den Großmächten. Dmitri Medwedew wurde im März 2008 zum russischen Präsidenten gewählt, und Wladimir Putin wechselte vom Präsidenten- ins Ministerpräsidentenamt. Barack Obama schlug im Herbst 2008 bei der Wahl zum 44. Präsidenten der USA den von republikanischer Seite nominierten John McCain. Wie schon Anfang der 2000er Jahre wollten beide Seiten die Chance eines personellen Neubeginns nutzen, um von der in den vorangegangenen Jahren aufgebauten Konfrontation wegzukommen und die Kooperation wiederzubeleben.

Am 20. Januar 2009 trat Barack Obama sein Amt an, und schon sechs Monate später gab es Vereinbarungen über nukleare Abrüstung und eine Wiederaufnahme der (nach dem Georgien-Krieg eingefrorenen) militärischen Zusammenarbeit. Nach jahrelangen Protesten aus Moskau stoppte Washington im September 2009 den geplanten Aufbau eines Raketenschutzschirms in Polen und Tschechien. Ein neuer Abrüstungsvertrag begrenzte die Zahl der strategischen Atomwaffen auf beiden Seiten um ein Drittel auf 1500. Aus Mos-

kauer Sicht entspannte sich die Lage gleichzeitig insofern, als Georgien und die Ukraine von der NATO als Beitrittskandidaten auf Eis gelegt wurden. Umso mehr galt dies nach der Wahl von Wiktor Janukowitsch 2010 zum ukrainischen Präsidenten, der im Gegensatz zu seinem Vorgänger eine gleichgewichtige Politik zwischen dem Westen und Russland und eine Brückenfunktion seines Landes zwischen West und Ost proklamierte.

Dieser mit vielen Hoffnungen verbundene Neubeginn schien auch die Chance für eine wieder eigenständigere Rolle Europas zu bieten. Derartige Erwartungen wurde praktisch simultan konterkariert: durch die 2008 von den USA ausgehende Finanzsystemkrise, die schnell auf Europa und andere Teile der Weltökonomie übergriff; die politischen Eruptionen in Nordafrika sowie durch die Folgen der US-Interventionspolitik der 2000er Jahre im Nahen Osten unter anderem im Zusammenhang mit dem Rückzug der USA aus Irak; und der gleichzeitig einsetzenden neuen Welle von Interventionen in Nordafrika und im Nahen Osten.

Im Gefolge der Finanz- und Wirtschaftskrise verlor die EU an ökonomischer, sozialer und politischer Kohärenz. Die deutsche Politik spielte in dieser Krise eine problematische Rolle. Zuerst waren von der Einführung des Euro bis zur Aufnahme diverser postkommunistischer Länder in die Union die rechtlichen und Kontrollmechanismen, die unabdingbare Voraussetzungen für den Erfolg dieser Projekte darstellen, teils unzureichend fixiert und verbindlich gemacht, teils nicht eingehalten worden. Als die Strukturdefekte in akute Krisen umschlugen, verfolgte Berlin eine Strategie, die die Probleme in den betroffenen Ländern eher verschärfte als abmilderte, was soziale Proteste sowie antieuropäische politische Bewegungen noch beförderte und den politischen Zusammenhalt unter den Mitgliedern minderte. Schließlich wurde das Dilemma zwischen dem Versuch, die Spielregeln zu wahren, und dem Gebot, Gläubiger- und Schuldnerländer beisammen zu halten, immer größer. Das griechische Drama über Austritt aus oder Verbleib in der Währungsunion 2015 war der vorläufige Höhepunkt dieser Negativentwicklung.

Die zweite große Herausforderung, der man nicht adäquat begegnete, sondern die

man noch verschlimmerte, waren die Umbrüche in der arabischen Welt. Die Machteliten in den Ländern südlich und östlich des Mittelmeers haben es verabsäumt, ihre Länder so zu modernisieren, dass sie den veränderten demografischen und globalisierten Gegebenheiten gerecht werden können. Aber Konsens ist heute weitgehend auch, dass die westliche Interventionspolitik ein Faktor der Destabilisierung von Nordwestafrika bis in den Mittleren Osten war. Massive Eingriffe, bis hin zu Kriegen, Besetzungen und *regime changes* von Afghanistan über Irak, Syrien bis Libyen, hatten katastrophale Folgen für die betroffenen Länder und hierüber für die gesamte Region.

Das Ergebnis des Libyen-Krieges 2011 war ein Desaster, das nicht nur Libyen betraf, sondern auf die ganze Region negative Auswirkungen zeitigte. Die Folgen bestanden in über die Grenzen des Landes hinausreichende Bürgerkriegsauseinandersetzungen und einem Chaos, das aus Libyen einen *failed state* machte, die Proliferation großer Waffenmengen und die Destabilisierung der angrenzenden Länder vorantrieb. Eine weitere Folge war ein Anschwellen der Flüchtlingsströme aus Nordafrika in die Länder nördlich des Mittelmeers. Die EU zeigte sich dann völlig überfordert von der Fluchtwelle, die mittlerweile auf Hunderttausende angewachsen ist.

Ab Herbst 2013 versetzte die Ukraine-Krise der europäischen Politik und den Beziehungen zwischen Russland und westlichen Ländern einen weiteren schweren Schlag. Unter Putin ist Russland autoritärer und imperialer geworden. Aber auch hier hat die europäische und westliche Politik zur Krisenentwicklung beigetragen, wobei Bundeskanzlerin Angela Merkel und Außenminister Frank-Walter Steinmeier ab 2014 große – und zum Teil erfolgreiche – Anstrengungen unternahmen, um die Eskalation einzudämmen.

## Faktoren des Versagens europäischer und deutscher Politik

Als Fazit aus der Entwicklung seit dem Ende des Kalten Krieges und der deutschen Wiedervereinigung kann bilanziert werden, dass alle drei zentralen Bezugspunkte deutscher

Außenpolitik – die Beziehungen zu Europa, den USA und Russland – wie auch die regionalen Schwerpunkte – außerhalb der EU liegendes Osteuropa, der Nahe Osten und Nordafrika – nach einer positiven Entwicklung in den 1990er Jahren, die partiell in den 2000er Jahren weiterwirkte, gleichzeitig in eine negative Dynamik rutschten. Viele Spannungen sind durch Verbündete Deutschlands und eine unzulängliche Politik der EU-Institutionen ausgelöst worden. Die deutsche Politik hat es nicht geschafft, diesen Defiziten ausreichend entgegen zu wirken. Teilweise hat sie sie selbst befördert.

## Überlagerung von Recht durch Voluntarismus

Die NATO unterlag im Verlauf ihrer postbipolaren Entwicklung einem Prozess der Geopolitisierung, der dann auch auf die EU abfärbte; die meisten NATO- sind ja auch EU-Mitglieder. Europäischen Emanzipationsbestrebungen in außen-, sicherheits- und verteidigungspolitischen Fragen hatte Washington von Beginn an das Bestreben entgegengestellt, die Union eng mit der NATO verbunden und damit dem Einfluss Washingtons unterstellt zu halten.

Tendenziell wurde die Allianz infolge der Geopolitisierung (verstanden als Schaffung von Optionen, die über die konsentrierte Rechtsgrundlage „Selbstverteidigung“ hinausgehen) und im Zuge der Erweiterung um neue Mitglieder zu einer „Baukasten-Organisation“: Unterschiedliche Gruppen bedienen sich für unterschiedliche Zwecke je nach Bedarf des Potenzials, das die Organisation zur Verfügung stellt. Die Bildung von „Koalitionen der Willigen“ im Irak-Krieg oder anfangs in Libyen sind dafür Beispiele. Die Geopolitisierung der Gesamtorganisation wurde aber auch in der Übernahme der Führung beispielsweise der International Security Assistance Force (ISAF) in Afghanistan 2003 oder in Libyen drei Wochen nach Beginn des zuerst vor allem von den Luftstreitkräften Frankreichs, der USA und Großbritannien geführten Krieges sichtbar.

Der deutsche Diskurs ist im Vergleich zu dem anderer maßgebender Akteure in der NATO wohl am stärksten von Rechts- und Legitimitätsdebatten geprägt. Berlin ist zwar

seit der Ablehnung des Irak-Kriegs zum wichtigsten Gegenspieler derer geworden, die die NATO für geopolitische (oder/und persönliche) Ambitionen instrumentalisieren wollen. Gleichzeitig wird die von Rechtsgrundsätzen und politischer Rationalität motivierte Haltung vielfach durch die Faktoren Loyalität und Opportunismus überlagert und konterkariert. Versicherungen, dass man das *politische* Ziel des Sturzes von Diktatoren wie Saddam Hussein, Muhammad Gaddafi oder Baschar al-Assad teile, und die Vermeidung der Betonung von Rechtsgrundsätzen gegenüber Verbündeten trugen bei zur Erosion von Rechtsgrundlagen, auf denen die gemeinsamen Organisationen beruhen.

Die desaströsen Konsequenzen und Erfahrungen der Einmischung in Afghanistan und im Irak führten nicht zu einem Umdenken bei tonangebenden westlichen Akteuren, sondern zu einer Fortsetzung dieser Politik unter Vermeidung des Einsatzes eigener Bodentruppen. Die Unterstützung auch gewaltsamer Proteste gegen den ägyptischen Präsidenten Husni Mubarak 2010, der Libyen-Krieg 2011, die Bewaffnung von Aufständischen in Syrien ab 2012, der Fast-Krieg gegen Iran 2013, die Ausdehnung militärischen Engagements bis nach Jemen und Subsahara-Afrika trugen wesentlich zur Destabilisierung der Lage bei. Zu den wenigen positiven Entwicklungen in der Region zählte der Abschluss eines Abkommens über das iranische Nuklearprogramm im Juli 2015, an dessen Zustandekommen auf westlicher Seite die deutsche Politik maßgeblich beteiligt war.

## Superioritätsambition und Gestaltungsmacht

Der beschriebene Voluntarismus steht in Verbindung mit einem weiteren Charakteristikum postbipolarer Ordnungspolitik, die sich auf eine Weise bei der europäischen Integration, auf andere Weise bei der Politik in außereuropäischen Regionen zeigte: eine zum Teil groteske Überschätzung der eigenen Möglichkeiten. In der deutschen Debatte hat es seit den 1990er Jahren warnende Stimmen wie etwa die von Helmut Schmidt gegeben, statt weltpolitischer Ambitionen eine Politik der Konzentration auf die eigenen (deutschen und europäischen) Angelegenheiten zu

verfolgen. Die Diskursheute erlangten indes diejenigen, die für die Übernahme „internationaler Verantwortung“ auf globaler Ebene nicht zuletzt in militärischer Hinsicht plädierten und – prestigeorientiert – „auf Augenhöhe“ mit anderen großen Mächten Weltordnungspolitik betreiben wollten.

Bereits die Politik der Regierung Helmut Kohl/Hans-Dietrich Genscher gegenüber Jugoslawien 1991 war von diesem Missverhältnis zwischen Ambition und Kapazität geprägt. Die vorschnelle Anerkennung der Teilrepubliken Slowenien und Kroatien im Herbst 1991 – gegen Absprachen in der Europäischen Union – war nicht die Ursache für die Kriegsentwicklung, verschärfte aber die Krise und die gewaltsamen Auseinandersetzungen. Die gleiche Diskrepanz wurde in einer Wunschzettelpolitik gegenüber vor allem afrikanischen Ländern deutlich, die gute Regierungsführung, demokratische Wahlen, Eindämmung der Korruption und dergleichen zur Bedingung von Kooperation erklärte. Die eigenen außenpolitischen Spielräume wurden so oft nicht erweitert, sondern eingengt. Versuche, die europäische Integration und die Aufnahme weiterer europäischer Länder in die NATO voranzutreiben, hatten durchaus ihre Rationalität. Das Problem bestand in einer aus dem „Sieg im Kalten Krieg“ abgeleiteten Verabsolutierung eigener Systemmerkmale, einer fehlerhaften Analogiebildung und Projektion sowie einer Fehleinschätzung eigener Gestaltungskapazitäten.

## Verantwortungs- und Gesinnungspolitik

Im Sinne Max Webers kann auch von einer progressiven Überlagerung von Verantwortungs- durch Gesinnungspolitik gesprochen werden. Gesinnungsethik beurteilt das politische Tun nach der Handlungsabsicht und mit Blick auf die Realisierung eigener Werte, Verantwortungsethik bezieht in die politische Entscheidung ihre (eingetretenen oder möglichen) Konsequenzen und Folgen ein. Teile der Erweiterungspolitik der EU, die Afghanistanpolitik, die Interventionspolitik der vergangenen 15 Jahre in Nordafrika und im Nahen Osten bis zur Ukrainestrategie der EU lassen sich der Kategorie Gesinnungspolitik zuordnen.

Die aus der Perzeption eines „Endes der Geschichte“ abgeleitete Superioritätsattitüde und die Überzeugung, dass aus der angenommenen Richtigkeit der eigenen Position auch das Recht zu ihrer unmittelbaren Umsetzung folge, ist eine Determinante gesinnungspolitischer Hybris. Eine zweite besteht in überwältigenden ökonomischen und militärischen Kapazitäten, mit denen dieser Überzeugung Nachdruck verliehen werden kann. Der postbipolare Weltordnungsinterventionismus beansprucht Legitimität, weil er auf Menschenrechte und Demokratie zielt; die „Wertegemeinschaft des Westens“ müsse hierfür „internationale Verantwortung“ wahrnehmen. Die Berufung auf Zugehörigkeit zu dieser Wertegemeinschaft ist vor allem seit dem Kosovo-Krieg ein wesentlicher Bestandteil gesinnungspolitischer Legitimitätsproduktion.

Auch die deutsche Außenpolitik hat im Verlauf der vergangenen 25 Jahre immer stärker den Aspekt der „Wertegemeinschaft“ in der Begründung eigener außenpolitischer Aktivitäten oder in Begründung der Unterstützung beziehungsweise der Nichtkritik rechtswidriger Aktivitäten von NATO- oder G7-Partnern betont. Zu dieser „Nahbereichsmoral“ gehört, ebenso komplementär wie scheinbar paradox, dass diejenigen, die nicht dieser Wertegemeinschaft angehören, auf jene Rechts-, prozeduralen, Verfassungs- oder Verantwortungsgrundsätze verpflichtet werden sollen, die man für sich selbst mit dem Hinweis auf die Zugehörigkeit zu dieser Gemeinschaft unter einen Opportunitätsvorbehalt stellt.

Das gilt selbst dann, wenn Berlin implizit seine Missbilligung von Interventionen zum Ausdruck bringt, wie beispielsweise seine Enthaltung bei der Libyen-Resolution 1973 des Sicherheitsrats der VN 2011 zeigte, von der man wusste, dass sie bloß der Rechtfertigung eines (illegalen) militärisch herbeigeführten Machtwechsels dienen sollte. Aus Loyalitätsgründen wurde diese Positionierung aber im gleichen Augenblick auch schon wieder relativiert, indem die Regierung Angela Merkel/Guido Westerwelle den Initiatoren des Libyen-Krieges, Nicolas Sarkozy, David Cameron und Barack Obama, die deutsche Ja-Stimme im Sicherheitsrat anbot, sollte es bei den Quoten für Resolution 1973 knapp werden.

## Aufbau einer europäischen Rechts- und Verantwortungsgemeinschaft

In zwischenstaatlichen Beziehungen wie in einem Gemeinwesen ist eine auf den jeweiligen Sachbereich bezogene kollektive „Basisidentität“ die Voraussetzung für Kooperation. Sie resultiert aus dem gemeinsamen Verständnis und der Einhaltung bestimmter Normen. In Europa sind das die Verträge, auf denen unter anderem das prekäre Verhältnis von Eigenverantwortung und Solidarität ruht. Im Verhältnis zu Dritten sind es die grundlegenden völkerrechtlichen Prinzipien der Souveränität, der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten eines anderen Staates und der Verzicht auf Anwendung oder Androhung von Gewalt. Genau darin besteht die kollektive, weil konsensfähige Identität der „internationalen Gemeinschaft“.

Zu dieser Identität gehört das Genozid-Verbot ebenso wie die prozedurale Korrektheit des diesbezüglichen Feststellungs-, Mandatierungs- und Durchführungsverfahrens. Der generelle Anspruch auf eine moralische Höherwertigkeit eigener Werte und Rechte bedeutet indes die Außerkraftsetzung allgemein verbindlicher Normen und damit die Auflösung einer solchen Identität. Dieser Anspruch und die mit ihm verbundene Gesinnungsethik hat innerhalb von zwei Jahrzehnten von einer in diesem Ausmaß in Europa nie zuvor dagewesenen Akzeptanz allgemeiner Rechtsprinzipien (die jahrzehntelang gegen den sowjetischen Anspruch moralischer Höherwertigkeit verteidigt worden sind) und von einem nie dagewesenen Prestigegewinn des Westens Ende der 1980er/Anfang der 1990er Jahre zu einer tiefen Glaubwürdigkeitskrise und in die internationale Isolation geführt. Die deutsche Außenpolitik hat sich diesem Trend – zum Teil widerwillig – angepasst.

Die Kluft, die in der deutschen Außenpolitik zwischen der deklaratorischen Betonung der Stärkung internationalen Rechts und der „Nahbereichsmoral“ liegt, die gegenüber Partnern in EU und NATO geübt wird, die das Gegenteil praktizieren, mag Berlin kurzfristig Konflikte ersparen. Aber es schwächt jenes Fundament, auf dem mittel- und langfristig die Stabilität und die Sicherheit Deutschlands beruhen, und es erschwert seine Weiterentwicklung.

Der Schlüssel besteht in einer emanzipatorischen Korrektur europäischer Innen- und Außenpolitik: vom Vorrang einer gesinnungspolitisch determinierten *westlichen Wertegemeinschaft* zurück zu einer *europäischen Rechts- und Verantwortungsgemeinschaft*, ihrem Anspruch nach mit den USA wie auch mit Russland. Denn beide Akteure werden von Deutschland und der EU für die Bewältigung akuter Krisen und zukünftiger Aufgaben (auch gegenüber Dritten) dringend benötigt. Gelingen kann dies nur dort, wo anstelle von Gesinnungspolitik akzeptiert wird, dass die Basis für Kooperation die Anerkennung widerstreitender ideologischer Positionen ist. Prinzipiell ist die EU dazu aufgrund des beschränkten Potenzials ihrer Mitglieder, das globale Machtprojektionen kaum zulässt, ihrer Konstruktion und prozeduralen Verfasstheit sowie ihrer politischen Kultur am ehesten geeignet.

Analoges gilt für die deutsche und europäische Politik gegenüber dem Mittleren Osten, dem Nahen Osten und Nordafrika. Positive Transformationsprozesse sind am ehesten dort möglich, wo Stabilität herrscht. Alle empirische Erfahrung zeigt, dass Gesellschaften mit gewaltsamen Auseinandersetzungen und Kriegen jene Gesellschaften sind, die das höchste Risiko für abermalige Rückfälle in Gewalt und Krieg bergen.

40 Jahre lang hat die Bundesrepublik Deutschland erfolgreich eine außenpolitische „Kultur der Zurückhaltung“ entwickelt und praktiziert. Der Korrekturbedarf gegenüber den Fehlentwicklungen in den vergangenen zwei Jahrzehnten lässt sich auf die Formel bringen: Recht, Verantwortung und Zurückhaltung. Eine solche Ausrichtung lässt auf globaler Ebene auch Spielräume entstehen, die der real vor sich gehenden Multipolarisierung entsprechen und die aus dem antiquiert-kontraproduktiven und gesinnungsethisch-selbstisolationistischen Denk- und Handlungsmuster *Der Westen gegen den Rest der Welt* herausführt.

„APuZ aktuell“, der Newsletter von

## Aus Politik und Zeitgeschichte

Wir informieren Sie regelmäßig und kostenlos per E-Mail über die neuen Ausgaben.

Online anmelden unter: [www.bpb.de/apuz-aktuell](http://www.bpb.de/apuz-aktuell)

# APuZ

Nächste Ausgabe 35–37/2015 · 24. August 2015

## Kapitalismus und Alternativen

*Ulrike Herrmann*

Vom Anfang und Ende des Kapitalismus

*Jürgen Kocka*

Arbeit im Kapitalismus.  
Lange Linien der historischen Entwicklung bis heute

*Lars P. Feld*

Kapitalismus und Kritik aus ordoliberaler Perspektive

*Christine Bauhardt*

Feministische Kapitalismuskritik und  
postkapitalistische Alternativen

*Giacomo Corneo*

Kapitalismus: Alternative in Sicht?

*Holger Martens*

Anders Wirtschaften – genossenschaftliche Selbsthilfe

*Friederike Habermann*

Commonsbasierte Zukunft. Wie ein altes Konzept  
eine bessere Welt ermöglicht



Die Texte dieser Ausgabe stehen – mit Ausnahme der Abbildungen in Beitrag von Jürgen Danyel – unter einer Creative Commons Lizenz vom Typ Namensnennung-NichtKommerziell-KeineBearbeitung 3.0 Deutschland.

Herausgegeben von  
der Bundeszentrale  
für politische Bildung  
Adenauerallee 86  
53113 Bonn



### Redaktion

Anne-Sophie Friedel (Volontärin)  
Barbara Kamutzki  
(verantwortlich für diese Ausgabe)  
Johannes Piepenbrink  
Anne Seibring  
Telefon: (02 28) 9 95 15-0  
[www.bpb.de/apuz](http://www.bpb.de/apuz)  
[apuz@bpb.de](mailto:apuz@bpb.de)

Redaktionsschluss dieses Heftes:  
31. Juli 2015

### Druck

Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH  
Kuhessenstraße 4–6  
64546 Mörfelden-Walldorf

### Satz

le-tex publishing services GmbH  
Weißensefstraße 84  
04229 Leipzig

### Abonnementservice

**Aus Politik und Zeitgeschichte** wird  
mit der Wochenzeitung **Das Parlament**  
ausgeliefert.

Jahresabonnement 25,80 Euro; für Schüle-  
rinnen und Schüler, Studierende, Auszubil-  
dende (Nachweis erforderlich) 13,80 Euro.  
Im Ausland zzgl. Versandkosten.

Frankfurter Societäts-Medien GmbH  
Vertriebsabteilung **Das Parlament**  
Frankenallee 71–81  
60327 Frankfurt am Main  
Telefon (069) 7501 4253  
Telefax (069) 7501 4502  
[parlament@fs-medien.de](mailto:parlament@fs-medien.de)

### Nachbestellungen

Publikationsversand der Bundeszentrale  
für politische Bildung/bpb  
Postfach 501055  
18155 Rostock  
Fax.: (038204) 66273  
[bestellungen@shop.bpb.de](mailto:bestellungen@shop.bpb.de)  
Nachbestellungen ab 1 kg (bis 20 kg)  
werden mit 4,60 Euro berechnet.

Die Veröffentlichungen  
in **Aus Politik und Zeitgeschichte**  
stellen keine Meinungsäußerung  
der Herausgeberin dar; sie dienen  
der Unterrichtung und Urteilsbildung.

ISSN 0479-611 X

# 25 Jahre deutsche Einheit *APuZ* 33–34/2015

- Costanza Calabretta*  
3–10 **Feiern und Gedenken: Zur Entwicklung einer gemeinsamen Erinnerungskultur seit dem 3. Oktober 1990**  
Aus dem Ringen um das Datum für den neuen nationalen Feiertag ist schließlich der 3. Oktober siegreich hervorgegangen. Über das emotionale Potenzial des feierlichen Gedenkens an den 9. Oktober und den 9. November 1989 verfügt er allerdings nicht.
- Vera Caroline Simon*  
11–17 **Tag der Deutschen Einheit: Festakt und Live-Übertragung im Wandel**  
Die jährlichen offiziellen Festakte anlässlich des 3. Oktobers entwickelten sich von einer zurückhaltenden hin zu einer emotionalen und audiovisuell geprägten Inszenierung, die von der Live-Übertragung durch das Fernsehen in ihrer Wirkung unterstützt wird.
- Eckhard Jesse*  
18–25 **Das Ende der DDR**  
Welche Ursachen waren für das Ende der diktatorischen, welche für das Ende der freiheitlichen DDR verantwortlich? Was sind die Folgen von Freiheit und Einheit? 25 Jahre nach dem 3. Oktober 1990 ist Deutschland eine gefestigte Demokratie ohne innere Separationsbestrebungen.
- Jürgen Danyel*  
26–35 **Alltag Einheit: Ein Fall fürs Museum!**  
Über 40 Jahre durch die deutsche Teilung getrennt wachsen seit 1990 Ost- und Westdeutschland wieder zusammen. Eine Ausstellung macht die vielfältigen Anpassungs- und Integrationsleistungen vornehmlich der Menschen im Osten sichtbar und nachvollziehbar.
- Everhard Holtmann · Tobias Jaeck*  
35–45 **Was denkt und meint das Volk? Deutschland im dritten Jahrzehnt der Einheit**  
Kennzeichnend für die deutsche Einheit ist ein bis heute reichendes Nebeneinander von Angleichung und fortbestehenden Unterschieden auf der Einstellungsebene. Es lässt sich in Gestalt von Metatrendlinien auf der Zeitachse von 1990 bis 2014 abbilden.
- August Pradetto*  
46–54 **Ost-West-Beziehungen und deutsche Außenpolitik seit der Wiedervereinigung**  
1990 waren normative und materielle Voraussetzungen für eine positive Neugestaltung der internationalen Beziehungen gegeben. Heute ist die deutsche Außenpolitik vor allem mit gravierenden Krisen konfrontiert. Welche Determinanten prägten diese Entwicklung?